

3.2011

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Grenzen überwinden,
Partner finden

Arbeitgeberzusammenschlüsse

Kommunale Energiepotenziale

Geschäftsmodelle Bioenergieprojekte

dvs 

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

 Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz



Inhalt

Grenzen überwinden, Partner finden

Einen Blick über nationalstaatliche Grenzen zu wagen und mit Menschen anderer Länder zusammenzuarbeiten, kann neue Perspektiven eröffnen und ganz konkrete Probleme lösen. Fördermittel stehen dafür einige bereit. Viele Projekte gehen aber gar nicht erst an den Start oder bleiben wenig erfolgreich. Woran das liegt und wie man diese Hürden überwinden kann, möchten wir mit diesem Fokusthema zeigen.



Weitere Themen



Bild: BLE, Bonn / Dominic Menzler

Arbeitgeberzusammenschlüsse

Stetiges Wachstum und voranschreitende Spezialisierung stellen viele landwirtschaftliche Familienbetriebe vor ein Problem: Sie schaffen die Arbeit auf Dauer mit den familiären Arbeitskräften nicht mehr. Zuverlässige und dauerhafte Teilzeitkräfte sind jedoch rar. Deshalb setzt sich auch in Deutschland immer häufiger die Idee der Arbeitgeberzusammenschlüsse durch.

Seite 30



Bild: Luitze / Pixelio

Kommunale Energiepotenziale

Erneuerbare Energieträger müssen mehr und mehr zur Energieversorgung beitragen. Aber woher weiß eine Gemeinde, welche Potenziale an regenerativen Energien bisher noch brachliegen? Ein Forschungsprojekt der Fachhochschule Frankfurt am Main hat eine bisher einmalige und praxisfreundliche Lösung gefunden.

Seite 38



Bild: Roman Gorjelow / Fotolia; Bearbeitung: graphodata AG

Für das Netzwerk

Inside	05 Neues aus der DVS
	06 Die DVS im Internet
Veranstaltungen	06 Wertschöpfung im Wald
	07 Waldumweltmaßnahmen
	07 Diversifizierung
	07 Erneuerbare Energien

Im Fokus: Grenzen überwinden, Partner finden

Einführung	09 ... – und dann?
	10 Eine europäische Tradition
Rahmenbedingungen	12 Wie wird Zusammenarbeit erfolgreich?
	14 Keine Angst vorm Nachbarland
Statements	16 Interview Franz-Josef Strauß, Landwirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz
	17 Interview Petri Rinne, Europäische Leader-Vereinigung
Projekte	18 Terroir Moselle: 1 Fluss, 3 Länder, 1001 Weine
	20 Grünes Band Europa
	22 CULTrips: Kulturtourismus abseits ausgetretener Pfade
	23 Erfolgreich kooperieren mittels Web 2.0
	24 RUBIRES: Energie aus der Region
	26 EnercitEE: Gemeinsam energieeffizienter werden
	27 Europa für Bürgerinnen und Bürger



Bild: Lane M / Fotolia

Aus der Praxis

28 Überleben durch Kooperation und neue Technik
30 Arbeitskräfte nach Bedarf
32 Alles inklusive – Lindau für mehr Lebensqualität
34 Kultur säen – Zukunft ernten
36 Unternehmen in der Regionalentwicklung

Perspektiven

Forschung und Bildung	38 Die Entdeckung kommunaler Energiepotenziale
Politik und Gesellschaft	40 Bioenergieprojekte brauchen Bürgerbeteiligung
	42 Die Chancen regionaler Energielösungen
	44 Bilder bewegen Regionen
Partner und Experten	46 Interview Tanja Steinecke: Breitbandversorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme)
	48 Landschaftswerkstatt Oderbruch
Service	50 ... angelesen
	50 ... angekündigt
	52 Termine

Geschäftsmodelle Bioenergieprojekte

Projekte zur Gewinnung von Bioenergie stellen hohe Anforderungen an Gemeinden und Regionen. Mit ihnen verbundene Risiken lassen sich durch eine genaue Planung und frühzeitige Beteiligung der Bürger minimieren. Die Wahl der richtigen Rechtsform ist dabei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Seite 40



Liebe Leserinnen und Leser,

Transnationale Kooperation ist Europa zum Anfassen. Ganz besonders, wenn es um regionale Projekte mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung geht. Die Spanne der Möglichkeiten reicht von der grenzübergreifenden Grund- und Nahversorgung zwischen Deutschland und Österreich, der Förderung des Weinbaus durch eine gemeinsame Vermarktung entlang der Mosel bis zur Behandlung von Thermalwässern, um deren Heilwirkung zu steigern.

Diese Möglichkeiten bietet in der europäischen Landwirtschaftsförderung nur Leader. Allerdings kann das Regionalmanagement den Gewinn solch gemeinsamer Projekte für die eigene Region im Vorfeld häufig schwer vermitteln. „Erst mal zu Hause die Füße auf den Boden kriegen“ wollen deshalb häufig die Mitstreiter. Die Offenheit und Identifikation in regionalen Prozessen müssen eben erst wachsen. Auch deshalb sind späte Kooperationsanträge nicht als „letzte Lösung“ sondern als „Krönung“ der regionalen Aktivitäten ansehen.

Im Laufe der Zusammenarbeit sammeln die Partner nebenbei Erfahrungen im Umgang mit anderen Kulturen. Das hilft, die eigene Region aus einer neuen Perspektive zu sehen. Die meisten deutschen Regionalentwicklungsgruppen haben aber keine gewachsenen Beziehungen zu anderen Gruppen im Ausland. Der Besuch von Kooperationstreffen mit entsprechenden Börsen oder internationalen Seminaren ist da sehr hilfreich. Falls dafür die Zeit fehlt, kann das „Botschafter“-Angebot der DVS genutzt werden. Wir präsentieren dann stellvertretend die Projektidee, natürlich auch in dieser Zeitschrift und im Austausch zwischen den europäischen Vernetzungsstellen.

Einen breiten Überblick über Angebote, Vorgehensweisen und Praxiserfahrungen rund um Kooperationen über Ländergrenzen hinweg bietet diese Ausgabe von LandInForm.

Eine spannende Lektüre wünscht

Jan Swoboda



Bild: Uschi Dreilucker / Pixelio

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:

Raufeld Medien

Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann

Tel. 030 - 69 56 65 0

www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Telefon 0228 / 68 45 34 61

Fax 0228 / 68 45 33 61

E-Mail: dvs@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

LandInform spezial 2/2011 veröffentlicht

Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft sichert die Qualität und Menge der landwirtschaftlichen Produktion. Aufgrund der Risiken, die bei falscher Anwendung für Natur und Menschen entstehen können, sind Pflanzenschutzmittel in Deutschland streng ordnungsrechtlich reglementiert und staatlich überwacht. Ziel des bis Ende 2012 aufzustellenden „Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ ist, bis 2020 die Risiken der Nutzung um 25 Prozent zu senken. Der Nationale Aktionsplan versteht sich dabei als Handlungsrahmen, der praxisingerechte Lösungsstrategien auf regionaler und betrieblicher Ebene eröffnet. Neu ist, dass neben ordnungsrechtlichen Instru-

menten die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure gefordert wird. Daher kommen Landwirte, Handel, Hersteller, Beratung, Wasserwirtschaft, Umweltschutz und Verbraucher sowie Wissenschaft und Verwaltungen in der aktuellen Ausgabe von LandInform spezial zu Wort, um zu diskutieren, aus welchen Bausteinen der Nationale Aktionsplan bestehen sollte.

Das LandInform spezial 2/2011 wird als Beilage zur LandInform-Ausgabe 3.2011 verschickt. Es kann auch kostenlos bestellt (www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Service → Bestellungen; Telefon 02 28 / 68 45 38 42) oder unter www.land-inform.de heruntergeladen werden.

Frisches Know-how zur Förderpolitik

Das Sachgebiet „Strukturen der Daseinsvorsorge“ des Referats „Ländliche Strukturentwicklung“ der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung wird künftig durch Hans Hercksen verstärkt. Hans Hercksen ist Diplom-Volkswirt und hat zuvor für die Bayerische Landesbank gearbeitet. Er wird für die Förderpolitik von Bund und Ländern zuständig sein und sich dabei hauptsächlich mit der Förderung von Kleinunternehmen beschäftigen. In seiner Abschlussarbeit zum berufs begleitenden Aufbaustudium Urban Management hat er sich in jüngerer Zeit mit regionalen Entwicklungs- und Förderstrategien beschäftigt.

„Das dabei erworbene Wissen möchte ich in meine Tätigkeit einbringen und damit auch der Arbeit der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume neue Impulse geben“, so Hans Hercksen.



Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen: Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Seele, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Kooperationsgesuche – brandaktuell!

Ausgewählte Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des EN RD Contact Point:
<http://enrd.ec.europa.eu/leader/> → cooperation offers

Frankreich: **Stadt-Land-Beziehungen**

Wie können Stadt und Umland besser zusammenarbeiten? Die französische LAG Pays des Vosges Saônoises schlägt vor, die Freizeitaktivitäten in der Natur mit Angeboten von städtischen Museen zu verknüpfen oder regionale Produkte noch besser auf den urbanen Markt zu bringen. Dafür sucht sie Kooperationspartner.

Mehr Informationen:

Eric Houllay
Telefon: + 33 3 84 30 10 11
E-Mail: leader@pays-vosges-saonoises.fr

Österreich **sucht Naturschützer**

Die österreichische Region Nordburgenland sucht Kooperationspartner für ihr transnationales Projekt „Rolle und Potenzial von Schutzgebieten in der nachhaltigen Regionalentwicklung“. Ziel ist, mit diesem Projekt die Wahrnehmung von Schutzgebieten in der Regionalentwicklung zu verbessern.

Mehr Informationen:

LAG nordburgenland plus
Andreas Zemann
Telefon: + 43 59 0 10 24 52
E-Mail: Andreas.Zeman@rmb.co.at
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperation

Finnland: Pferdestärken

Pferde gewinnen in den ländlichen Entwicklungsprogrammen immer mehr an Bedeutung. Aufzucht, Futterproduktion, Rehabilitation und der Einsatz von Pferden in der Landschaftspflege stehen im Fokus dieses Kooperationsangebots.

Mehr Informationen:

Arja-Leena Peiponen
Telefon: + 358 045026173
E-Mail: arja-leena.peiponen@saarijarvi.fi

Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de Leader-Seiten überarbeitet

Von **Stefan Kämper**

Die Neugestaltung der europäischen Agrarpolitik für die Zeit nach 2013 nimmt Fahrt auf, auch Leader wird sich verändern, einiges bereits im laufenden Förderzeitraum. Zukünftig soll Leader vor allem in den Bereichen Innovation und Lokale Steuerung gestärkt werden. Eine wichtige Rolle soll dabei der Lokalen Entwicklungsstrategie zukommen, die Leader-Aktionsgruppen sollen einen größeren Spielraum bei der Auswahl der Projekte erhalten. Über diese Änderungen berichten wir auf den Leader-Themenseiten, die in der Rubrik »**Regionen**« zu finden sind: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader. Bereits jetzt lassen sich hier Dokumente finden, in denen einige Ausblicke gegeben werden. Diese Rubrik »**Leader**« wurde vollkommen neu strukturiert: Alle News, Informationen und Materialien stehen hier zum Abruf bereit, ergänzt mit Verweisen zu Projekten und Kooperationen. Außerdem heben wir besondere Projekte, Initiativen und Veranstaltungen im Kapitel „Aus den Regionen“ hervor und laden alle Regionen ein, uns über Aktivitäten zu berichten.

In der Rubrik »**Themen**« kommen jetzt unter »Breitband« erfahrene Praktiker zu Wort, die aus ihrer Sicht konkrete Konzepte und Lösungsansätze für den



lokalen oder regionalen Breitbandausbau vorschlagen. Beispiele: Welche Übertragungstechnologien sollten gewählt werden, wie spart man beim Breitbandausbau Kosten, und welche wirtschaftlichen Konzepte sind für Kommunen geeignet: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/breitband.

In der Projektdatenbank unter »**Beispiele**« können Interessierte jetzt über 250 Projekte aus verschiedenen Bereichen der ELER-Förderung nachlesen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele. Außerdem sei auf den »**Terminkalender**« im »**Service**« hingewiesen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine.

Rückblick

Wertschöpfung im Wald

Von **Bettina Rocha**

Am 13. Juli fand in Fulda die Tagung „Wertschöpfung im Wald“ als Kooperationsveranstaltung der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände mit etwa 100 Teilnehmern statt. Joachim Prinzbach von der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Schwarzwald eG referierte über die Chancen für Waldbesitzer, die sich in Forstbetriebsgemeinschaften zusammenschließen. Dies ist erst seit einer Änderung des Bundeswaldgesetzes im vergangenen Jahr möglich. Die Kernaussage zum Thema Waldflurbereinigung von Bernhard Seibert (Forstamt Wittlich) war, dass die Neuordnung des Grundbesitzes eine Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen bewirkt und somit eine bessere Mobilisierung der Holzreserven.

Lars Schmidt vom Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland erläuterte das Thüringer-Modell, ein Public-Private-Partnership-Projekt zur Identifizierung von Waldbesitzern in Zusammenarbeit mit der Sägeindustrie und Thüringen Forst. Eva-Maria Schlecht von der Firma Rieger-Hofmann GmbH, zeigte Möglichkeiten der Ansprache, Beratung und Qualifizierung von Waldbesitzerinnen und erläuterte Ansätze für die Übertragbarkeit auf andere Waldbesitzende. Möglichkeiten der Monetarisierung von freiwilligen Leistungen erklärten Christian Raupach vom Hessischen Waldbesitzerverband im Rahmen des Vertragsnaturschutzes und Gerd Schneider von der Fürstlich Wiedischen Rentkammer anhand von Ökokonten im Wald. Erwin Kruczek vom Amt für Ernährung,



Landwirtschaft und Forsten, Bayern, erläuterte sehr anschaulich die Möglichkeit, die Waldpflegeverträge den Waldbesitzern eröffnen. Abschließend stellte Direktor u. Prof. PD Dr. Matthias Dieter (vTI) eine Studie zur Flächenstilllegung im Wald vor.

Weitere Informationen zur Tagung finden Sie unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Service → Veranstaltungen → DVS-Archiv

Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de

Waldumweltmaßnahmen in Österreich und Deutschland

Von Jan Freese

Neben ihrer wirtschaftlichen Funktion, vor allem als Lieferanten des Rohstoffs Holz, sind Wälder Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Werden sie gesund und standortgemäß bewirtschaftet, schützen sie zudem Naturressourcen wie das Grundwasser oder dienen als Erholungsraum. Der ökologische Zustand der Wälder muss daher erhalten und verbessert werden; Maßnahmen hierzu sind in den ELER-Programmen der Länder seit 2007 verankert.

Anlässlich des im Jahr 2011 stattfindenden Internationalen Jahres der Wälder veran-

stalten das Netzwerk Land Österreich und die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume am **14. und 15. November 2011 in Passau** gemeinsam ein Fachsymposium. Dieses nimmt die bestehenden Waldumweltmaßnahmen in Österreich, Deutschlands und Slowenien genauer unter die Lupe. Zum einen wird die aktuelle Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen vorgestellt. Gemeinsam mit den Akteuren aus Praxis, Verwaltung und Verbänden sollen zum anderen notwendige Anpassungen und ein zielgerichteter Einsatz der bestehenden Maßnahmen diskutiert sowie Vorschlä-

ge für neue Maßnahmen erarbeitet werden. Auch die Zukunft innovativer Ansätze im Kontext der EU-Politik wird erörtert. Abschließend führt eine Exkursion in den Neuburger Wald bei Passau.

Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77
E-Mail: jan.freese@ble.de

Diversifizierung: von der Geschäftsidee zum Markteintritt

Von Isabell Friess und Bettina Rocha

Vom **30.11. bis 1.12.2011** veranstalten die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume und der Verband der Landwirtschaftskammern **in Ulm** einen Workshop zur Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe. Die Teilnehmer werden sich mit den tatsächlichen Diversifizierungsvorhaben zweier Betriebe im Umland von Ulm auseinandersetzen. Angeleitet von Beraterinnen und Beratern der Landwirtschaftskammern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen analysieren sie in Arbeitsgruppen die Stärken und Schwächen der Betriebe sowie die Chancen und Hürden bei der Realisierung des Vorhabens. Außerdem werden die Grundprinzipien der Projektplanung vorgestellt, wie Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Konkurrenz und Marktanalyse, sozio-ökonomische Aspekte, Angebotsgestaltung und

Vermarktung, Markteintritt und touristische Vernetzung. Ziel des Workshops ist es, dass die Teilnehmer die Diversifizierungsvorhaben hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit bewerten und gegebenenfalls neue Ideen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten, die sie den Betriebsleitern in einem Abschlussgespräch vorstellen.

Mehr Informationen:

Isabell Friess, Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59; -38 82
E-Mail: isabell.friess@ble.de;
bettina.rocha@ble.de



Energiewende mit den Bürgern

Von Jan Swoboda

Ländliche Räume tragen die Energiewende. Auch wenn sie die nötigen Flächen für Wind-, Sonnen- oder Biomassennutzung haben, ist der geplante massive Ausbau erneuerbarer Energieträger nicht konfliktfrei. Die Akzeptanz der Bürger erhöht sich aber, wenn sie direkt von den Vorhaben profitieren und sich die Lebensqualität für alle erhöht. Für die Regionalentwicklung heißt dies, Energiekonzepte so zu gestalten, dass sie regional verankert und von den Bürgern

wirklich mitgetragen werden. Hierfür muss das Regionalmanagement aber wissen, welche Partner von der Energieagentur über den regionalen Energieversorger bis zur Kommune eine Rolle in der Zusammenarbeit spielen können. Diesen Themen widmet sich der **Workshop „Dezentrale Energielösungen mit den Bürgern entwickeln – die Rolle des Regionalmanagements“ am 29. und 30. November 2011 in Göttingen**. Hier

werden auch Beispiele für verschiedene Projektentwicklungen und Betreibermodelle diskutiert.

Mehr Informationen:

Dr. Jan Swoboda
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 39 56
E-Mail: jan.swoboda@ble.de

Grenzen überwinden,



Bild: Raperonzolo / Photocase



Bild: David Dieschburg / Photocase



Bild: Contrastwerkstatt / Fotolia



Bild: Erhard Fischer / Pixelio



Bild: Robert Kneschke / Fotolia



Bild: Pavel Losevsky / Fotolia

Partner finden – und dann?

Von Juliane Mante und Anke Wehmeyer

Einen Blick über nationalstaatliche Grenzen zu wagen und mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, kann neue Perspektiven eröffnen und ganz konkrete Probleme lösen. Einige Fördermittel stehen dafür bereit. Viele Projekte gehen aber gar nicht erst an den Start oder bleiben wenig erfolgreich. Woran das liegt und wie man diese Hürden überwinden kann, möchten wir mit diesem Fokusthema zeigen.

Bevor Menschen zusammenarbeiten und konkrete Ergebnisse erzielen, müssen sie sich verständigen. Je unterschiedlicher sie sind, sei es in Sprache, Kultur oder gesellschaftlichen Werten, desto größer ist häufig die Hemmschwelle, aufeinander zuzugehen. Und desto länger kann es dauern, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Dies macht länderübergreifende Kooperationsprojekte zu einer besonderen Herausforderung. Es braucht nicht nur Offenheit, sondern auch Ausdauer und den Willen, etwas bewegen zu wollen. Dass es wichtig ist, am Ende nicht nur bei gemeinsamen Absichtserklärungen stehen zu bleiben, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 10 bis 11. Nur wenige Projekte erreichen sichtbare Ergebnisse, die helfen, ganz konkrete Probleme in ihrer Region zu lösen oder abzumildern. Dabei sind es vor allem Regionen mit einem vergleichsweise hohen Wirtschaftsniveau und guten infrastrukturellen Bedingungen, die in diesem Sinne erfolgreicher sind. Aber auch ländliche Regionen mit schlechteren Voraussetzungen können nachhaltige Erfolge aus einer länderübergreifenden Zusammenarbeit erzielen. Sie brauchen jedoch bei der Anbahnung und allen weiteren Phasen der Kooperation ausreichend finanzielle Unterstützung. Auch „weiche“ Faktoren begünstigen diese Projekte: Ohne motivierte Schlüsselakteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft geht es zum Beispiel nicht. Wie so oft, kann der Teufel aber auch im Detail stecken: Ein Kooperationsprojekt besteht aus verschiedenen Phasen, in denen die Akteure ganz unterschiedliche Umstände als förderlich oder hemmend empfinden und in denen unterschiedliche Organisationsstrukturen, Ziele und Ergebnisse angemessen sind. Eine Überforderung der Akteure kann – vor allem zu Beginn – schädlich sein. Und mit zunehmender Projektdauer sollten

die vereinbarten Ziele und Ergebnisse verbindlicher und konkreter werden, um erfolgsversprechend zu sein (siehe Beitrag Seite 12 bis 13).

Welche Möglichkeiten Lokale Aktionsgruppen im Rahmen des ELER vorfinden und wie verschieden sie diese in Deutschland und europaweit nutzen, beschreibt der Beitrag auf den Seiten 14 bis 15. Dabei zählen unterschiedliche Verwaltungssysteme und -regeln der Mitgliedsstaaten und Bundesländer zu den größten Hürden, an denen eine transnationale Kooperation schon im Vorfeld scheitern kann. Unser Interview auf Seite 16 zeigt aber, dass diese Hürde nicht unüberwindbar ist. Oft hängt es nur an einer frühzeitigen Kommunikation zwischen der Regionalentwicklungs- und Verwaltungsebene und der Bereitschaft, administrative Regeln zu flexibilisieren. Welcher Mehrwert bei überwundenen Schwierigkeiten winkt, zeigt unser Interview auf Seite 17. Es macht deutlich, dass ein Projekt nicht nur an sichtbaren Ergebnissen gemessen werden darf, sondern auch eine zeitlich versetzte Wirkung haben kann, etwa wenn das aufgebaute Vertrauen zu konkreteren Folgeprojekten führt. Schließlich zeigen unsere Projektbeispiele auf den Seiten 18 bis 27, wie ländliche Regionen von länderübergreifenden Kooperationen profitieren, sei es in der Vermarktung, dem Naturschutz und Tourismus, der Bioenergie und Energieeffizienz oder dem bürgerschaftlichen Engagement.

Was Lokale Aktionsgruppen wissen sollten, die ein länderübergreifendes Projekt umsetzen wollen, beschreibt unser Kooperationshandbuch, das Sie kostenlos auf unserer Website herunterladen oder bestellen können (www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Service → Bestellung; Telefon 02 28 / 68 45 38 42).

Bild: Christian Nitz / Fotolia;
Bearbeitung: graphodata.AG



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: eine europäische Tradition

Von Carola Fricke

In über 140 europäischen Regionen arbeiten heute ganz unterschiedliche Akteure und Institutionen grenzübergreifend zusammen. Damit wollen sie Probleme lösen, die durch ihre Lage an einer gemeinsamen Grenzlinie entstehen. Häufig liegt der Schwerpunkt solcher Kooperationen jedoch auf den Metropolregionen.

Die EG-Gründungsmitglieder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande sowie die Schweiz waren die ersten, die in den 1950er-Jahren in Europa zusammenarbeiteten, zu Beginn vor allem zu verwaltungstechnischen Fragen. Zu den ältesten Institutionen der sogenannten ersten Gründungswelle zählt auf regionaler Ebene die Internationale Bodenseekonferenz, die 1972 zur Abstimmung in Umwelt- und Gewässerschutzfragen gegründet wurde. Auf kommunaler Ebene ist es seit 1963 der Verein Regio

Basiliensis im Verdichtungsraum Basel. Während der 1960er- und 1970er-Jahre verfestigte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und wurde mit verschiedenen Staatsverträgen auf rechtliche Füße gestellt. Die 1990er-Jahre brachten dann zwei wichtige Neuerungen: Zum einen richtete die EU 1988 mit der Reform des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung die Gemeinschaftsinitiative der EG zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (INTERREG; www.interreg.de) ein. Zum anderen entstanden durch die

Öffnung des Eisernen Vorhangs zahlreiche neue grenzüberschreitende Regionen. 2008 wurde schließlich das neue Rechtsinstrument Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ; siehe Kasten) eingeführt, um die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg zu erleichtern.

Politik und Verwaltung dominiert

Unabhängig von verwendeten Fördergeldern kooperieren heute am häufigsten Vertreter aus Politik und Verwaltung der beteiligten Gemeinden, Kreise oder Länder miteinander. Aber auch nicht-staatliche Akteure, wie beispielsweise Handelskammern, Fachverbände oder Lokale Aktionsgruppen (Leader), geben wichtige Impulse. Meist sollen Probleme gelöst werden, die im Zuständigkeitsbereich von regionalen und lokalen öffentlichen Gebietskörperschaften – etwa Landkreisen oder Kommunen – liegen, seien es Fragen der Umwelt, des Verkehrs und der Wirtschaft, der Raumplanung bis hin zu einem gemeinsamen Marketing- oder Kulturangebot.

Was braucht es, um erfolgreich zu sein?

Wenn grenzüberschreitende Zusammenarbeit es schafft, die Nachteile einer Region und der darin lebenden Bürger zu verringern, war sie erfolgreich. Häufig bleiben die Ergebnisse aber unverbindlich oder von politischer Natur. Davon heben sich einzelne Kooperationsprojekte ab: etwa wenn ein grenz-



Bild: Sogmilller / Fotolia



Bild: Patrikeevna / Fotolia

überschreitender öffentlicher Nahverkehr eingerichtet und unterhalten wird, wie die Busverbindung zwischen Colmar (Frankreich) und Freiburg (Deutschland) (www.breisgau-hochschwarzwald.de). Auch bauliche Maßnahmen wie Brücken oder Wehre sind ein typisches Beispiel für konkrete Ergebnisse, etwa die Rheinbrücke zwischen Hartheim (Deutschland) und Fessenheim (Frankreich). Beide Projekte wurden über INTERREG gefördert.

Solche Erfolge sind aber von bestimmten Rahmenbedingungen abhängig. So zeigen Forschungsergebnisse, dass die Zusammenarbeit umso erfolgreicher ist, je höher das Wirtschaftsniveau der kooperierenden Gebiete sowie die Zahl der Grenzpendler ist und je günstiger die räumlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten sind. Wichtig sind auch institutionelle Faktoren: Positiv wirken ein dezentraler Verwaltungsaufbau der beteiligten Staaten, europäische und nationale Fördertöpfe und Kooperationsabkommen. Daneben spielen „weiche“ Faktoren eine Rolle, etwa eine gemeinsame Sprache und Tradition. Letztlich entscheidend sind jedoch rechtliche Kompetenzen, finanzielle Ressourcen und die Motivation der beteiligten Akteure, die bestehende Probleme erkennen, benennen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lösungen finden.

Der Einfluss der Institutionen

In diesem Zusammenhang ist auch der Einfluss der institutionellen Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, *Governance* genannt, wichtig. Diese kann hinsichtlich der beteiligten Akteure und Ebenen, ihrer Ausrichtung und Rechtsform variieren. Neben Einzelprojekten, Ad-hoc-Gruppen, privatrechtli-

chen Vereinen oder öffentlichen Zweckverbänden gibt es weitere mögliche Rechtsformen, etwa auf Staatsverträgen beruhende Regierungskommissionen. Seit 2008 existieren die Europäischen Verbände zur territorialen Zusammenarbeit (siehe Kasten). Häufig überlagern sich die Kooperationsgremien in grenzüberschreitenden Regionen, im Idealfall ergänzen sie sich hinsichtlich ihrer Themen und Zielsetzungen. Governance-Institutionen sind insofern wichtig, weil sie als Kommunikationsplattform die Beziehungen zwischen Akteuren vertiefen und dauerhafte Foren für die Zusammenarbeit bieten. Sie sollten gegenüber Initiativen aus der Wirtschaft und Zivilgesellschaft offen und damit anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen bleiben.

Eigenständige Governance für ländliche Räume?

Gerade in jüngerer Zeit standen in Hinblick auf grenzüberschreitende Governance-Strukturen vor allem Verdichtungsräume im Fokus der Fachdiskussionen. Aufgrund ihrer Bevölkerungsdichte, ihrer Funktionen und Bedeutung ergeben sich dort starke Anreize für eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Zum Teil sind ländliche Gebiete an diesen grenzüberschreitenden Regionen beteiligt, etwa in ihrer Erholungsfunktion für den Ballungsraum oder wenn Grenzpendler den Arbeitsmarkt in der Metropole nutzen. Gerade wenn ländliche Räume mit ähnlichen Problemen zusammenarbeiten, können sie jedoch große Synergien und Kooperationsgewinne erzielen. Je nachdem, was mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erreicht werden soll, muss man daher fallweise entscheiden, ob sich eine eigenständige Vernetzung ländlicher Räume lohnt.

Welche EU-Fördertöpfe gibt es?

Mit dem größten Fördervolumen bietet die INTERREG-Initiative in der aktuellen Förderperiode (2007–2013) unter dem mit insgesamt 8,7 Milliarden Euro vom EFRE geförderten Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ eine Teilfinanzierung von grenzüberschreitenden Projekten. Die Fördermittel werden dezentral in Operationellen Programmgebieten vergeben und verwaltet. Die Projekt-Partner müssen aus mindestens zwei unterschiedlichen Staaten stammen, darunter ein EU-Mitglied. Antragsberechtigt sind auch Private oder Vereine, allerdings dominieren aufgrund des Verwaltungs- und Finanzierungsaufwandes Projektträger aus dem politisch-administrativen Bereich.

Die EU bietet viele weitere Fördermöglichkeiten für grenzüberschreitende und transnationale Kooperationen, etwa aus dem Europäischen Sozialfonds, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (siehe Beitrag S. 14–15) oder mittels des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI). Eine ausführliche Auswahl aller Fördermöglichkeiten auch auf Bundes- und Länderebene finden Sie unter www.foerderdatenbank.de.

Europäischer Verbund zur territorialen Zusammenarbeit (EVTZ)

Ein EVTZ ist ein europäisches Rechtsinstrument, das Mitgliedstaaten, Regional- und Kommunalbehörden, Verbände und andere Einrichtungen des öffentlichen Rechts seit 2008 nutzen können, um Engpässe in grenzübergreifender, transnationaler und interregionaler Zusammenarbeit zu überwinden. Der EVTZ besitzt Rechtspersönlichkeit und verfügt über Rechts- und Geschäftsfähigkeit. Er kann also Vermögen erwerben und veräußern oder Personal einstellen.

Ausschuss der Regionen zum Instrument des EVTZ: <http://portal.cor.europa.eu/legtc>
Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen: www.aebr.eu

Mehr Informationen:

Carola Fricke
Universität Freiburg
Lehrstuhl Vergleichende Regierungslehre
Telefon: 07 61 / 20 39 3 71
E-Mail: fricke.carola@googlemail.com

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit sinnvoll gestalten

Von Robert Knippschild

Im Zuge der europäischen Integration ist die Zusammenarbeit über national-staatliche Grenzen hinweg in aller Munde. Fördermittel stehen hierfür in großem Umfang zur Verfügung, allein entsprechende Erfahrungen und Know-how fehlen häufig. Wie eine grenzüberschreitende Kooperation erfolgreich wird, beschreibt dieser Artikel.

Da viele Grenzregionen ländlich geprägt sind, betreffen grenzüberschreitende Kooperationen insbesondere ländliche Räume. Oftmals sind diese Kooperationen aber nicht von Dauer oder sie bleiben hinter den hohen an sie gestellten Erwartungen zurück. Dieser Artikel bereitet Forschungsergebnisse sowie Erkenntnisse aus grenzüberschreitenden Kooperationen im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum auf und gibt Empfehlungen zu deren Gestaltung und Management in der Regionalentwicklung.

Kontinuität gewährleisten!

Grenzüberschreitende Kooperationen haben nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie langfristig angelegt sind. Einerseits braucht es Zeit, sich kennenzulernen, Vertrauen aufzubauen und sich zu den Projektherausforderungen und -prioritäten auszutauschen. Andererseits werden die beteiligten Akteure nur durch eine langfristige Perspektive zu kooperativem Handeln motiviert.

Kontinuität entsteht nicht von selbst, sondern muss ermöglicht und gefördert werden. Dazu dienen ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess mit hoher Kontaktdichte zwischen den beteiligten Akteuren sowie grenzüberschreitende organisatorische und institutionelle Strukturen. Außerdem kann Kontinuität durch politische Entscheidungen sichergestellt werden. Aushandlungen und Festlegungen sollten – falls nicht bereits gemeinsame Gremien bestehen – in den politischen Gremien der jeweiligen Städte und Regionen bei Entscheidungen konsequent beachtet und umgesetzt werden.

Angemessene Ziele und gemeinsame Strategien

Gemeinsam erarbeitete und festgeschriebene Ziele und Prioritäten sind wichtig. Sie dienen als Richtschnur und gewährleisten ein gemeinsames und zielgerichtetes

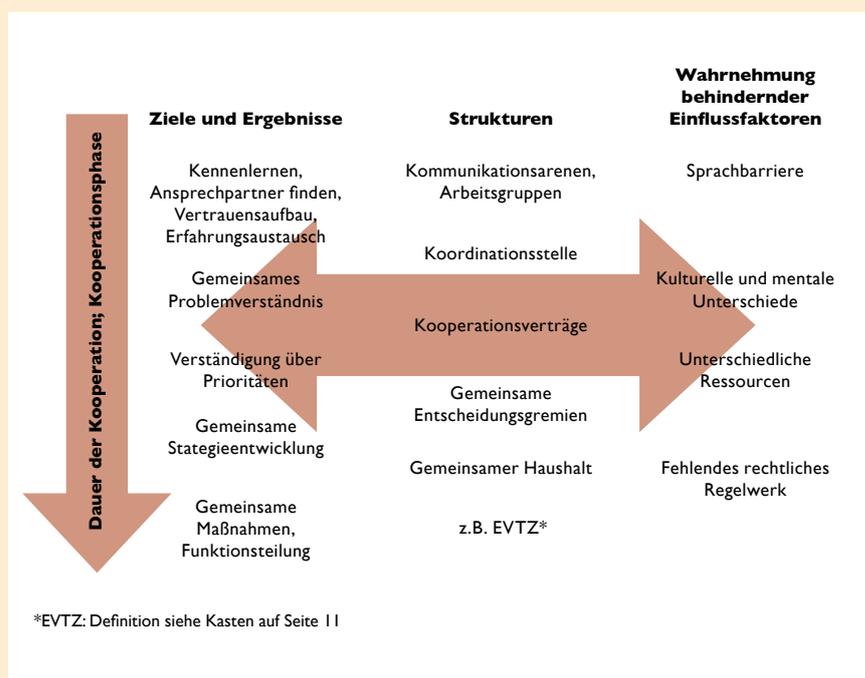


Abb.: Jede Kooperation besteht aus verschiedenen Phasen. Je nach Phase sind andere Ziele, Ergebnisse und Strukturen anzustreben, damit die Kooperation erfolgreich wird.

tes Handeln in den Städten und Regionen. Zu hoch gesteckte oder unklare Ziele können die grenzüberschreitende Kooperation erheblich behindern. Sie blockieren den Kooperationsprozess, indem sie zu Frustrationen und Missverständnissen führen und ein gleichgerichtetes Handeln unmöglich machen.

Die Ziele der Zusammenarbeit sind selbst bei offensichtlichen Herausforderungen den einzelnen Kooperationspartnern keineswegs immer klar, unterschiedliche Akteure können verschiedene Zielvorstellungen haben. Eine intensive Zielfindungsphase ist daher unerlässlich, ebenso wie die Einbeziehung politischer Entscheidungsträger. Bewährt hat sich das Festschreiben von Zielen, Prioritäten und Maßnahmen in gemeinsamen Strategien.

Schlüsselakteure und Koordination sind wichtig

Grenzüberschreitende Kooperation ist selbst bei vorhandenen organisatorischen und institutionellen Strukturen kein Selbstläufer. Insbesondere zu Beginn sind Schlüsselakteure erforderlich, die eine positive und unvoreingenommene Einstellung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben, engagiert sind, mit Ideen und Aktivitäten in Vorleistung gehen und damit den Kooperationsprozess vorantreiben. Schlüsselakteure sind dabei sowohl in den Verwaltungen als auch in der Politik erforderlich. Zu Beginn der Prozesse haben insbesondere politische Schlüsselakteure eine große Bedeutung, während im Verlauf des Kommunikationsprozesses und beim Aus-

loten gemeinsamer Interessen und Vorhaben vor allem engagierte Akteure in den Verwaltungen wichtig sind.

Zur Sicherstellung und zum Management eines kontinuierlichen Kommunikationsprozesses bewähren sich gemeinsame Koordinationsstellen. Diese sollten gleichberechtigt mit erfahrenen und professionellen Verwaltungsmitarbeitern besetzt sein. Als ungünstig haben sich dominante Koordinatoren bei einem der Kooperationspartner, in der Verwaltungsarbeit unerfahrene oder unprofessionelle Mitarbeiter und auch zu eng in die Verwaltungen eingebundene Koordinatoren erwiesen.

Ohne Förderung geht es kaum

Externe Fördermittel sind nach wie vor eine Voraussetzung für das Zustandekommen grenzüberschreitender Kooperationsprozesse. Die entstehenden Transaktionskosten können meist nicht durch die Verwaltungen geschultert werden. Allerdings sind Eigenleistungen aller beteiligten Verwaltungen erforderlich, um der Zusammenarbeit die notwendige Ernsthaftigkeit zu verleihen und sie verbindlich und verpflichtend zu machen.

Kooperationspartner zeigen sich bei fortschreitender Arbeit eher bereit, den Kommunikationsprozess finanziell selbst abzusichern. Allerdings sind Fördermittel oftmals weiterhin projektbezogen erforderlich, um anfallende Kosten – etwa für Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen – zu kompensieren.

Der richtige Zeitpunkt macht's

Ein Kooperationsprozess besteht aus verschiedenen Phasen, in denen ganz unterschiedliche Faktoren erfolgsversprechend oder hemmend wirken beziehungsweise als solches wahrgenommen werden. Kommt es in der für die jeweiligen Kooperationsphase zu unangemessenen Zielen, zur Über- oder Unterforderung der beteiligten Akteure, inadäquaten organisatorischen Strukturen oder anderen unerwarteten hemmenden Faktoren, kann dies den Kooperationsprozess gefährden. Während zum Beispiel zu Beginn eines grenzüberschreitenden Kooperationsprozesses schlecht messbare „weiche“ Ziele und Ergebnisse erzielt werden, sollten mit weiter fortdauernder Kooperation zunehmend konkretere Ergebnisse und besser messbare Ziele angestrebt werden. Auch die organisatorischen Strukturen der Kooperation unterliegen einem Wandel. Sie sollten mit fortschreitender Kooperation verbindlicher werden und einen formelleren Charakter bekommen. Während die Sprachbarriere sowie kulturelle und mentale Unterschiede vor allem zu Beginn die Zusammenarbeit behindern, haben sich die beteiligten Akteure auf Dauer daran gewöhnt und nehmen diese sogar als Bereicherung wahr. Fehlendes rechtliches Regelwerk behindert anfangs das Erzielen „weicher“ Kooperationsergebnisse kaum, die konkrete Umsetzung gemeinsamer Vorhaben in einem späteren Stadium jedoch schon stärker.



Bild: Shutterstock

Wie grenzüberschreitende Kooperation gestalten?

Aus den Forschungsergebnissen und praktischen Erkenntnissen ergeben sich folgende Empfehlungen zur Gestaltung und zum Management grenzüberschreitender Kooperation in der Regionalentwicklung:

- grenzüberschreitende Kooperation bewusst gestalten und managen,
- Größe des Kooperationsraumes und Kooperationserfahrung der beteiligten Städte und Regionen beachten: Mit überschaubaren Kooperationsräumen beginnen, die bei Bedarf erweitert werden können,
- grenzüberschreitende Organisationsstrukturen aufbauen und Kontinuität sicherstellen,
- Koordinationsstelle einrichten,
- externe Moderation und wissenschaftliche Begleitung einbeziehen,
- rechtliche Hürden überwinden,
- angemessene und gemeinsame Ziele identifizieren,
- gemeinsam Strategien entwickeln, festschreiben und weitere Entscheidungen daran ausrichten,
- Schlüsselakteure aus Verwaltung und Politik einbeziehen,
- kontinuierliche und regelmäßige Kommunikation ermöglichen,
- politische Konsequenzen herbeiführen; gemeinsam Entscheidungen treffen,
- Fördermittel einwerben, eigene Mittel bereitstellen,
- Kooperation evaluieren und rückkoppeln.

Von Mele



Zum Weiterlesen

Robert Knippschild (2008): Grenzüberschreitende Kooperation: Gestaltung und Management von Kooperationsprozessen in der Raumentwicklung im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum. IÖR-Schriften Band 48. Dresden.
Download: www.ioer.de/publikationen-produkte/ioer-schriften/ioer-schriften-48

Mehr Informationen:

Dr.-Ing. Robert Knippschild
Technische Universität Dresden
Lehrstuhl Raumordnung
Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Lehrstuhl Regionalplanung
Telefon: 03 51 / 46 33 37 64
E-Mail: robert.knippschild@mailbox.tu-dresden.de



Keine Angst vorm Nachbarland

Von Anke Wehmeyer

Bild: Zooropa / Fotolia

In allen europäischen Strukturfonds und den meisten EU-Programmen spielt transnationale Kooperation eine Rolle. Auch der ELER bietet über den Leader-Schwerpunkt und damit die Lokalen Aktionsgruppen die Möglichkeit hierzu. Dass viele Projekte trotzdem nicht an den Start gehen, liegt häufig auch an administrativen Hürden.

Die Europäische Union hatte schon immer ein großes Interesse am Zusammenwachsen der einzelnen Mitgliedsstaaten und ihrer Bürger. Mit dem Zuwachs an neuen Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren hat sich dieses Interesse noch verstärkt, denn es gilt, diese zu integrieren. Gelder für Projekte, die über die nationalen Grenzen hinausgehen, können im ELER ausschließlich über die Lokalen Aktionsgruppen (LAG), also den Leader-Schwerpunkt, beantragt werden. Damit hat die EU-Kommission ihren Spielraum im ELER bezüglich transnationaler Kooperation erheblich eingeschränkt – sowohl räumlich als auch finanziell.

Für einen Kooperationsantrag im ELER reicht es, dass mindestens ein Partner zu einer LAG gehört; für die auserkorene Partnerregion ist dies nicht zwingend notwendig. Diese muss lediglich eine Leader-ähnliche Struktur haben. Das bedeutet, dass sie sich aktiv mit der ländlichen Entwicklung beschäftigen, die Kapazität zur Ausarbeitung einer Regionalen Entwicklungsstrategie besitzen und auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft basieren muss. Optimalerweise ist sie noch in ein Netzwerk mit weiteren Akteuren eingebunden. Ob diese Region in- oder außerhalb der EU liegt, ist dabei nicht entscheidend.

Der erste Schritt ist der schwerste

Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern ist nicht das erste, woran eine Lo-

kale Aktionsgruppe bei der Umsetzung ihres Regionalen Entwicklungskonzeptes denkt. Erst nachdem sich die Arbeit vor Ort gefestigt hat, wagt man den Blick über die Staatsgrenze. Doch es gibt Ausnahmen, insbesondere wenn schon Kontakte zu Regionen aus vorherigen Förderphasen bestehen. In der Regel muss man sich jedoch erst einmal kennenlernen – und dies braucht Zeit. Oft merken die Partner erst nach einigen Begegnungen, ob und wie sie sich eine langfristige Zusammenarbeit vorstellen können.

Das haben in Deutschland einige Bundesländer in ihrer Leader-Programmierung berücksichtigt. Sachsen und Sachsen-Anhalt stellen den LAGn ein gesondertes Budget für die Anbahnung von Kooperationsprojekten zur Verfügung – sogar mit einem erhöhten Fördersatz. Das erleichtert den LAGn den Weg in die tatsächliche Umsetzung eines Kooperationsprojektes enorm.

Administrative Hürden überwinden

Sind die Kontakte erst einmal hergestellt und eine Zusammenarbeit vereinbart, ist es wichtig, dass die Projekte zügig bewilligt werden, damit die Akteure motiviert bleiben. Leider hat aber die Integration des Leader-Fonds in den ELER in der aktuellen Förderperiode dazu geführt, dass die administrativen Vorgaben eine transnationale Zusammenarbeit sehr erschweren (siehe Interview Seite 16), denn jeder Mitglieds-

staat muss sein eigenes Verwaltungssystem berücksichtigen, das unterschiedliche Anforderungen stellt. Die Verantwortlichkeiten jeder Region müssen klar voneinander abgegrenzt werden und jeder Partner muss die Ausschreibungsbedingungen anderer Mitgliedsstaaten anerkennen. Dazu ist nicht jeder Staat und jedes Bundesland ohne Weiteres bereit. In der Folge werden bewilligende und bescheinigende Stellen sowie Zahlstellen häufig zu Bedenkenträgern.

Trotzdem – und dank des Einsatzes der beteiligten administrativen Ebenen – gibt es in Deutschland bereits 16 durch Leader geförderte transnationale Kooperationsprojekte. Die meisten der Projektpartner kommen aus benachbarten Mitgliedsstaaten. Dies liegt vor allem daran, dass kurze Wege und die gleiche Sprache die Umsetzung eines gemeinsamen Projektes erheblich erleichtern. So kooperieren deutsche LAGn hauptsächlich mit Österreich, Luxemburg, Polen und Italien, aber auch Partner aus der Schweiz sind dabei.

Historisches, kulturelles oder natürliches Erbe im Fokus

Thematisch geht es in transnationalen Projekten, an denen deutsche LAGn beteiligt sind, größtenteils um die Bearbeitung eines gemeinsamen historischen, kulturellen oder natürlichen Erbes, häufig in Verbindung mit dem Tourismus. Aber auch regionale Produkte, Jugendprojekte und der demo-

grafische Wandel spielen eine Rolle. Die Förderung der transnationalen Zusammenarbeit ist in den ELER-Schwerpunkten eins bis drei nur über Leader möglich, auf diesem Weg können sich also auch Akteure aus diesen Schwerpunkten beteiligen. Bisher spielen Themen des ersten und zweiten ELER-Schwerpunkts jedoch eine eher untergeordnete Rolle. Fünf der transnationalen Projekte deutscher LAGn (siehe Kasten) sind linienhaft angelegt. Sie orientieren sich beispielsweise an einem historischen Weg oder einem Fluss, eine optimale Voraussetzung für eine grenzübergreifende Kooperation. Projektbeispiele finden Sie unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.eu/kooperation

Status quo in Europa

Im gesamten europäischen Raum sind bisher 89 transnationale Kooperationsprojekte über Leader bewilligt worden. Bezieht man das auf die aktuelle Anzahl von 2192 Lokalen Aktionsgruppen, wird schnell klar: Nur wenige LAGn stemmen ein solches Projekt. Kurz nach Beendigung der ersten Halbzeit der Förderphase ist das nicht überraschend. Viele LAGn haben die Zeit bis jetzt genutzt, um Ideen zu entwickeln und Kooperationen anzubahnen, also Kontakte aufzubauen. Eine ähnliche Entwicklung gab es schon in der vorherigen Förderphase von LEADER+ (2000 – 2006). In den nächsten zwei Jahren wird die Anzahl bewilligter Projekte erfahrungsgemäß stark ansteigen. Hinzu kommt, dass einige Mitgliedsstaaten sich mit der Auswahl ihrer Lokalen Aktionsgruppen sehr viel Zeit gelassen und dieses Stadium teilweise immer noch nicht abgeschlossen haben. Auch auf EU-Ebene stehen Arbeiten zum gemeinsamen kulturellen, historischen und natürlichen Erbe an erster Stelle. Daran

schließen sich verbindende Veranstaltungen wie Festivals, Jugendveranstaltungen oder andere Events für die Bevölkerung oder sonstige ländliche Akteure an. Auch Erfahrungsaustausch zu breit gefächerten Themen, wie Landwirtschaft und regionale Produkte sowie gemeinsame touristische Projekte, spielen eine Rolle. Auffällig ist auch hier: Die Mehrzahl der Kooperationen finden mit Partnern im angrenzenden Mitgliedsstaat statt. In Kürze gibt es auf der Webseite des ENRD Contact Point (<http://enrd.ec.europa.eu>) eine Auflistung bewilligter transnationaler Kooperationsprojekte.

Voneinander lernen

Einige europäische Vernetzungsstellen fördern den europäischen Austausch in der aktuellen Förderphase ganz besonders. Die finnischen und estnischen Vernetzungsstellen finanzieren ihren ländlichen Akteuren beispielsweise Exkursionen – sogenannte Study Trips – in andere europäische Mitgliedsstaaten. Zu einem ganz bestimmten Thema haben lokale Akteure, Ministerien und an administrativen Prozessen Beteiligte so die Möglichkeit, von guten Beispielen zu lernen – sowohl in Bezug auf die Umsetzung als auch auf administrativer und programmierender Ebene. Die Esten besuchten bereits sechs Mal europäische Regionen, erweiterten dadurch ihr Wissensspektrum und lernten potenzielle Partner kennen. Die finnische Vernetzungsstelle bietet seit 2008 jährlich für jeden Schwerpunkt des ELER einen Study Trip an. Ziel dieser Exkursionen waren bereits mehrmals auch deutsche (Leader-) Regionen. Auch die europäische Leader-Vereinigung für ländliche Entwicklung, setzt sich für den Austausch über Ländergrenzen hinweg ein. Ab Herbst 2011 können LAG-Ma-

nagements ein organisiertes Praktikum bei anderen europäischen LAGn absolvieren, wenn sie sich bis Ende August 2011 dafür registriert haben (Näheres unter www.elard.eu).

Anzahl der bewilligten transnationalen Kooperationsprojekte und Anbahnungen pro Bundesland

	Bewilligte Projekte
Baden-Württemberg	5
Rheinland-Pfalz	5
Brandenburg	4
Bayern	1
Saarland	1
Nordrhein-Westfalen	1
Hessen	1 (1)*
Sachsen-Anhalt	0 (6)*
Sachsen	0 (4)*
Hamburg	0
Mecklenburg-Vorpommern	0
Niedersachsen	0
Schleswig-Holstein	0
Thüringen	0

* In Klammern: bewilligte Anbahnungen



Bild: Moonrun / Fotolia

Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
 E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de



„Die Verwaltungen müssen flexibler werden“

Franz-Josef Strauß ist Koordinierungsreferent der ELER-Verwaltungsbehörde und für den Leader-Ansatz im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (MULEWF). Er ist verantwortlich für die Programmplanung.

Herr Strauß, unterschiedliche administrative Vorgaben der Mitgliedsstaaten sind eine große Herausforderung für transnationale Kooperationsprojekte. Was sind die Ursachen?

Dafür gibt es vielfältige Gründe: etwa verschiedenartige Traditionen der Verwaltungen, unterschiedliche Ausgestaltungen der ELER-Entwicklungsprogramme in den Ländern. Was wie förderfähig ist, variiert je nach Mitgliedsstaat und Programm. Auch die Abrech-

nungen der Projekte und die Fördernachweise unterliegen unterschiedlichen Regeln. Bei den transnationalen Kooperationsprojekten müssen mehrere Verwaltungssysteme unter einen Hut gebracht werden. Rechtssysteme prallen aufeinander und Bestimmungen aller

beteiligten Regionen müssen eingehalten werden. Das erschwert die Zusammenarbeit. In einer gebietsübergreifenden Kooperation, in der Lokale Aktionsgruppen (LAGn) aus verschiedenen Bundesländern zusammenarbeiten, ist das übrigens kaum anders.

Trotz dieser Schwierigkeiten setzen die LAGn in Rheinland-Pfalz bereits fünf transnationale Projekte um. Wie haben Sie das geschafft?

Zunächst einmal konnten wir auf Erfahrungen und Kontakten aus Projekten im Rahmen von LEADER+ aufbauen. Noch wichtiger war aber, dass wir viele engagierte Partner, etwa die LAGn oder Verwaltungen, in allen beteiligten Regionen hatten. Wir haben von vornherein einen intensiven Austausch miteinander gepflegt. Dazu müssen natürlich alle bereit sein. Die administrative Seite sollte außerdem bei jedem

einzelnen Kooperationsprojekt die Bereitschaft zeigen, seine Regeln den Spielregeln der Partner entsprechend – also dem Mitgliedsstaat oder in Deutschland dem Bundesland – anzupassen. Das ist möglich, die Verwaltung muss es nur wollen. Wir haben beispielsweise mit Partnern aus anderen Mitgliedsstaaten und Bundesländern Abrechnungsregeln für gemeinsame Projekte entwickelt. Was spricht beispielsweise

dagegen, die Vergaberegeln für öffentliche Aufträge der beteiligten Mitgliedsstaaten oder Bundesländer zu akzeptieren? Die Arbeiten der federführenden LAG werden doch durch die dortige Verwaltung geprüft. Ich rate deshalb den LAGn, alle beteiligten administrativen Stellen von Anfang an einzubinden und mit der Partnerregion alle Vorgaben und Probleme vorab ausführlich zu klären.

Sie haben auch Erfahrungen mit anderen Strukturfonds. Empfinden Sie die europäische Zusammenarbeit in diesen genauso kompliziert?

Beim EFRE ist die Entwicklung transnationaler Projekte zunächst genauso kompliziert. Im Vorfeld sind sogar mehr Partner beteiligt. In der Abwicklung der Projekte gibt es aber Vorteile. Der EFRE

ist beispielsweise geeigneter für ehrenamtliche Projekte, weil die Regeln für die Zuschussfähigkeit günstiger sind. Die Kommunen müssen nicht selbst für die Mehrwertsteuer aufkommen und bar-

geldlose Eigenleistungen – etwa unentgeltliche Arbeitsleistungen durch ehrenamtliches Engagement – werden bei der Förderung berücksichtigt.

Was wünschen Sie sich bezüglich transnationaler Kooperation für die nächste Förderphase?

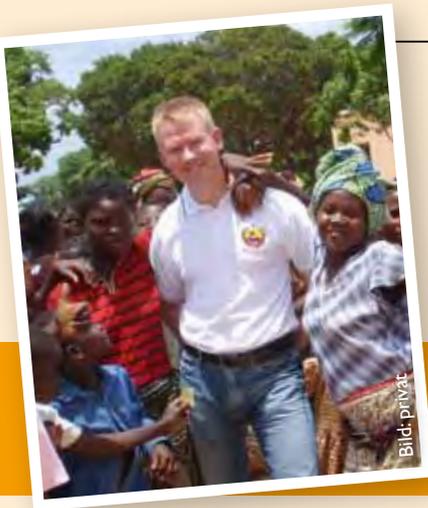
Die Rahmenbedingungen für eine transnationale Zusammenarbeit sollten sehr früh festgelegt werden, damit die Mitgliedsstaaten und Bundesländer sich rechtzeitig über die administrative Abwicklung Gedanken

machen können. Außerdem wäre die Bereitstellung eines bestimmten Kontingents an EU-Mitteln, die jeder europäischen LAG direkt für die transnationale Kooperation zur Verfügung stehen und die keiner eigenen Ko-

finanzierung bedürfen, ein echter Mehrwert für die Regionen und damit für die europäische Zusammenarbeit. Damit könnte man beispielsweise Reisekosten und Treffen sowie echte gemeinsame Projekte finanzieren.



Das Gespräch führte Anke Wehmeyer



„Sag mir nicht, was du studiert hast, sondern wohin du bereits gereist bist.“



Petri Rinne ist seit 2001 finnischer Regionalmanager und seit 2011 Präsident von ELARD, der Europäischen Leader-Vereinigung (www.elard.eu). 2002 startete sein erstes transnationales Leader-Kooperationsprojekt (TRANSNET), das sich an Kleinstunternehmen im ländlichen Raum richtete. Bis heute hat er in insgesamt sieben Projekten mit verschiedenen europäischen und außereuropäischen Partnern zusammengearbeitet.

Herr Rinne, transnationale Kooperationsprojekte sind komplizierter und zeitaufwendiger als andere. Warum?

Die unterschiedlichen administrativen Vorgaben der einzelnen Mitgliedsstaaten sind die größte Herausforderung. So musste sich zum Beispiel ein französischer Partner wegen zu unterschiedlicher Vorgaben aus einem Pro-

jekt zurückziehen. Ein weiterer Knackpunkt sind die verschiedenen Vorstellungen, wie man ein Projekt anstößt und am Laufen hält. Bei TRANSNET wollten anfangs beispielsweise die irischen Unternehmen ihre Inte-

ressen gegenüber den anderen Partnern zu stark durchsetzen. Als sie merkten, dass das nicht funktionierte, verabschiedeten sie sich aber von dieser Strategie.

Trotzdem halten Sie diese Kooperationen für wertvoll. Was ist in Ihren Augen ihr Mehrwert?

Dieser Mehrwert ist sehr komplex. Zuerst lernen die LAGn, wie eine transnationale Kooperation funktioniert. Dies setzt einen vielfältigen Prozess in Gang: Alle beteiligten Akteure profitieren durch den Erwerb von sozialen und interkulturellen Kompetenzen, Selbstbewusstsein und

Sprachkenntnissen. Letztendlich entstehen aus transnationalen Kooperationen häufig nachhaltige Kontakte, die auf Vertrauen fußen und damit weitere Folgeprojekte ermöglichen. Der Mehrwert ist aber natürlich auch ganz praktischer Natur: Bei TRANSNET haben wir zum Beispiel Trai-

nings zur Vorbereitung auf europäische Messen gemacht, auf die wir dann auch gemeinsam gefahren sind. Für die fünf teilnehmenden finnischen Unternehmen ergaben sich dadurch allein acht neue Exportmöglichkeiten.

Sie haben auch bereits mit Nicht-EU-Staaten kooperiert. Was war Ihre Motivation und was ist das Besondere daran?

Der Anstoß hierzu kam vom finnischen Außenministerium. Es sah in Leader einen Ansatz, der sich gut auf Länder der Dritten Welt übertragen lässt. Diese haben viel Entwicklungspotenzial und gerade die Leader-Methode kann dort viel bewegen. Das Ministerium suchte finnische LAGn, die ihr methodisches Wissen aus der Praxis weitergeben wollten. Derzeit kooperieren wir mit Mosambik. Eine große Herausforderung ist dabei die

Verständigung: Neben den einheimischen Sprachen wird hier portugiesisch gesprochen, das keiner von uns Finnen beherrscht. Wir müssen also immer mit einem Übersetzer oder auch mal ganz einfach mit einer Online-Übersetzungsmaschine arbeiten. Das Tolle ist, dass das tatsächlich funktioniert. Kooperationen mit Drittweltländern brauchen viel mehr Zeit als solche innerhalb Europas. Reisen müssen besser vorbereitet

werden und die kulturellen Unterschiede sind erheblich größer. Diese führen aber auch zu einer enormen Erweiterung des eigenen Horizonts. Natürlich profitieren auch die finnischen Unternehmen von den neuen Kontakten. Und im Fall von Mosambik unterstützt die Kooperation die bereits begonnene demokratische Entwicklung im Land. Alles in allem also ergibt sich für alle Beteiligten eine Win-win-Situation.

Was würden Sie gerne den LAGn mit auf den Weg geben, die bisher noch kein transnationales Kooperationsprojekt umgesetzt haben?

Nutzt das volle Potenzial, was Leader zu bieten hat, und schreckt nicht vor einer anderen Spra-

che zurück. Und: Um mit einer transnationalen Kooperation wirklich erfolgreich zu sein und

gemeinsame Aktionen gut umsetzen zu können, sollte man diese möglichst einfach halten.

Was war Ihre schönste persönliche Erfahrung bei einer transnationalen Kooperation?

Wenn ich in meiner Region Erfolge einzelner Menschen oder auch Unternehmen sehe, die ein Resultat der transnationalen

Kooperation sind, macht mich das immer sehr glücklich. Ich selbst habe viel von anderen Kulturen gelernt. Ein altes Sprich-

wort aus Afrika, an das ich oft denken muss, heißt: „Sag mir nicht, was du studiert hast, sondern wohin du bereits gereist bist.“

Das Gespräch führte Anke Wehmeyer

Terroir Moselle: Ein Fluss verbindet

Von Thomas Wallrich

Die Winzer beiderseits der Mosel kämpfen mit ähnlichen Problemen: unberechenbare klimatische Verhältnisse, ein oft schwer zu bearbeitendes Gelände, hohe Standards und hart umkämpfte Absatzmärkte. Die luxemburgischen, französischen und deutschen Mosel-Winzer wollen deshalb ihre Marktposition gemeinsam stärken.

Wie zahlreiche andere Gewerbe ist auch der Weinbau vom Strukturwandel und einer Konzentration der Produktionsmittel betroffen. Seit Jahren schon schrumpft die Zahl der Winzerbetriebe. Trotz dieser Schwierigkeiten arbeiten die Weinbau- und Tourismusbranche der Länder Frankreich, Luxemburg, Belgien und Deutschland entlang der Mosel noch viel zu wenig zusammen. Durch die nationalstaatlich getrennte Vermarktung der jeweiligen Weinbau- und Tourismusregionen wurde und wird ein erhebliches Vermarktungsargument – die Internationalität – über Jahre vernachlässigt. Dies wollen die Leader-Gruppen Pays Terres de Lorraine (Frankreich), Miselerland (Luxemburg), Moselfranken und Mosel (Deutschland) im transnationalen Projekt „Terroir Moselle“ ändern. Sie stehen der Winzerschaft zur Seite, um dort, wo es möglich und sinnvoll ist, gemeinsame Projekte zwischen Winzern und ihren Organisationen beiderseits der Mosel anzuregen und zu unterstützen. Dabei gilt es, die gemeinsamen Grundwerte des traditionellen Weinbaus in den Vordergrund zu stellen – als regionale Antwort auf ein heute schier unüberschaubar gewordenes, weltweites Angebot an Weinen, die allzu oft aus industrieller Produktion stammen.

Den Anstoß gab eine Broschüre

Kurz nach Herausgabe der aus einem LEADER+-Projekt hervorgegangenen Broschüre „Terroir an Mosel, Saar und Ruwer – Klima, Winzer, Boden“ nahmen luxemburgische Winzerorganisationen im Juni 2007 mit den deutschen Herausgebern Kontakt auf, um diese Broschüre auf die luxemburgischen und gegebenenfalls französischen Weinbauregionen entlang der Mosel auszuweiten. Bereits in den ersten Gesprächsrunden erkannten die beteiligten Winzerorganisationen und Leader-

Regionen aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland, dass eine engere Zusammenarbeit notwendig ist und weit über die Herausgabe einer gemeinsamen Broschüre hinausgehen kann und muss. Die Teilnehmerrunde wurde nach und nach um weitere namhafte Spezialisten und Vertreter verschiedener Institutionen aus Weinbau und Regionalentwicklung der drei Staaten erweitert. Im Jahr 2008 beschlossen diese dann, gemeinsam das transnationale Leader-Projekt „Terroir Moselle“ anzugehen. In einem Vorbereitungsprojekt (Kosten: 20.000 Euro), für das jede der vier beteiligten Leader-Regionen je 5.000 Euro aufbrachte, wurden drei gemeinsame Weinverkostungen in Trier (D), Bruley (F) und Grevenmacher (L) organisiert und gemeinsame Werbemittel (Logo, Flyer, Homepage www.terroirmoselle.eu, Roll-up-Display) entwickelt. Damit wurden potenzielle Partner identifiziert und zur Teilnahme motiviert. Dank medienwirksamer PR-Aktionen konnten die Winzer und Einwohner der Großregion gut auf das Projekt eingestimmt werden. Auch die Weinbau- und Weinvermarktungsinstitutionen aller drei Moselstaaten bekundeten schließlich ein hohes Interesse an einer vertiefenden Zusammenarbeit in einem Folgeprojekt.

Vielseitige Marketinginstrumente

Ein solches Folgeprojekt (Kosten: 250.000 Euro) wird seit Februar 2011 umgesetzt und soll bis Dezember 2013 auf Basis der positiven Erfahrungen aus dem Vorprojekt folgende Bausteine realisieren:

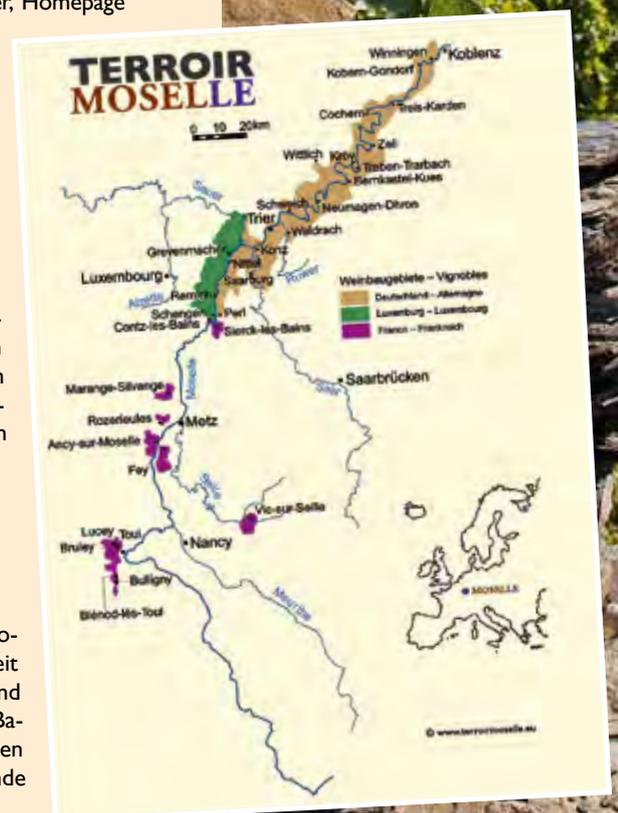




Bild: Hans Krämer



Bild: Moselwein e.V. / A. Schmitz



Bild: C. Arnoldi

- Entwicklung und Vertrieb mehrsprachiger Drucksachen und Informationsmaterialien (Zielgruppen: Winzer und Weinkunden)
- Eventorganisation (zum Beispiel gemeinsame Präsentationen und Weinverkostungen, Messeauftritte oder medienwirksame PR-Aktionen)
- Expertentreffen / Symposien
- Konzeption einer Wanderausstellung / eines Informationsstands
- Konzeption eines Mosel-Wein-Schiffs

Die Umsetzung dieser Projektbausteine wird von einer Projektkoordinatorin betreut, ebenso die eigens eingerichteten thematischen Arbeitsgruppen „Oenologie“ (Weinherstellung), „Geologie“ und „Kultur“. Der deutsche Finanzierungsanteil zum Hauptprojekt beträgt 128.000 Euro und wird zu 75 Prozent aus Leader- bzw. Landesmitteln bezuschusst. Der verbleibende Eigenanteil von 25 Prozent wird über den Landkreis Trier-Saarburg durch die Landwirtschaftskammern Rheinland-Pfalz und Saarland, die saarländische Gemeinde Perl und die Gebietsweinwerbung Moselwein e.V. aufgebracht.

Langer Atem gefragt

Dank der Mehrsprachigkeit der luxemburgischen Partner ist die Kommunikation der Projektbeteiligten über die Sprachgrenze zwischen Deutschland und Frankreich hinweg kein Problem. Und außerdem gilt auch für die Projektpartner: Wein regt nicht nur die Zunge an, sondern auch den Geist! Bei der verwaltungstechnischen Abwicklung von Leader existieren sicherlich von Staat zu Staat recht unterschiedliche Methoden und Standards – allerdings wurden durch die guten Kontakte auch mit den Verwaltungsbehörden zumeist schnelle und pragmatische Lösungen gefunden.

Es liegt auf der Hand, dass transnationale Projekte ungleich mehr Zeitaufwand bedeuten und dass der Projektfortschritt – auch wegen bestehender interkultureller Unterschiede – oftmals behutsamer eingeplant werden muss. Insofern ist hier ein langer Atem aller Beteiligten gefragt.

Vertrauen und Verbindlichkeit

Die Projektpartner kannten sich anfangs untereinander nur wenig oder gar nicht. Frühzeitige Kontaktaufnahme und der gegenseitige Besuch in den beteiligten Regionen haben sicherlich zum besseren Verständnis und zum schnelleren Vertrauensaufbau zwischen den Partnern beigetragen. Erst auf diesem Nährboden vertrauensbildender Maßnahmen wuchs später der Kooperationsvertrag zwischen den vier

Leader-Regionen.

Gute Erfahrungen wurden damit gemacht, ergänzend zum Kooperationsvertrag in einer schriftlichen Vereinbarung frühzeitig die vielen finanztechnischen und organisatorischen Details zu regeln. Dazu gehörten unter anderem die Kostenanteile, Auftragsvergaben, Mittelanforderung und -auszahlung. Dies stellte auch sicher, dass sich jeder Projektpartner klar über die Pflichten seines Engagements war.

TERROIR MOSELLE

Die Mosel-Region

Die Mosel, La Moselle (auf Französisch) beziehungsweise D'Musel (auf Luxemburgisch) bildet das Rückgrat der europäischen Großregion Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonie mit annähernd 12 Millionen Einwohnern. Das sind 550 Flusskilometer europäische Kulturgeschichte: von ihrer Quelle in den Vogesen über das Lothringische Becken, die Luxemburger Bucht und das Rheinische Schiefergebirge bis zu ihrer Mündung bei Koblenz in den Rhein. Schon die Römer erkannten vor 2000 Jahren die klimatischen Vorzüge der abwechslungsreichen Mosellandschaften und nutzten sie zum Weinbau auf vielfältigem Untergrund. Heute bearbeiten fast 4.000 Winzer und Winzerbetriebe in 229 Weinorten 10.000 Hektar Rebfläche entlang der Mosel. Die Weine des Moseltals bieten vom französischen Gris de Toul über den Crémant de Luxembourg bis zum Riesling der deutschen Schiefersteillagen eine unglaubliche Vielfalt, die auf traditionellen Rebsorten, Anbaumethoden und Herstellungsweisen gründet. Weine aus drei verschiedenen Ländern, aber mit gemeinsamer Herkunft: einmalig in Europa.

Mehr Informationen:

Thomas Wallrich
Geschäftsführer Lokale Aktionsgruppe
Leader-Region Moselfranken
Telefon: +49 65 81 812 80
E-Mail: info@lag-moselfranken.de
www.lag-moselfranken.de

Ségolène Charvet
Projektkoordinatorin „Terroir Moselle“
Telefon: + 352 75 01 39
E-Mail: info@terroirmoselle.eu
www.terroirmoselle.eu



Vom Eisernen Vorhang zur paneuropäischen Initiative

Von Melanie Kreutz, Liana Geidezis und Karin Kowol

Entlang des gesamten ehemaligen Eisernen Vorhangs – vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer – finden sich auf über 12.500 Kilometern durch 24 Staaten einzigartige Naturschätze. Dieses lebendige Denkmal an die Überwindung der Teilung Europas zu erhalten, ist Ziel der Initiative Grünes Band Europa.

Der Eisernen Vorhang trennte für fast vier Jahrzehnte Europa in Ost und West. Vor allem entlang der innerdeutschen Grenze zeigte diese Barriere ihre Unmenschlichkeit: Wachtürme, Zäune, Mauern und Minenfelder schufen eine Todeszone und trennten auf tragische Weise Familien und Freunde. Doch im Schatten dieser Demarkationslinie des Kalten Krieges konnten sich durch die erzwungene Nutzungsruhe quer durch Europa naturnahe Gebiete erhalten und entwickeln – ein in dieser Art einzigartiges Biotopverbundsystem.

Von der Idee zur transnationalen Kooperation

Ausgehend von den seit 1989 bestehenden Aktivitäten des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND) zum Erhalt des innerdeutschen Grünen Bandes entwickelte der BUND 2002 die Idee eines Grünen Bandes durch Europa. Bereits in den 1990-Jahren gab es auch Initiativen für ein „Balkan Green Belt“ und ein „Fennoscandian Green Belt“. 2003 gelang es dem Bundesamt für Naturschutz (BfN), die verschiedenen Ansätze zusammenzubringen und eine erste internationale Konferenz in Bonn durchzuführen. Entscheidend war zudem die internationale Konferenz „Green Belt Europe – Connecting Europe’s Biodiversity“ im September 2004 in Ungarn. Hier wurde mit den rund 80 Teilnehmern aus 17 Ländern ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die Gesamtinitiative Grünes Band Europa und die Koordinationsstruktur festgelegt.

Heute arbeitet eine Vielzahl von Verbänden, Gruppen und Fachbehörden in 24 beteiligten Staaten an dieser paneuropäischen Vision. Dies tun sie mit unterschiedlichsten Aktivitäten zu Naturschutz, nachhaltiger Regionalentwicklung, Natur-Tourismus und Umweltbildung. Das Grüne Band Europa gliedert sich in drei Hauptregionen:

- Fennoskandien (Norwegen, Finnland, Russland, Estland, Lettland, Litauen)
- Zentraleuropa (Polen, Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Italien)
- Balkan (Serbien, Montenegro, Kosovo, EJR Mazedonien, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland, Türkei).

Für jede Region gibt es eine Koordinationsstelle: Der Baltic Fund for Nature (BFN) koordiniert Fennoskandien, der BUND Zentraleuropa und EuroNatur die Balkan-Region. In jedem einzelnen Land gibt es darüber hinaus einen National Focal Point für das Grüne Band.

Beispiel Offenlandbiotopverbund

Während in landwirtschaftlich fruchtbaren Bereichen das Grüne Band durch Nutzungsintensivierung bedroht ist, wird in weniger ertragreichen Lagen eine Nutzung beziehungsweise Pflege komplett aufgegeben. Beides führt in der Regel zu einer Verringerung der Artenvielfalt. Das von August 2010 bis Dezember 2013 über den ELER-Fonds (Code 232 – Entwicklung von Natur und Landschaft) geförderte Projekt „Verbesserung des Offenlandbiotopverbundes

im Grünen Band Thüringen“ setzte sich zum Beispiel zum Ziel, wertvolle Offenlandbereiche des Grünen Bandes dauerhaft zu erhalten. Gemeinsam mit Betrieben aus der Region sollen durch nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung mindestens 50 Hektar Fläche offen gehalten werden. Die einsetzende Sukzession auf wertvollen Zwergstrauchheiden, Halbtrockenrasen und Feuchtwiesen hat dort bereits zu einer Verringerung der Artenvielfalt geführt. Im Projekt kooperiert der BUND mit der Stiftung Naturschutz Thüringen als größtem Flächeneigentümer im Grünen Band. Das Gesamtbudget beträgt 347.000 Euro, hiervon werden voraussichtlich 298.420 Euro aus dem ELER-Fonds gefördert.

Beispiel GREENNET

Die Europäische Union fördert von 2011 bis 2013 ein transnationales Projekte am Grünen Band Zentraleuropa innerhalb des Central Europe Programme (INTERREG): Im Projekt GREENNET arbeiten 22 Partner (davon 10 assoziierte Partner ohne Budget) aus sechs Ländern (Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowakei, Slowenien und Italien) zusammen. Lead-Partner ist die Thüringer Landesgesellschaft. Hauptziel ist die Sicherung des Grünen Bandes als Biotopverbundsystem. So werden etwa in fünf Pilotregionen neue Flächenmanagementkonzepte und eine gemeinsame Strategie für das Management nicht geschützter Bereiche mit hohem naturschutzfachlichen Wert entwickelt und erprobt. Öffentlichkeitsarbeit und politisches Lobbying auf

Verlauf des Grünen Bandes Europa



Bild: Klaus Leidorf



Schafbeweidung am Grünen Band Sachsen zur Offenhaltung wertvoller Grünlandbereiche



European Green Belt

europäischer Ebene sind weitere Projektbestandteile. Das Gesamtbudget beläuft sich auf 1.953.143 Euro, davon werden 1.498.538 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert. Die hohe Summe relativiert sich bei einer Aufteilung auf die elf regulären Projektpartner sowie mit einem Blick auf die Förderbedingungen: Neben dem zu erbringenden Eigenanteil müssen nämlich aufgrund der langwierigen EU-Abrechnungspraxis alle Kosten durch die Projektpartner teilweise über ein Jahr vorfinanziert werden. Dies verlangt zum einen vor allem den beteiligten Nichtregierungsorganisationen sehr viel ab. Zum anderen hält es kleinere Verbände gänzlich davon ab, teilzunehmen. Trotzdem ist der Start des Projektes ein großer Erfolg und eine Chance, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Grünen Band weiter auszubauen.

Grenzüberschreitende Netzwerke – keine leichte Aufgabe

Die Gesamtkoordination der Initiative Grünes Band Europa wird nur temporär über Drittmittel gefördert beziehungsweise insbesondere von den Regionalkoordinatoren oft mit Eigenmitteln geleistet. Momentan sucht man nach Wegen, eine langfristige, das heißt auch finanziell abgesicherte Basis zu entwickeln. Auch die zahlreichen Verbände vor Ort sind auf Fördermittel durch staatliche Stellen, Stiftungen oder Spenden angewiesen. Trotzdem es hieran mangelt, setzen sie durch ihr hohes persönliches Engagement immer wieder grenzüberschreitende Projekte erfolgreich um. Denn neben den allgemeinen Problemen einer Projektumsetzung gilt es, Sprach- und Kulturgrenzen abzubauen. Unterschiedliche Förder- und Managementsysteme oder auch die unterschiedliche Handhabung der EU-Mitgliedsstaaten bei der Mittelvergabe erschweren die lokale grenzübergreifende Zusammenarbeit. Zudem haben einige Länder (wie Russland oder Kroatien) auf EU-Fördergeldern gar keinen Zugriff und können innerhalb von transnationalen Projekten nur eingeschränkt mitwirken.

Engagement allein reicht nicht

Dass die Initiative seit 2004 bis heute besteht, liegt an den vielen engagierten Personen in Institutionen und Verbänden, die die historische wichtige Bedeutung erkannt haben: Das Grüne Band Europa verkörpert einen wesentlichen Teil der jüngeren europäischen Geschichte. Das Ende des Kalten Krieges, der Fall der Berliner Mauer und der politische Umbruch Europas sind fest im kollektiven Gedächtnis der Europäer

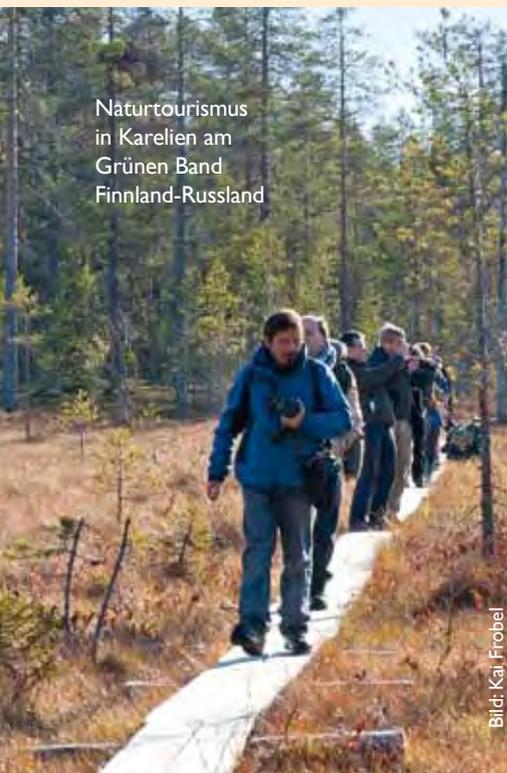
verankert. Die Transformation des Todesstreifens zu einer blühenden Lebenslinie, die die Menschen nicht mehr trennt, sondern verbindet, birgt historische Symbolkraft, die überall verstanden wird. Das Fehlen einer kontinuierlichen finanziellen Förderung der Gesamtkoordination stellt die Initiative jedoch vor große Herausforderungen, um die nachhaltige Entwicklung der Grenzregionen voranzutreiben. Nur mit einer dauerhaften Finanzierung kann das Grüne Band Europa auch in Zukunft längst anstehende Probleme lösen: etwa die Folgen der landwirtschaftlichen Intensivierung oder Nutzungsaufgabe abzufedern und zerstörerische Infrastrukturmaßnahmen abzuwenden.

Mehr Informationen:

Melanie Kreutz
Dr. Liana Geidezis
BUND-Projektbüro Grünes Band
Telefon: 09 11 / 57 52 94 14
E-Mail: melanie.kreutz@bund-naturschutz.de
www.greenbeltgermany.de
www.experiencegreenbelt.de
www.greenbelteurope.eu

Karin Kowol
BUND Thüringen
Telefon: 03 61 / 55 50 3 13
E-Mail: karin.kowol@bund.net

Naturtourismus in Karelien am Grünen Band Finnland-Russland





Kulturtourismus abseits ausgetretener Pfade

Von Joachim Albrech

Bild: Joachim Albrech

Regionen abseits klassischer Touristenattraktionen haben es schwer, Besucher anzuziehen. Im transnationalen Leader-Projekt CULTrips erarbeiten sechs Regionen aus Luxemburg, Italien, Finnland, Österreich und Estland gemeinsam alternative touristische Produkte und erproben diese bereits in ihrer Entwicklungsphase.



Die Grundidee zum Projekt stammt von den Mitgliedern des Vereins „D'Millen“ in Beckerich in Luxemburg. Sie haben bereits seit Jahren großes Interesse an nachhaltigem Kulturtourismus, wollen fremde Kulturen kennenlernen und Besuchern anderer Länder die eigene Kultur näherbringen. Daraus entstand die Idee, ein internationales Leader-Projekt ins Leben zu rufen, um sowohl eigene Tourismusangebote zu entwickeln als auch von Angeboten aus Partnerregionen zu lernen.

Aller Anfang ist schwer

Der Leader-Manager Fons Jacques der LAG Redange-Wiltz in Luxemburg machte sich 2007 auf die Suche nach geeigneten Partnern. Der Aufwand hierfür war relativ hoch, da er und die Verantwortlichen des „D'Millen“-Vereins neben der Erarbeitung des Basiskonzepts einige der potenziellen Partnerregionen vorab besuchten und für die Projektidee warben. Ziel war es, unterschiedliche europäische Kulturregionen zu finden, die abseits klassischer Tourismusregionen liegen. Die Suche gestaltete sich jedoch schwierig: Immer wieder mussten interessierte Lokale Aktionsgruppen (LAGn) ihre Teilnahme wegen Budgetproblemen oder mangelndem Interesse der Landesbehörden absagen. Auch drei deutschen LAGn ging es so. Im September 2010 war es schließlich soweit: Sieben LAGn aus fünf

Ländern – Luxemburg, Italien, Finnland, Österreich und Estland – fanden sich zum Projekt CULTrips zusammen. Alle Regionen stellten zur Projektumsetzung von September 2010 bis September 2013 insgesamt über 700.000 Euro Leader-Mittel zur Verfügung.

Wo die Reise hingeht

CULTrips arbeitet parallel auf zwei Ebenen: In den einzelnen Regionen geht es um die Entwicklung touristischer Produkte und ihrer Vermarktung. Hinzu kommen der Erfahrungsaustausch und die Festlegung gemeinsamer Arbeitsschritte auf internationaler Ebene. Die Prozessbegleitung, das Management sowie die Erarbeitung des Tourismuskonzeptes leistet das TAURUSpro-Institut an der Universität Trier.

Zu Beginn legten die Projektpartner gemeinsam fest, welche Grundwerte den touristischen Produkten zugrunde liegen: Sie sollten ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig sein und lokale Akteure aktiv beteiligen. Außerdem setzt man nach der Methode des „Storytelling“ spezifisch ausgebildete Touristenführer als Geschichtenerzähler ein. Durch diese besondere Ansprache kann nach einer vorgegebenen Dramaturgie sehr anschaulich Wissen über fremde Kulturen vermittelt werden und damit eine unvergessene Urlaubserinnerung bleiben. Auf dieser Grundlage erar-

beitet jede Region Pilotprodukte. So entwickelt die Region Umbrien in Italien zurzeit eine Oliventour, bei der Besucher bei den Landwirten in den Olivenhainen und bei der Produktion von Olivenöl mitarbeiten können. Die Oststeiermark in Österreich erarbeitet Angebote zu den Themen Gärten und Äpfel. Vorab getestet werden die Projekte von jeweils zwei Gästen pro Region in einer gemeinsamen Gruppenreise aller CULTrips-Partnerregionen. Dabei soll jede Region einmal besucht werden. Diese sogenannten Pilot Trips werden mit Web-Meetings (siehe Beitrag S. 23) und Fragebögen vor- und nachbereitet, die entwickelten Produkte daran angepasst. Die CULTrips-Partner wollen auch langfristig touristisch zusammenarbeiten, dazu bedarf es jedoch eines dauerhaft interessanten Mehrwerts. Erste Ideen hierfür sind die gegenseitige Akquise von Gästen, eine gemeinsame Vermarktungsstrategie und die Schaffung einer gemeinsamen Marke.

Mehr Informationen:

Joachim Albrech
TAURUSpro-Institut
an der Universität Trier
Telefon: 06 51 / 20 13 1 63
E-Mail: albrech@taurus-pro.de
www.taurus-pro.de
<http://cultrips.leader.lu>

Erfolgreich kooperieren mittels Web 2.0

Von Katja Königstein

Gute Kommunikation ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen transnationalen oder grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dabei ist sie gerade hier eine große Herausforderung, denn sie muss große Entfernungen überbrücken. Das Projekt CULTrips zeigt, wie es trotzdem funktionieren kann.

Eine gute Kommunikation muss, vereinfacht ausgedrückt, ihr Ziel effektiv erreichen, effizient mit den Ressourcen Zeit und Geld umgehen und transparent alle Beteiligten einbeziehen. Dies versucht das Projekt CULTrips (siehe Beitrag S. 22) zu beherrschen. Neben den persönlichen Treffen in den Projektregionen und der obligatorischen E-Mail haben sich die CULTrips-Akteure deshalb für drei weitere Kommunikationswerkzeuge entschieden: *Web-Meetings* über das Programm *netviewer*, *Skype* als kostenlose Alternative zum Telefon und *huddle* als Projekt-Management-Plattform im Internet.

Virtuelle Treffen schaffen Verbindlichkeit

Etwa alle zwei Monate – jeweils zwischen den beiden Vor-Ort-Meetings im Jahr – treffen sich die Projektpartner in sogenannten *Web-Meetings* im Internet. Dabei berichten sie über ihren aktuellen Projektverlauf, klären organisatorische Fragen oder treffen gemeinsame Entscheidungen. Der große Vorteil von *Web-Meetings* liegt darin, dass sich alle Beteiligten treffen können, ohne reisen zu müssen: Sie können sich gegenseitig hören und auch über eine *Web-Cam* sehen. Zusätzlich können sie sich Präsentationen zeigen, die alle gleichzeitig auf dem eigenen Bildschirm sehen,

sowie Dokumente gemeinsam bearbeiten. Dadurch entsteht die Atmosphäre einer „echten“ Arbeitssitzung. Aufgaben werden verbindlicher übernommen, offene Fragen können schnell geklärt werden. Für ein *Web-Meeting* braucht man natürlich einen leistungsfähigen Internet-Anschluss (mindestens DSL) und eine *Web-Meeting-Software*, die meist kostenpflichtig ist. Der *Web-Moderator* sollte sowohl die Technik bedienen können als auch über Methodenkompetenz für *Web-Meetings* verfügen. Neben den *Web-Meetings* hat sich *Skype* als kostenlose Alternative zum Telefon sehr bewährt. Bei *Skype* telefoniert man über das Internet und kann seinen Gesprächspartner dabei über eine *Web-Cam* auch sehen. Dadurch wird *Skypen* als viel persönlicher empfunden als reines Telefonieren. In CULTrips wird *Skype* meist für bilaterale Gespräche eingesetzt, Konferenzen mit mehreren Teilnehmern sind auch möglich, dann jedoch ohne *Live-Übertragung* mittels *Web-Cam*.

Verwaltung leicht gemacht

Die Internet-Plattform *huddle* nutzen die Projektpartner zum Projektmanagement. Dafür sind vor allem folgende Komponenten nützlich: Im *Datei-Ablagesystem* werden alle relevanten Dateien abgelegt und

verwaltet. Das gemeinsame Bearbeiten eines Dokumentes wird durch spezielle Funktionen wie Kommentare oder Genehmigungen erleichtert. Hilfreich ist dies beispielsweise bei der Genehmigung von Protokollen oder der Redaktion von Berichten. Das *Diskussionsforum* kann ineffizienten E-Mail-Verkehr ersetzen. Allerdings funktioniert dies erfahrungsgemäß nur mit einer aktiven Moderation wirklich gut: Sie muss auf die Einhaltung der Etikette im Netz achten oder Diskussionsergebnisse zusammenfassen. Da viele immer noch aus Gewohnheit eher zur E-Mail greifen, wird das Forum in CULTrips jedoch bisher nur wenig genutzt.

In einem *gemeinsamen Kalender* tragen die Teilnehmer Termine, etwa für Treffen oder bestimmte Aufgaben, ein. So erhalten alle einen Überblick über die Projektfortschritte und verlieren eigene Aufgaben nicht aus dem Auge.

Insgesamt ermöglichen interaktive Web 2.0-gestützte Kommunikationsinstrumente einen intensiveren Austausch bei internationalen Projekten. Um den gewünschten Nutzen erreichen zu können, bedarf es zu Beginn eines Projektes aber einer intensiven Einführung und Betreuung. Denn gute Kommunikation im Web 2.0 will gelernt sein.



Bild: Katja Königstein

Mehr Informationen:

Katja Königstein
Geschäftsführerin WebModeration
Telefon: 06 51 / 46 27 9 00
E-Mail: post@katja-koenigstein.de
www.katja-koenigstein.de



Energie aus der Region: Entdecken und Nutzen

Bild: Gerhard Falter, Wälder

Von Michael Ziche

Im Central-Europe-Projekt RUBIRES entwickeln zehn europäische Partner gemeinsame Strategien zur Erzeugung und Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Damit wollen sie ein wirtschaftliches Wachstum in ihren Regionen unterstützen, das auf den verfügbaren Potenzialen und einer besseren Koordinierung der Landnutzung aufbaut.

Die Region Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt beschäftigt sich schon seit Jahren mit nachwachsenden Rohstoffen, Stoffstrommanagement und Entwicklung von Wertschöpfungspartnerschaften, insbesondere im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Regionen Aktiv“. Ausgehend von diesen Erfahrungen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark (www.altmark.eu) in Zusammenarbeit mit neun weiteren europäischen Partnern das Projekt RUBIRES (siehe Kasten) initiiert. Alle zehn Partnerregionen stehen vor ähnlichen Herausforderungen: den Strukturwandel in der Landwirtschaft, die wachsende Nachfrage nach erneuerbaren Ressourcen und die Auswirkungen des Klimawandels.

RUBIRES gliedert sich in fünf miteinander verbundene Arbeitspakete: Projektmanagement, Kommunikation und Wissenstransfer, Stoffstrommanagement, Regionales Flä-

chennutzungsmanagement und Regionale Wertschöpfungspartnerschaften.

Die Jugend begeistern

Ein besonderes Highlight war der ausgelobte Schulwettbewerb, der das Ziel hatte, auch Jugendliche für das Thema „Nachwachsende Rohstoffe und ihre Nutzung“ zu sensibilisieren und zu begeistern. Teilnehmen konnten Schüler von 13 bis 16 Jahren, die Ideen zur Energienutzung von erneuerbaren Rohstoffen hatten. Ob sie sich auf kreativ-künstlerische oder auf naturwissenschaftliche Weise dem Thema annäherten, blieb den Schülern überlassen. Die 24 Gewinner nahmen im Sommer 2010 zusammen an einer Exkursion in die Bioenergieregion Straubing-Bogen teil, wo sie zum Beispiel im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe vertiefendes Wissen gewinnen konnten. Gleichzeitig

tauschten sie sich mit den anderen teilnehmenden Jugendlichen aus den europäischen Partnerländern aus.

Dieser Schülerwettbewerb fand innerhalb des Arbeitspaketes Kommunikation und Wissenstransfer statt, das die Eszterházy Károly Hochschule aus Ungarn leitet. Dieses Arbeitspaket beinhaltet auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt – etwa die Website-Gestaltung und die Erstellung der Newsletter, aber auch die Qualifizierung und Schulung von lokalen Akteuren.

Den Weg ebnen

In einem weiteren Arbeitspaket, das der Partner aus Havelland-Fläming in Brandenburg koordiniert, werden mögliche Verbesserungen des regionalen Stoffstrommanagements untersucht. Für die Altmark wurde zum Beispiel analysiert, welche Po-

RUBIRES (Rural Biological Resources)

In „RUBIRES – RUral Biological REsources“ arbeiten seit Beginn des Jahres 2009 zehn Partner aus fünf Ländern – Deutschland, Italien, Österreich, Ungarn und Slowenien – zum Thema nachwachsende Rohstoffe im ländlichen Raum zusammen. Die Federführung hat die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark in Sachsen-Anhalt (www.altmark.eu). Ebenso wie die Planungsgemeinschaft sind die Partner überwiegend für die Regionalplanung und -entwicklung in ihrer Region zuständig. Das Projekt wird von Januar 2009 bis Dezember 2011 aus dem EU-Programm Central Europe (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE) gefördert. Es hat ein Gesamtbudget von 2.256.856 Euro, wovon der EFRE 1.724.500 Euro trägt. Central Europe ist eine Förderinitiative zur Unterstützung der transnationalen Kooperation im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit.



tenziale die ungenutzte Biomasse aus Naturschutzgebieten, Dauergrünlandflächen und aus der öffentlichen Gewässer- und Straßenpflege zur Erzeugung erneuerbarer Energien bietet. Das Fraunhofer Institut UMSICHT entwickelte zudem ein Geoinformationssystem-Tool, das die vorhandenen Potenziale aus der Gewässer- und Verkehrsflächenpflege genau berechnen kann. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wiederum fließen in das Arbeitspaket Regionales Flächennutzungsmanagement ein, das der italienische Partner leitet. Hier geht es darum, die unterschiedlichen Anforderungen an die Flächennutzung abzustimmen – also zum Beispiel die Konkurrenz zwischen der Erzeugung von Nahrungsmitteln und der von nachwachsenden Rohstoffen für die Energieversorgung, die in vielen Regionen öffentlich diskutiert wird. Um die nachwachsenden Rohstoffe zu nutzen und daraus eine Wertschöpfung für die Region zu erzielen, bedarf es zunächst regionaler Wertschöpfungspartnerschaften zwischen den relevanten Akteuren – vom Produzenten über den Vermarkter bis zum Nutzer. Deshalb werden im Arbeitspaket Regionale Wertschöpfungspartnerschaften die verschiedenen Interessengruppen an einen Tisch gebracht. Diesen Part koordiniert der Partner aus Österreich.

Die Kommunikation fördern

Der Austausch der Partnerregionen gibt wertvolle Anstöße für die Entwicklung vor Ort, vor allem weil die Voraussetzungen und damit Lösungsmöglichkeiten in den Regionen teils recht unterschiedlich sind. Zahlreiche Workshops und Konferenzen, die jedes Partnerland mindestens einmal organisiert, erleichtern den regelmäßigen Austausch und die gemeinsame Arbeit. Hilfreich für einen reibungslosen Projektablauf ist auch eine regelmäßige und ausführliche Kommunikation, ob per E-Mail, Telefon oder Instant Messenger. Gerade im ländlichen Raum hat sich aber die Sprachbarriere als Hindernis herausgestellt – nicht zwischen den Projektpartnern, aber bei der Präsentation nach außen. Fast alles muss aus der Projektsprache Englisch aufwendig in die fünf Landessprachen übersetzt werden, um die lokale Bevölkerung zu erreichen.

Das Projekt RUBIRES läuft Ende des Jahres 2011 aus. Derzeit werden die Abschlusskonferenz geplant und die Abschlussberichte und zentralen Ergebnisse des Projekts erarbeitet. Die regelmäßig erstellten Berichte führen die jeweils verantwortlichen Partner zu Leitfäden zusammen. Diese sollen anderen interessierten Akteuren helfen,

die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien in ihrer Region zu fördern. Mehrere Projektpartner bekundeten bereits ihr Interesse an einem Folgeprojekt – ein Zeichen, dass sie die Kooperation als erfolgreich und gewinnbringend empfinden.

Erfolge vertiefen

Während der Laufzeit des Projektes konnten in den Regionen zahlreiche Prozesse angestoßen werden. So möchte die Region Altmark – vor allem dank der RUBIRES-Potenzialstudie – jetzt zum Beispiel zuvor ungenutzte Biomasse, wie etwa Straßenbegleitgrün, stärker zur Energieerzeugung verwenden. Im Januar 2011 nahmen zahlreiche lokale Akteure aus der Altmark – darunter Vertreter der Kreis- und Städteverwaltungen, den Unterhaltungsverbänden, Wirtschaftsunternehmen und der Wissenschaft – an einem Workshop hierzu teil. Hier erörterten sie Strategien, wie mehr Biomasse nutzbar gemacht werden könnte und unterschrieben eine entsprechende Absichtserklärung.

In der Steiermark (Österreich) in St. Margarethen entsteht als Folge des RUBIRES-Projektes um den Standort des Unternehmens Kraft und Wärme aus Biomasse GmbH das zukunftsorientierte Energie- und Rohstoffzentrum St. Margarethen (ZUERST). Gefördert wird das Projekt unter anderem mit Leader-Mitteln. Mittels einer Photovoltaik-, Holzvergasungs- und einer Biogasanlage, der Produktion von Qualitätshackgut und einem Biomassehof soll hier Energie produziert werden, deren Rohstoffe aus der Region stammen. Hinzu kommt ein Schaugarten zum Thema Energieholz. Ziel ist es, die Energieversorgung in St. Margarethen mit erneuerbaren Energien abzudecken und damit einen weiteren Schritt in Richtung Energieautonomie zu gehen.

Als Folge des RUBIRES-Projektes wird die Region Altmark in Sachsen-Anhalt nun vermehrt bisher ungenutzte Biomasse - wie Straßenbegleitgrün - zur Energieerzeugung verwenden.



Bild: Gerhard Falter-Walzer

Mehr Informationen:

Steffen Kunert (Geschäftsstellenleiter)
 Susanne Carl (Projektmanagement)
 Regionale Planungsgemeinschaft Altmark
 Telefon: 0 39 01 / 30 1 70
 E-Mail: susanne.carl@rubires.de
www.rubires.eu

Gemeinsam energieeffizienter werden

Von Christina Mante

Wie gewinnbringend die Kooperation über Landesgrenzen hinaus sein kann, zeigt das INTERREG IV C-Projekt EnercitEE. Gemeinsam entwickeln und tauschen die Partner praxistaugliche Ideen aus, um Bürgern und Kommunen zu energieeffizientem Handeln zu verhelfen und den europäischen Klimaschutz voranzubringen. Dabei läuft die Zusammenarbeit nicht immer reibungslos.

Besonders deutlich wird im EnercitEE-Projekt (siehe Kasten), dass jede Region ihre eigenen individuellen Stärken hat, von denen andere lernen können. So sammelte jede Region innerhalb des Projektes zunächst eigene gute Beispiele zum Thema Energieeffizienz, um diese den Projektpartnern zur Verfügung zu stellen.

Von Baudenkmalanierung bis Bürgermotivation

Der von Sachsen vorgestellte Handlungsleitfaden „Energetische Sanierung von Baudenkmalen“ findet zum Beispiel besonderes Interesse bei den Partnern aus Smaland (Schweden) und Emilia-Romagna (Italien), da diese in einem ähnlichen Spannungsfeld zwischen den Anforderungen der energetischen Gebäudesanierung und den Belangen des Denkmalschutzes stehen. Gute Ansätze zu dem eher schwierigen Thema, die Bürger zum Energiesparen und zu Verhaltensänderungen zu motivieren, können dagegen die Regionen Haute Savoie (Frankreich) und Smaland aufweisen. Mit erstaunlichem Erfolg haben sie die aus einem Vorgängerprojekt von Belgien übernommenen „Energienachbarschaften“ eingeführt. Dies sind Energiesparwettbewerbe zwischen Bürgern und der Kommune. Sie haben sich mittlerweile in ganz Frankreich etabliert.

Woran es haben kann

Bei der Zusammenarbeit in transregionalen Projekten sind aber auch einige Herausforderungen zu meistern. Historisch gewachsene kulturelle Besonderheiten können sich zum Beispiel in unterschiedlichen Arbeitsstilen niederschlagen. Die Zusammenarbeit kann ebenso durch personelle Überlastung oder unterschiedliches Engagement der Projektpartner erschwert werden. Eine weitere Herausforderung sind verschieden lange Entscheidungswege innerhalb staatlicher Institutionen, die oft zu erheblichen Verzögerungen in der Projektumsetzung führen, etwa wenn allein das Vergabeverfahren für den Druck von

Informationsmaterial Monate in Anspruch nimmt. Solche Probleme müssen frühzeitig kommuniziert und hierfür möglichst gemeinsam konstruktive Lösungen gefunden werden.

Die Motivation macht's

Die einfachste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinaus ist, dass alle Projektteilnehmer miteinander kommunizieren können, also in der Regel die gemeinsame Arbeitssprache Englisch gut beherrschen. Essenziell ist aber auch ein personell gut aufgestelltes Projektmanagement, welches nicht nur den Zeit- und Arbeitsplan im Blick hat, sondern auch immer wieder eine hohe inhaltliche Qualität der Ergebnisse einfordert. In solchen Projekten sollen die Partner sowohl in geografischer Hinsicht als auch im Hinblick auf ihre transnationale Kooperationserfahrung und ihr fachliches Know-how ausgewogen zusammengesetzt sein, um das Voneinander-Lernen zu ermöglichen. Dabei sind lieber weniger, aber dafür motivierte Partner wichtig.

EnercitEE

EnercitEE („Europäische Netzwerke, Erfahrungen und Empfehlungen zur Steigerung der Energieeffizienz in Kommunen und bei den Bürgern“) ist ein EU-Projekt mit sechs Partnern aus fünf europäischen Regionen (siehe Karte) und wird von 2010 bis 2013 im Rahmen von INTERREG IVC als Mini-Programm gefördert. Federführend ist das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. In dem Projekt tauschen sich die Partner hauptsächlich zu energiepolitischen Strategien und herausragenden Beispielen zu Energieeffizienzmaßnahmen aus. Darüber hinaus werden in 11 Teilprojekten gute Beispiele zur Verbesserung der Energieeffizienz weiterentwickelt und modellhaft umgesetzt.

EnercitEE Partnerregionen



- 1 Sachsen (Deutschland)
- 2 Smaland (Kalmar und Kronoberg) / Blekinge (Schweden)
- 3 Emilia-Romagna (Italien)
- 4 Haute-Savoie (Frankreich)
- 5 Dolny Śląsk (Polen)

Quelle: Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Mehr Informationen:

Christina Mante
Sächsisches Landesamt für Umwelt,
Landwirtschaft und Geologie
Referat Klimaschutz, Klimawandel
Telefon: 03 51 / 26 12 55 07
E-Mail: christina.mante@smul.sachsen.de
www.enercitee.eu

Aktive europäische Bürger im ländlichen Raum

Von Monika Lühn und Christine Wingert-Beckmann

Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ fördert transnationale Aktivitäten von Kommunen, Vereinen, Verbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch ländliche Regionen nutzen diese Möglichkeit, wie zwei Projektbeispiele zeigen.

Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB; siehe Kasten) möchte die „aktive europäische Bürgerschaft“ fördern und die Menschen in Europa dazu motivieren, sich mit gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen auseinanderzusetzen, die alle Länder in Europa betreffen. Dies gilt für städtische und ländliche Räume gleichermaßen.

Ländliche Regionen gegen Rassismus

Nationalistische Strömungen gehen oft mit Rassismus und Europafeindlichkeit einher und bedrohen den europäischen Integrationsprozess. Dem wollte das Projekt „Rural Areas Defence Against Racism – RADAR“ (Ländliche Regionen verteidigen sich gegen Rassismus; www.ezbb-radar.eu) entgegenwirken. Das Europazentrum Brandenburg-Berlin setzte dieses Projekt 2008 bis 2009 gemeinsam mit Bildungs- und Jugendeinrichtungen aus Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn um. Im Rahmen einer Konferenzreihe trafen sich circa 50 Bildungsvertreter und Jugendarbeiter, um sich ein Bild über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den jeweiligen Ländern zu machen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie diese nachhaltig bekämpft werden können. In einer

Abschlusskonferenz im Juni 2009 im sächsischen Pirna verpflichteten sie sich, sich zukünftig verstärkt für die Verwirklichung der Charta der Menschenrechte in ihrer Region einzusetzen. Vor allem junge Menschen wollen sie mit Maßnahmen wie Toleranz-Workshops und Besuchen von historischen Gedenkstätten gegen rassistische und neonazistische Einflüsse stärken. EfBB unterstützte das Projekt mit 40.200 Euro.

Vereinigung der ländlichen Gemeinden in Europa

Insgesamt 27 Kommunen aus allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wollen ihren Bürgern Möglichkeiten für transnationale Erfahrungen bieten. Sie schlossen sich 1989 zum Städtepartnerschaftsnetzwerk „Vereinigung der ländlichen Gemeinden in Europa“ zusammen (www.europeancharter.eu). Die deutsche Gemeinde Hepstedt in Niedersachsen war von Anfang an dabei. In den Jahren 2009 und 2010 organisierten die Kommunen zum Beispiel Bürgerbegegnungen, Konferenzen und Workshops, an denen insgesamt etwa 700 Bürger teilnahmen. Diese setzten sich schwerpunktmäßig mit den Themen Beteiligung an lokaler Demokratie, Einbeziehung von Jugendlichen, das Leben von älteren Menschen und Lebensqualität in ländlichen Räumen auseinander. Das gegründete Netzwerk der Partnerkomitees „Freunde

Europas“ soll die weitere Zusammenarbeit zwischen den Partnerstädten auch dann sicherstellen, wenn sich die lokale politische Situation ändert. EfBB unterstützte die Veranstaltungsreihe mit einem Betrag von 146.000 Euro.

KS EfBB

Kontaktstelle Deutschland

»Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Das Programm ist unterteilt in vier Aktionen, die jeweils mehrere Fördermaßnahmen beinhalten und verschiedene Zielgruppen ansprechen. Gefördert werden Bürgerbegegnungen und städtepartnerschaftliche Aktivitäten. In Bürgerprojekten geht es um innovative Formen der Bürgerbeteiligung. Europäische Verbände, Netzwerke und Forschungseinrichtungen können Betriebskostenzuschüsse erhalten. Zudem wird die Erhaltung und Pflege der wichtigsten Stätten und Archive im Zusammenhang mit Deportationen und Massenvernichtung zu Zeiten des Nationalsozialismus und des Stalinismus und zur Wahrung des Gedenkens an die Opfer gefördert. Vereine oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen erfahren Förderung, wenn sie zusammen mit Akteuren aus anderen Ländern Veranstaltungen oder zum Beispiel Ausstellungen organisieren sowie Radio- und Fernsehsendungen produzieren, die zur Auseinandersetzung mit der EU und aktuellen gesellschaftlichen Fragen anregen.

Mehr Informationen:

Kontaktstelle Deutschland
„Europa für Bürgerinnen und Bürger“
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
Telefon: 02 28 / 20 16 7 21
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de
www.kontaktstelle-efbb.de

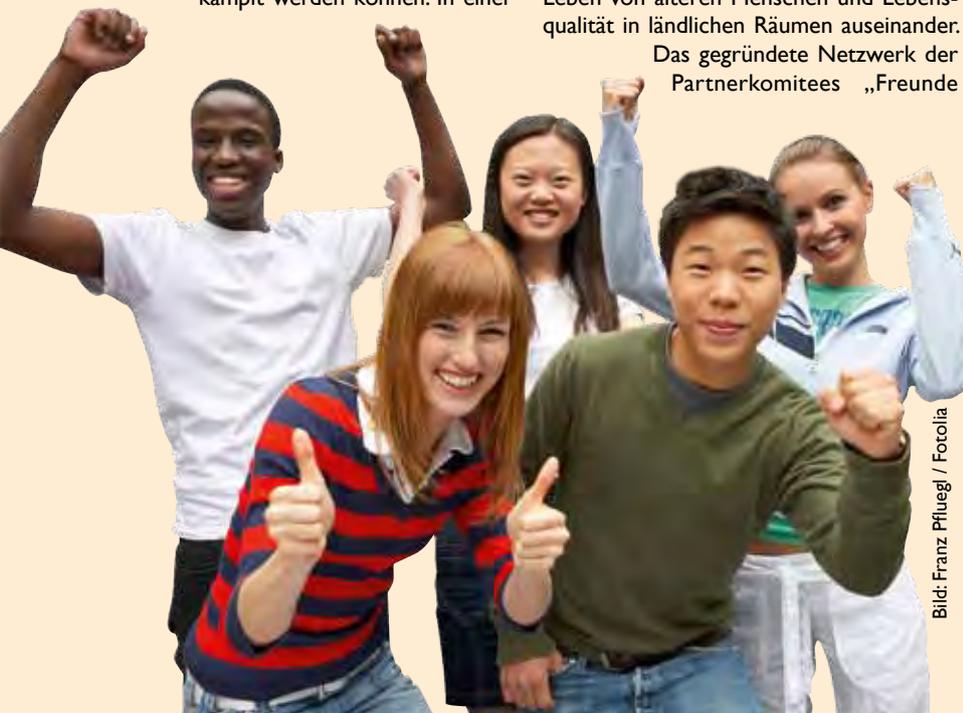


Bild: Franz Pfluegl / Fotolia



Überleben durch Kooperation und neue Technik

Von Jan Freese

Bild: Zang

Der Spessart im bayerischen Unterfranken ist nicht gerade für beste Ackerbaubedingungen bekannt. Günter Zang hat mit seinem Ackerbaubetrieb jedoch einen ganz besonderen Weg gefunden, sich zu behaupten. Dabei hilft ihm die Freude an neuer Technik und an der Zusammenarbeit mit Berufskollegen.

Nördlich von Aschaffenburg erhebt sich der waldreiche Spessart. Der Höhenzug ist in Richtung Aschaffenburg und Hanau durch eine reliefreiche Kulturlandschaft aus Grünland und Streuobstbeständen geprägt; Ackerflächen gibt es in den Tälern und auf den breiten Höhenrücken. Auf einem solchen Höhenrücken über dem Ort Schöllkrippen liegt der Keilrainhof von Günter Zang. Dass gerade hier dynamische und schnell wachsende Ackerbaubetriebe zu Hause sind, überrascht zunächst.

Gemeinsam schlagkräftiger werden

Günter Zang kommt mit einem großen Tanklaster auf den Hof gefahren, um Gülleachschub für die Frühjahrsdüngung zu holen. Später erzählt er über die Entwicklung seines Betriebes: Der Hof wurde 1965 aus der Ortslage Schöllkrippen ausgesiedelt, Milchviehhaltung und Schweinemast nach und nach abgeschafft. Inzwischen konzentriert man sich auf den Ackerbau. 1994 hat Zang die 100 Hektar Ackerflächen des Keilrainhofs in eine Ackerbaugemeinschaft (AKFZ-Acker-GbR) mit heute vier weiteren Berufskollegen eingebracht. Jeder der Landwirte steuerte 50 bis 150 Hektar Ackerland bei. Die bei einigen von ihnen anfallende Gülle aus der Tierhaltung verwendet die Betriebsgemeinschaft gemeinsam. Mit ihrem Zusammenschluss wollten sich die fünf Landwirte einerseits zeitliche

Freiräume schaffen, andererseits sollten sich die Investitionen in größere Maschinen auf den insgesamt 500 Hektar Ackerland stärker lohnen.

Als 1996 wegen des hohen Materialverschleißes auf den flachgründigen Buntsandsteinböden der Pflug zur Erneuerung anstand, entschloss sich die Betriebsgemeinschaft zur Umstellung auf die pfluglose Bodenbearbeitung und Bestellung. Die Arbeitsbreite der Maschinen wurde auf sechs Meter (Sämaschine) und auf 30 Meter im Pflanzenschutz erweitert. So konnten sie immer wieder arbeits- und betriebswirtschaftliche Vorteile in einer Region realisieren, in der die Realteilung und damit eine durchschnittliche Schlaggröße von nur drei Hektar vorherrscht.

Auch bei der Düngung ideenreich

Eine weitere Innovation setzten die fünf Partner bei der Düngung um: 2002 schafften sie einen Stickstoff-Sensor an, der während der Überfahrt über den Bestand dessen Nährstoffversorgung ermitteln kann und die Düngergabe sofort daran anpasst. Es war zu diesem Zeitpunkt das erste Gerät dieser Art, das in Bayern auf einem tatsächlich produzierenden Betrieb eingesetzt wurde. Mit Versuchen zur Düngung mit Gülle, die mit Ammoniumsulfat in ihrem Nährstoffgehalt aufgewertet wurde und zur platzierten Unterflurdüngung ein-



Bild: Zang

Betriebsspiegel:

- 100 Hektar Ackerland (Ackerzahlen zwischen 30-45), fünf Hektar Grünland
- Ackerlandbewirtschaftung seit 1994 zusammen mit vier Kollegen in der AKFZ-Acker-GbR (insgesamt 500 Hektar Ackerland, Pachtquote 90 Prozent).
- Standardfruchtfolge Hoflage (250-350 Meter über NN): Mais – Weizen/Wintergerste oder Raps – Weizen
- Standardfruchtfolge Höhenlage Spessart (bis 450 Meter über NN): Raps – Weizen/Roggen – Braugerste
- Getreidelagerung und -trocknung für 3000 Tonnen
- Mähdrusch und andere Dienstleistungen
- Teilnahme am Bayrischen Kulturlandschaftsprogramme KULAP (umweltfreundliche Gülleausbringung sowie 50 Hektar Extensivflächen wie Stilllegung und Blühstreifen)



Bild: Zang

Der Keilrainhof in Schöllkrippen im Spessart.

gesetzt wurde (CULTAN- oder Depotdüngung; siehe Kasten), leiteten die Landwirte 2008 weitere Neuerungen ein.

Eine wichtige Rolle spielte dabei die 2010 durch einen regionalen Maschinenring gegründete Gülleverwertungsgemeinschaft, an der insgesamt 23 Betriebe in den Landkreisen Miltenberg und Aschaffenburg beteiligt sind. Die neue Technik der Verwertungsgemeinschaft erlaubt eine schlagkräftige Unterflurausbringung. So düngt die Betriebsgemeinschaft seit 2011 nun 350 Hektar im CULTAN-Verfahren mit nährstoffangereicherter Gülle. Günter Zang ist überzeugt, dass dies zu gesünderen Beständen und stabileren Erträgen führt. Wegen der zunächst etwas höheren Kosten praktizieren bisher aber noch nicht alle Kollegen in der Verwertungsgemeinschaft diese Verfahren.

Seine Anregungen zu Neuerungen bekommen Zang und seine Kollegen auch im lokalen Arbeitskreis Marktfruchtbau des Amtes für Landwirtschaft, in dem immer wieder neue Entwicklungen aufgegriffen und vorgestellt werden.

„Neuerungen bereichern den Betrieb“

Wie wird die Zukunft auf dem Keilrainhof aussehen? Die neuen Herausforderungen und Möglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien lassen auch Günter Zang nicht ungerührt. Neben der 30 Kilowatt-

Fotovoltaikanlage auf seinem Scheunendach sollte 2010 eine zusätzliche ein bis zwei Megawatt große Fotovoltaikanlage entstehen, die aber am lokalen Widerstand und Einspruch der Behörden scheiterte. Gegenwärtig überlegt Günter Zang, seine nicht mehr genutzten Ställe für ein Nahwärmeheizkraftwerk auf Holzbasis zu nutzen.

Ackerbau ist und bleibt aber Hauptstandbein und Stärke des Keilrainhofs. Hier will Zang auch weiterhin auf neue Technik setzen: Im Moment vergleicht er auf dem Feld

CULTAN-Düngung

Eine ausreichende Stickstoffversorgung der Feldfrüchte ist der Schlüssel zu guten Erträgen. Bei der innovativen Düngetechnik gibt es gegenwärtig einige neue Strategien. Dazu zählt das Verfahren, mineralische harnstoff- und ammoniumbasierte Flüssigdünger (AHL) sowie Ammonium-Sulfatlösungen (ASL) als Depotdüngung im Boden abzulegen. Mit Injektions- oder Schlitztechnik wird der Dünger im Frühjahr in den Bereich der Pflanzenwurzeln platziert; diese Düngung kann linien- oder punktförmig erfolgen. Da Ammonium an Bodenteilchen anhaftet und damit anders als Nitrat weniger auswaschungsgefährdet ist, können sich die Pflanzen während der gesamten Wachstumsphase aus diesem Depot bedienen. Diese Form der Düngung geht auf Prof. Karl Sommer (Universität Bonn) zurück und heißt *CULTAN-Düngung*. Diese kann ihre Stärken besonders auf trockenheitsgefährdeten oder ertragsschwächeren Standorten ausspielen. Etwa dort, wo Schwefel ein begrenzender Faktor ist oder wo aus Wasserschutzgründen die Nitratauswaschung reduziert werden muss. Auch für organische Flüssigdünger (Gülle) ist die platzierte Einbringung in den Boden interessant, da dies die Stickstoffverluste minimiert, die Pflanzenversorgung verbessert und gleichzeitig die umweltschädlichen Ammoniakemissionen reduziert.

Siehe auch www.cultan.de

neben der Hofstelle, ob sich im Rahmen der CULTAN-Düngung linienförmige und punktförmige Düngerdepots im Boden in der Wirkung auf die Getreideentwicklung und -gesundheit unterscheiden.

Die vielseitigen Kooperationen mit Kollegen sind eine Herausforderung, aber nach Zangs Worten heute unumgänglich, um mit der schnellen Entwicklung Schritt halten zu können. Inzwischen sind er und seine Kollegen gefragte Partner für Praxisversuche und Vorträge zu Kooperationsmodellen und zur CULTAN-Düngung. Auf die Frage, wo seine Experimentierfreude herkommt, lacht er nur und sagt: „Na ja, wir haben schon auch Lehrgeld bezahlt. Aber wenn man den Betrieb und die eigenen Verfahren weiter entwickeln will, muss man offen für Neuerungen sein und damit Erfahrungen sammeln. Und ganz ohne solche Herausforderungen und Experimente wäre es doch auch recht langweilig.“



Bild: Zang

Mehr Informationen:

Günter Zang
Keilrainhof
E-Mail: keilrainhof@t-online.de
Telefon: 06 0 24 / 63 09 67



Alles inklusive – für mehr Lebensqualität in ländlichen Räumen

Von Brigitte Wotha

Die anhaltende Abwanderung aus ländlichen Regionen führt zum Verlust von gesellschaftlicher Vielfalt und zur Ausdünnung von Infrastruktur. Insbesondere für pflegebedürftige und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen wird das Leben auf dem Land zunehmend schwieriger. Eine kleine Gemeinde in Schleswig-Holstein steuert gegen diesen Trend.

Wie viele ländlich-periphere Kommunen ist die Gemeinde Lindau in Schleswig-Holstein mit ihren 1326 Einwohnern damit konfrontiert, dass bestehende Angebote und Strukturen für ihre Bürgerinnen und Bürger untergenutzt bleiben und damit unwirtschaftlich werden. Auch die bisher noch gut funktionierenden sozialen Netzwerke und Nachbarschaften sind durch den Wegzug von Kindern und Freunden immer schwieriger zu erhalten. Eigene Entwicklungsmöglichkeiten – etwa in der Bildung – werden zudem durch benachbarte zentrale Orte eingeschränkt. Gleichzeitig engagieren sich immer noch Bürgerinnen und Bürger für die Verbesserung der Lebensqualität im Ort.

Die „Inklusive Gemeinde Lindau“

Vor diesem Hintergrund beschloss die Gemeindevertretung in Lindau im Juni 2010, das Leitbild Inklusion (siehe Kasten) in die Dorfentwicklung zu integrieren und rief das Projekt „Inklusive Gemeinde Lindau“ ins Leben. Ziel des Projektes ist es, allen die gleichberechtigte Teilhabe an der dörflichen Gemeinschaft zu ermöglichen. Mit Hilfe des Inklusionsbüros der Lebenshilfe Landesverband Schleswig-Holstein hatte die Gemeinde bereits im Vorfeld Maßnah-

men umgesetzt, um den Alltag von in ihrer Beweglichkeit eingeschränkten Menschen zu erleichtern. So wurden Rampen gebaut oder der Kantstein für Rollstuhlfahrer abgesenkt. Die Gemeinde suchte jedoch nach einem umfassenderen Ansatz, um die Lebensqualität für alle zu erhöhen. „Niemand soll die Gemeinde verlassen müssen, wenn er Pflege- oder Betreuungsbedarf oder eine Behinderung hat und vor Ort keine Unterstützung erhält“, erläutert Bürgermeister Krabbenhöft in einem Bürgerbrief.

Lindau ist gut aufgestellt, ...

Mit Unterstützung des Sozialministeriums Schleswig-Holstein untersuchte ein Planungsbüro in einem ersten Schritt den Stand der Inklusion in der Gemeinde: Wie offen und am Gemeinwohl orientiert sind die Menschen und Institutionen und welche Hindernisse stehen einer gleichberechtigten Teilhabe aller entgegen? Zudem untersuchten die Wissenschaftler, welche Strukturen notwendig sind, um auch in Lindau ein Leben im Alter zu ermöglichen.

Die Untersuchung bestand aus einer Expertenrunde, Gesprächen mit Institutionen und Verbänden sowie einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung. Der Fragebogen basierte auf den Grundannahmen des Kommunalen Indexes für Inklusion der

Montag Stiftung (siehe Kasten). Hiernach wurden für die drei Dimensionen „Kultur und Werte“, „Strukturen“ und „Handlungspraktiken“ eigene Indikatoren entwickelt (siehe Tabelle).

Die Ergebnisse der Befragung zeigten, dass die Gemeinde Lindau in vielen Punkten für die Herausforderungen des demografischen Wandels gut aufgestellt ist. Besonders die Dimension „Kultur und Werte“ erreichte hohe Zufriedenheitswerte.

... hat aber noch viel Handlungsbedarf

Die Bürger und Experten sahen jedoch in vielen Bereichen auch Mängel. So könnte das Zusammenleben deutlich gestärkt werden, etwa durch mehr gemeindeübergreifende Veranstaltungen, den Ausbau von Treffpunkten und durch eine verbesserte Teilhabe an den für das Dorf wichtigen Entscheidungen. Dies galt insbesondere für die unter 25-jährigen und die Neuzugezogenen. Viele Bürger suchten konkret Möglichkeiten, wie sie sich auch ohne Vereinsbindung für die Gemeinde engagieren könnten.

Bezüglich der Infrastruktur benannten Bürgerinnen und Bürger immer wieder die mangelnde Erreichbarkeit und das sehr lückenhafte Fuß- und Radwegenetz als wichtigste Problempunkte. Kinder und

Dimensionen und Indikatoren des Kommunalen Indexes für Inklusion

Dimension	Indikatoren
Kultur und Werte	Zusammenleben in der vielfältigen Gemeinde Lindau
	Qualitäten von Zusammenarbeit in Familie und Nachbarschaft
	Strategien gegen Ausgrenzung
	Partizipation an den für das Dorf wichtigen Entscheidungen
	Wertschätzung ehrenamtlicher oder freiwilliger Tätigkeiten
	Offenheit für Neuerungen
	Kommunikation in der Gemeinde
	Teilen von Erfahrungswissen
Strukturen	Qualitäten des vorhandenen Angebots sowie Bedarfe für ein zukünftiges Angebot in Lindau für die Bereiche Versorgung, Bildung, Freizeit und Sport, Mobilität, Wohnen und Leben im Alter
Handlungspraktiken	vorhandene oder gewünschte Praktiken für eine Teilhabe aller am gemeindlichen Leben
	Funktionieren von Treffen und Treffpunkten
	Engagement: Was können meine Familie, meine Organisation und ich selbst tun?

mobilitätseingeschränkte Menschen etwa können die Fuß- und Radwege nicht unbegleitet nutzen. In der Folge verzichten Menschen auf bestimmte Aktivitäten, betreiben Vorratshaltung oder sind auf Nachbarschaftshilfe angewiesen. Abhilfe könnten organisierte Mitfahrgelegenheiten, eine verbesserte Akzeptanz von Lieferservices und ein besseres lokales Angebot – zum Beispiel auf der Basis von Tauschringen – bringen.

Zum Thema Wohnen im Alter zeigte sich Bedarf für barrierefreien Wohnraum, aber auch für Räume für soziale Infrastruktur und Unterstützungsdienstleistungen, um die pflegenden Menschen vor Ort zu entlasten.

Neues entwickeln, Vorhandenes koordinieren

Zwei Monate nach dem Abschluss der Untersuchung hat die Gemeinde im März 2011 eine Koordinatorin eingestellt, die die Umsetzung der Studienergebnisse vorantreibt. Schon nach den ersten sechs Monaten zeigten sich erste Erfolge. So geben Lindauer Bürgerinnen und Bürger eine viermal im Jahr erscheinende Dorfzeitung mit allen Neuigkeiten rund um das Dorfleben an alle Haushalte heraus. Auch durch die gezieltere Nutzung der Dorfinformationstafel wurde die Kom-

munikation verbessert: Hier werden jetzt Mitteilungen über die Gemeinderatssitzungen platziert. Der Bürgermeister bietet Sprechstunden in den einzelnen Ortsteilen an und es wurde ein „Anregungskasten“ für alle aufgehängt. Die Koordinatorin organisiert Transporte zu den Einkaufsgelegenheiten im benachbarten Unterzentrum und stimmt diese mit den Marktzeiten ab. Sie unterstützte außerdem einen Bäckerweigen bei der Standortwahl für seine Haltepunkte. Die bislang wenig genutzten Lieferdienste der Lebensmittelbetriebe werden nun in der Dorfzeitung beworben. Um Treffen im öffentlichen Raum zu erleichtern, hat die Gemeinde weitere Bänke aufgestellt, die von Paten betreut werden. Auch die Treffmöglichkeiten im „Dörpshus“ und im Jugendtreff wurden ausgedehnt. Um die Neuzugezogenen besser ins Dorfleben einzubinden, erhalten diese ein Begrüßungsscheckheft mit Gutscheinen, zum Beispiel für Dorffeste und Vereine.

Das Projekt „Inklusive Gemeinde Lindau“ konnte das Engagement vieler Gruppen bündeln und hat damit Lösungen gefunden, die über rein investive Maßnahmen wie die Bereitstellung und Gestaltung von Räumen hinausgehen. Damit hat die Gemeinde erste Wege gefunden, um ihre Lebensqualität zu verbessern, ohne gleichzeitig ihre Finanzen allzu stark zu belasten.



Was heißt Inklusion?

Das Leitbild der Inklusion zielt darauf ab, eine dörfliche Gemeinschaft so zu verändern, dass alle Menschen – mit und ohne körperlicher Behinderung, kultureller oder sozialer Einschränkung – gleichberechtigt an Gesellschaft und Gemeinschaft teilhaben können. Auf die Dorfentwicklung übertragen bedeutet dies, dass sich die dörfliche Gemeinschaft in ihren Strukturen, Werten und ihrer Zusammenarbeit so verändert, dass sie für alle Menschen einen Lebens- und Wohnraum bietet und so ihre Zukunftsfähigkeit erhöht.

Der „Kommunale Index für Inklusion“ wurde von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft entwickelt. Er steht unter www.montagstiftungen.de → Projekte → Inklusion → Kommunen und Inklusion → Arbeitsbuch kostenlos zum Download bereit.

Mehr Informationen:

Dr. Brigitte Wotha
 Büro für Stadt- und Regionalentwicklung
 Telefon 043 49 / 91 46 54
 E-Mail: info@wotha.de

Kultur säen – Zukunft ernten

Von Doreen Götzky

Mit dem Begriff Kultur wird in Deutschland in erster Linie Kunst verbunden und diese ist vor allem in urbanen Räumen zu finden. Kulturpolitik ist häufig auf einen reinen Versorgungsanspruch beschränkt. Dabei kann sie viel bewegen, wenn sie die Bürger beteiligt. Der Landkreis Hildesheim zeigt, wie das gehen kann.

Während Kulturpolitik zumindest theoretisch von einem weiten Kulturbegriff geprägt ist, wird der kulturpolitische Alltag in den Kommunen bestimmt von der Verwaltung und Förderung städtischer Institutionen, insbesondere der umfangreichen Theater- und Museumslandschaft. Hinzu kommt zunehmend die Veranstaltung marketingtauglicher Events.

Ländlicher Raum läuft nebenher

Der ländliche Raum wird kulturpolitisch zum einen als „Mitversorgungsraum“ betrachtet, also als Einzugsgebiet für potenzielle Besucher, und zum anderen als „kultureller Fundus“, der zur Vermarktung von Lokalkolorit für Touristen „geplündert“ werden kann. Dem endogenen kulturellen Potenzial ländlicher Räume wird eine solche Kulturpolitik aber nicht gerecht. Zudem lässt sie Chancen ungenutzt, die Kulturarbeit im Rahmen von Regionalentwicklungsprozessen entfalten kann. Der Landkreis Hildesheim hat dies bereits 1995 erkannt und gemeinsam mit dem Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim eine Kulturentwicklungsplanung

(KEP) initiiert. Ziel ist es, Grundsätze für eine dem ländlichen Raum angemessene Kulturpolitik zu entwerfen. Der Kulturentwicklungsplan wurde in seinen Grundzügen 1999 fertiggestellt und mündete in einen offenen Umsetzungs- und Entwicklungsprozess, der immer wieder neue Ideen hervorbringt.

Kultur von unten bewegt die Region ...

Ein Ergebnis der KEP ist, dass es nicht die ausschließliche Aufgabe der Kulturpolitik ist, die Bürger der Region mit kulturellen Angeboten zu versorgen oder kulturelle „Leuchttürme“ in der Hoffnung auf zahlreiche Touristen zu vermarkten. Vielmehr erkannte man im Landkreis, dass die Kulturschaffenden, aber auch die ehrenamtlich engagierten Bürger die eigentliche kulturelle Substanz der Region sind. Mittels vielfältiger Projekte versucht der Landkreis daher, neben den professionellen Kulturschaffenden auch die Laienkulturszene und die Heimatpflege aktiv in das kulturelle Geschehen einzubinden. Hier ist es das Ziel, über vernetztes Handeln Projekte zu initiieren, Ressourcen gemeinsam zu nutzen

und dadurch einen größeren Wirkungsgrad, zum Beispiel in Form einer breiteren Öffentlichkeit, zu erreichen. Ein wichtiger Partner des Landkreises im Rahmen dieser Arbeit ist das Netzwerk Kultur & Heimat Börde-Leinetal e.V., das im Laufe des Kulturentwicklungsprozesses gegründet wurde. Es vereint Kultur- und Heimatvereine, freie Künstler, soziokulturelle Einrichtungen sowie Laien und Profis.

Neben der Vernetzung der vielfältigen Kulturszene ist die Freisetzung bürgerschaftlichen Engagements und damit die Förderung von Zivilgesellschaft ein zentrales Anliegen der KEP. „Bürgerschaftliches Engagement verstehen wir aber nicht ausschließlich als das unentgeltliche Erbringen von Arbeitsleistung, sondern als aktive und selbstbestimmte Gestaltungsfunktion in einem Gemeinwesen“ beschreibt der Leiter des Kulturbüros Hans-Jürgen Driemel den Ansatz der KEP, der sich auch unter dem Begriff „Empowerment“ zusammenfassen lässt. Dass es großen Bedarf seitens der Bürger gibt, sich jenseits von etablierten parteipolitischen Teilhabe- und Entscheidungsstrukturen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt zu beteiligen, ist eine der wichtigsten Erkenntnisse des bisherigen Kul-

Sternstunde an der Innersten. Vereine der anliegenden Dörfer bringen 2010 den Fluss durch unterschiedliche Aktionen zum Leuchten.



Bild: Hans-Jürgen Driemel



Bild: Andreas Hartmann



Aktion im Rahmen des Projektes Innerste Blau: „Der König kommt“ und für ihn inszenieren verschiedene Dörfer Ortsführungen und präsentieren ihre Orte auf ungewöhnliche Art und Weise.

turentwicklungsprozesses in der Region Hildesheim. Kunst und Kultur eignen sich in besonderer Weise als Katalysator für Empowerment-Prozesse, da kulturelle Aktivitäten „einen positiven Ausgangspunkt haben: Menschen werden nicht als Problem, sondern als potenzielle und konkrete Bereicherung angesehen“, wie die Europäische Kommission Beschäftigung und Soziales feststellt.

... und bringt Bürgerinnen und Bürger zusammen

Auch Impulse von außen können für die Förderung solcher Prozesse hilfreich sein, wie bei „LandArbeit07 – Kunstprojekt für einen Ort“ erprobt wurde (www.landarbeit.org). Das Kunstprojekt setzte sich mit den sozialen, kulturellen und landschaftlichen Bedingungen des Dorfes Heinde und seiner Bewohner auseinander und wurde 2007 auf Initiative von Bürgern in Zusammen-

arbeit mit unterschiedlichsten Akteuren (Netzwerk Kultur & Heimat, Universität Hildesheim, internationale Künstler, Landkreis Hildesheim, Ortsvereine und Kirchengemeinde) umgesetzt. Der Anspruch an die künstlerischen Arbeiten war, dass sie auf unterschiedlichste Art und Weise die Bürger beteiligen und demzufolge kommunikative Prozesse in Gang setzen sollten.

Eines der Projekte war der Beschwerdechord des finnischen Künstlerpaars Tellervo Kalleinen und Oliver Kochta-Kalleinen: In Heinde und den umliegenden Ortschaften wurden Beschwerden gesammelt, die mit dem Leben im Ort zu tun haben. Daraus wurde ein Chorwerk komponiert, das vom Gemischten Chor Heinde aufgeführt wurde.

Für die „Tischtransaktion“ des Künstlerduos Boris Nieslony und Wolfgang Preisinger tauschten 26 Familien aus Heinde, Listringen und Umgebung ihre Esstische und damit einen zentralen Ort der häuslichen Kommunikation. Eine Woche lang konnten die Besitzer, aber auch andere Besucher, die Tische in ihrem vorübergehenden Heim besuchen und dabei ihre Mitmenschen neu kennenlernen.

Eine Befragung zu den Wirkungen von LandArbeit 07 brachte das Ergebnis, dass neben einem veränderten Umgang mit Kunst vor allem das soziale Miteinander innerhalb des Projektes von den Beteiligten als besonders positiv bewertet wurde.

Chancen für die Regionalentwicklung

Diese Art von Kulturarbeit kann also Bürger zusammenbringen und damit nachhaltige Bottom-up-Strukturen unterstützen, die wiederum als „weiche“ Planungsfaktoren im Rahmen von Regionalentwicklungsprozessen hilfreich sind. Das aktuelle Projekt

2011 „Innerste Blau – ein Regionalprojekt im Innerstetal“ versucht, diese weichen Faktoren mit konkreten Anliegen der Regionalentwicklung zu verbinden. 2006 unternahm eine Gruppe von Kulturschaffenden, Naturschützern und Heimatpflegern eine Expedition entlang des Flusses Innerste. Diese Expedition lieferte den Impuls für einen Radweg entlang der Innerste vom Harz bis nach Hildesheim, dessen Planung seitdem federführend vom Landkreis Hildesheim interkommunal betrieben wird. Begleitend zu dieser Infrastrukturmaßnahme will das Kulturprojekt „Innerste Blau“ die regionalen Besonderheiten,

Natur- und Kulturschätze sowie die am Fluss Innerste lebenden Menschen in die inhaltliche Gestaltung des Radweges einbeziehen. Gemeinsam mit Kulturschaffenden werden Vermittlungs- und Präsentationsformen erprobt, welche die regionalen Besonderheiten für die Menschen vor Ort und natürlich für den radfahrenden Gast auch jenseits von Schautafeln sichtbar und erfahrbar machen. Daraus können alternative Tourismusformate entstehen, und die Bewohner entdecken gleichzeitig ihre Heimat neu.

Mitten ins Leben

Die kulturpolitischen Akteure der Landkreisverwaltung, allen voran das Kulturbüro, sehen ihre Aufgabe im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung primär darin, als Impulsgeber, Moderator und Vernetzer tätig zu sein. Zusätzlich unterstützt der Landkreis die Kulturschaffenden organisatorisch und infrastrukturell, unter anderem mithilfe einer Kulturdatenbank (www.kulturium.de). Zukünftig soll die Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen Bereichen der Regionalentwicklung verstärkt werden.

Die Kultur scheint im Landkreis Hildesheim dort angekommen zu sein, wo sie die Initiatoren des KEP vor inzwischen mehr als 15 Jahren verortet wissen wollten: mitten im Leben.

Seit Jahren fester Bestandteil der Hildesheimer Kulturlandschaft: das Freilufttheater in Heersum, an dem viele Bewohner des Dorfes beteiligt sind.



Mehr Informationen:

Doreen Götzky
Universität Hildesheim
Institut für Kulturpolitik
E-Mail: goetzky@uni-hildesheim.de
www.uni-hildesheim.de/Kulturpolitik

Mit Unternehmen die Region bewegen



Von Josef Bühler

Regionale Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und tragen durch Investitionen zur Entwicklung ihrer Region bei. Häufig finden Unternehmen und Akteure der Regionalentwicklung jedoch nicht zueinander. Die Naturparkregion Dübener Heide zeigt jedoch, wie beide Seiten profitieren, wenn sie sich aufeinander einlassen.

Ausgerechnet eine Naturparkregion hat eine der höchsten Unternehmensbeteiligungen in ILE/Leader-Prozessen: Über 140 Unternehmen sind in der bundesländerübergreifenden Naturparkregion Dübener Heide in Sachsen und Sachsen-Anhalt über Netze in die Regionalentwicklung eingebunden. Zusätzlich arbeiten 16 große Unternehmen in einer „Denkfabrik für Daseinsvorsorge und Fachkräftesicherung“ mit, und 72 weitere Betriebe haben als gewerbliche Antragssteller in den ersten drei Jahren der Förderperiode ILE-/Leader-Fördermittel beantragt. Alle Firmen verstehen sich als strategische Partner einer Wertschöpfungspartnerschaft – gemeinsam mit zentralen regionalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ihr Ziel ist es, regionale Potenziale zum wechselseitigen Nutzen aller Beteiligten in Wert zu setzen.

Betriebe bestimmen aktiv die Richtung

Es gibt fünf Unternehmensnetze entlang der Wertschöpfungsketten von zentralen länderübergreifenden Produktlinien (siehe Tabelle). Das Regionalmanagement der Dübener Heide, das für beide LAGn – Sachsen und Sachsen-Anhalt – zuständig ist, hat zusammen mit der Naturparkleitung

die Unternehmen zusammengebracht. Die jeweiligen Ziele und Aktivitäten erarbeiteten Regionalmanagement und Betriebe zusammen. Sie zielen hauptsächlich darauf ab, ihre Situation am Markt zu verbessern. Das erste Netzwerk nahm 2006/2007 seine Arbeit auf, danach kam nahezu jedes Jahr ein neues dazu.

Die Unternehmen sind verantwortlich für die entsprechenden Produkte und machen diese über ein weitgehend selbst bezahltes Verbundmarketing bei den angestrebten Zielgruppen wahrnehmbar. Im Rahmen von Kooperationsverträgen untereinander und mit dem Naturpark definieren sie Produktstandards, Formen der Zusammenarbeit, die Kommunikations- und Mediaplanung sowie die Finanzierung. Jedes Netzwerk hat ein eigenes Management, das über vorhandene Strukturen abgedeckt wird. Dies kann ganz unterschiedlich gelöst sein: Neben der Naturparkleitung und dem Regionalmanagement übernehmen auch einzelne Mitglieder der Netzwerke allein oder in Kooperation mit dem Regionalmanagement diese Funktion. Das Regionalmanagement setzt momentan für drei Netzwerke circa 15 bis 20 Prozent seiner Arbeitszeit und 5.000 bis 8.000 Euro für ergänzende Kommunikations- und Qualifizierungsmaßnahmen ein.



Beispiele: „Heidemagneten“ und „Von Natur aus Gesund“

In dem Unternehmensnetz „Heidemagneten“ etwa sind 37 Unternehmen an der gemeinsamen Produktlinie „Ausflugsregion“ beteiligt: Gaststätten, private und öffentliche kulturelle Einrichtungen (Museen, Schlösser, Gutshäuser etc.) und Freizeitanbieter (Klettergarten, Freizeitpark am See etc.). Die Unternehmen schlossen einen Kooperationsvertrag miteinander ab, der eine Jahrespauschale zur Finanzierung der gemeinsamen Aktivitäten beinhaltet. Ein wesentliches gemeinsames Produkt ist die Karte „Heidemagneten“. Sie erscheint jährlich mit einer Auflage von 40.000 Stück und beschreibt die gebündelten Ausflugsziele. Darüber hinaus gibt es einen gemeinsamen Mediaplan für den Heidesonntag, der immer am 1. Sonntag im Monat mit verschiedenen Events stattfindet: kulinarische

Überblick über die aktuell bestehenden fünf Unternehmensnetze der Dübener Heide

Unternehmensnetz	Inhalt / Ausrichtung	Beteiligte Unternehmen (konstant)
Heidemagneten	Ausflugsziele im Tagestourismus, touristische Leistungsträger	37
Bestes aus der Dübener Heide	Kulinarische und handwerkliche Produkte aus der Region, Verkaufsförderung (z.B. Einkaufsführer), Produktentwicklung	24
Naturreich / Erlebnis Wildtier	Inwertsetzung von Natur, Wildtiererlebnis, Umweltbildung	29
Von Natur aus Gesund	Gesundheits(-touristische) Angebote, Gesundheitsprävention mit Naturheilverfahren	38
Jugend / Abenteuer / Sport	Jugendfreizeiten, Klassenfahrten, Produktentwicklung, Vermarktungsstrategie für Gruppenreisen	18

Angebote, wie der Gesundheitsbrunch und die Wildtierwoche; kulturelle Angebote wie Erntedank, Weihnachtsfeste/-märkte, Theater und Konzerte; aber auch Führungen, wie Erlebnis-, Wildtier- und Gesundheitswandern. Zusätzlich finanzieren die Betriebe Anzeigen sowie einen Journalisten, der monatlich Pressearbeit betreibt. Die jeweiligen Ausflugsziele und variierenden Aktionen werden möglichst mit den anderen vier Produktlinien verknüpft. In etwa drei Treffen pro Jahr werden die gemeinsamen Aktionen geplant und ausgewertet.

Das im Spätherbst 2009 gegründete Netzwerk „Von Natur aus Gesund“ bündelt mit konstant 38 Unternehmen naturheilkundliche Angebote. Zielmarkt ist in erster Linie die regionale Bevölkerung und nur zum Teil auch der touristische Markt. Zentrale Instrumente sind zwei Naturheilkundetage in Eilenburg und Wittenberg, ein gemeinsames Bildungsprogramm, ein Angebotsverzeichnis, Geschenkgutscheine und Präsentationen auf Märkten und regionalen Messen. Für den Herbst 2011 stehen

Workshops zur Produktentwicklung und Selbstqualifizierungsmaßnahmen an.

Der Nutzen ist vielfältig

Die Unternehmen profitieren direkt durch die finanzielle Förderung über ILE/Leader. So organisiert das Regionalmanagement bei der ersten Veröffentlichung einen Zuschuss beziehungsweise finanziert teilweise die begleitende Pressearbeit aus seinem Budget mit. Circa fünf Prozent der Netzwerkmitglieder haben hierfür zum Beispiel Investitionsanträge gestellt.

Die finanzielle Förderung ist jedoch nicht die Hauptmotivation der Unternehmen. Wichtiger ist ihnen

- die verbesserte Wahrnehmung am Markt durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit und Verbundmarketing,
- neues Know-how, der Informationsaustausch im Netzwerk bzw. der Aufbau intensiver Kontakte zu anderen Unternehmen im Netzwerk und
- die gemeinsame Produktentwicklung bzw. Entwicklung ergänzender Angebote.

Der Unternehmenslogik folgen!

Damit die Regionalentwicklung für Unternehmen attraktiv ist, muss sie deren Handlungslogik entsprechen und glaubwürdig einen klaren beschäftigungs- und marktorientierten Nutzen verfolgen. Außerdem benötigen solche Initiativen ausdifferenzierte Formen der Beteiligung sowie eine hohe Umsetzungsgeschwindigkeit. Um die Unternehmen an das Projekt zu binden, ist es wichtig, dass das Regionalmanagement sowohl organisatorisch als auch bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit eine hohe Verlässlichkeit zeigt und die Unternehmen nach dem Erreichen der ersten Ziele wieder neue gemeinsame Aufgaben definieren.

In der Dübener Heide sind der Naturpark und der Naturparkträger eine wichtige Klammer. Sie bieten einen Identifikationspunkt und eine Plattform über die Förderphase hinaus. Außerdem transportieren die Verantwortlichen ein Selbstverständnis, das immer wieder deutlich

macht: Die ökonomische Entwicklung und die Entwicklung von Natur und Landschaft sind Ziele, die sich nicht widersprechen, sondern ineinandergreifen.



Bild: neuland+ Tourismus, Standort- & Regionalentwicklung GmbH & Co. KG

Unternehmensnetzwerke in der Dübener Heide

Die Region Dübener Heide, die sich über die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt erstreckt, verfolgt länderübergreifend gemeinsam erarbeitete Ziele. Sie werden jeweils durch eine Lokale Aktionsgruppe in Sachsen und Sachsen-Anhalt gesteuert. Das gemeinsame länderübergreifende Regionale Entwicklungskonzept steht unter der Leitidee „Beschäftigungs- und NaturReich. Gesundheits- und Naherholungsregion Dübener Heide. Eine Zukunftsanschluss von Bürgern, Wirtschaft und Kommunen“. Die fünf Unternehmensnetze, die im ILE/ Leader -Prozess eingebunden sind, fungieren quasi als „Unterbau“ der Lokalen Aktionsgruppen. Gleichzeitig sind nahezu alle Unternehmensnetze mit einem Sitz in den bestehenden Koordinierungskreisen verankert.

Mehr Informationen:

Josef Bühler
Regionalmanager Dübener Heide
neuland+
Telefon: 03 42 43 / 72 9 93
E-Mail: buehler@neulandplus.de
www.neuland.info

Thomas Klepel
Geschäftsführer Naturpark Dübener Heide
Telefon 03 42 43 / 72 9 93
E-Mail: info@naturpark-duebener-heide.com
www.naturpark-duebener-heide.com

Arbeitskräfte nach Bedarf

Von Rita Leßmann-Kind

Stetiges Wachstum und voranschreitende Spezialisierung stellen viele landwirtschaftliche Familienbetriebe vor ein Problem: Sie schaffen die Arbeit auf Dauer mit den familiären Arbeitskräften nicht mehr. Zuverlässige und dauerhafte Teilzeitkräfte sind jedoch rar. Deshalb setzt sich auch in Deutschland immer mehr die Idee der Arbeitgeberzusammenschlüsse durch.



Bild: Fotolyse / Fotolia

Die Idee der Arbeitgeberzusammenschlüsse (AGZ) kommt aus Frankreich und wird dort seit über 25 Jahren mit Erfolg praktiziert. Das Prinzip dahinter: Mehrere Betriebe beschäftigen gemeinsam Arbeitskräfte und setzen sie nach Bedarf ein. Dies ist dann sinnvoll, wenn die Betriebe Arbeitsspitzen kompensieren müssen, die anfallende Arbeit jedoch nicht für eine Vollzeitstelle reicht. In Deutschland entstand der erste AGZ 2005 im Spreewald in Brandenburg. Inzwischen haben sich dort 44 Betriebe zusammengeschlossen, die gemeinsam 72 Mitarbeiter beschäftigen. Landwirtschaftliche sowie weiterverarbeitende Betriebe sind dort genauso eingebunden wie Gastronomen, Transportunternehmen, Forstbetriebe, Handwerksbetriebe, Wasser- und Bodenverbände und Behörden. Mittlerweile gibt es außerdem vier weitere AGZ in Brandenburg sowie einen AGZ in Thüringen (www.arbeitgeberzusammenschlusse.de). Bedingt durch die größeren Betriebsstrukturen und den stärkeren Fachkräftemangel sind AGZ in Ostdeutschland bereits weiter verbreitet als in Westdeutschland.

Der Westen zieht nach

Im Frühjahr 2009 gründete sich jedoch auch der erste und bisher einzige landwirtschaftliche Arbeitgeberzusammenschluss in Westdeutschland – der „AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG“ in Nordrhein-Westfalen. Die Idee trug der ehemalige Arbeitsminister Josef Laumann 2006 an den Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband e.V. (WLV) sowie den Arbeitgeberverband der Westfälisch-Lippischen Land- und Forstwirtschaft e.V. (WLAV) heran, nachdem er den Spreewälder AGZ kennengelernt hatte. Bei einer anschließenden Umfrage des WLAV unter seinen Mitgliedsbetrieben meldeten viele ihren Bedarf an Teilzeitkräften. Dies war der Startschuss für das Projekt. 2008 bis 2010 gab es zunächst eine Anschubfinanzierung aus Landesmitteln und dem Europäischen Sozialfond in Höhe von 162.000 Euro; bis 2012 wurde nun eine Folgeförderung in Höhe von 130.000 Euro bewilligt. Heute beschäftigen 45 landwirtschaftliche Unternehmen im AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG gemeinsam neun Mitarbeiter. Hierfür

haben sie zusammen mit dem WLV, dem WLAV und den Betriebshilfsdiensten Lippstadt-Soest und Ruhr-Lippe eine eingetragene landwirtschaftliche Genossenschaft gegründet. Der Genossenschaftsgedanke entspricht dem Wesen von Arbeitgeberzusammenschlüssen, da die Betriebe die Verantwortung für die Mitarbeiter, das finanzielle Risiko und die wirtschaftlichen und geschäftlichen Vorteile gemeinsam tragen. Dem AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG kann jedes Unternehmen beitreten. Der Geschäftsan-



Bild: AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG

Betriebsleiter Philipp Schulze zur Wiesch mit AGZ-Mitarbeiter Jürgen Engelmann

Geregelte Mitarbeiterteilung

Arbeitskräfte zwischen verschiedenen Betrieben zu teilen, ist in Deutschland eindeutig geregelt. Entweder muss jeder Betrieb mit seinem Mitarbeiter einen Teilzeitvertrag vereinbaren, in dem Einsatzumfang, Urlaubsregelung usw. festgelegt sind. Problematisch ist in dieser Konstellation, dass der Mitarbeiter eine zweite und dritte Steuerkarte vorlegen muss. Oder ein Betrieb stellt den Mitarbeiter voll ein und verleiht diesen an die Berufskollegen. Hierbei handelt es sich jedoch um gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung, die anzeigepflichtig und mit einem hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand verbunden ist.

Was ist ein Arbeitgeberzusammenschluss?

Ein Arbeitgeberzusammenschluss (AGZ) ist ein Kooperationsverbund regionaler Unternehmen. Er beschäftigt Arbeitskräfte, die nach Bedarf in diesen Unternehmen eingesetzt werden. So können diese verlässliche Teilzeitkräfte dauerhaft an sich binden und schaffen gleichzeitig neue Arbeitsplätze. Ein wesentliches Merkmal eines AGZ ist die gemeinsame Verantwortung der Betriebe für die Mitarbeiter. Sie tragen auch das finanzielle Risiko und die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile gemeinsam.



teil beträgt 1.000 Euro. Damit ist das Unternehmen berechtigt, Arbeitskräfte des AGZ einzusetzen.

AGZ übernimmt Personalmanagement

Die Mitarbeiter sind bei der Genossenschaft angestellt und arbeiten ausschließlich in den Mitgliedsunternehmen – immer in der Nähe ihres Wohnortes. Sie müssen jedoch mobil sein und sich auf unterschiedliche Arbeitssituationen einstellen können. Betriebsleiter melden ihren Bedarf an Mitarbeitern dem AGZ. Der analysiert daraufhin, welche Qualifikation der Mitarbeiter braucht, ob es eine Fachkraft sein muss oder ob jemand angelernt werden kann. Jeder Betrieb verpflichtet sich, ein festge-



Bild: AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG

legtes Stundenkontingent abzunehmen. Alle Aufgaben des Personalmanagements übernimmt das AGZ. Dazu gehören die Auswahl und Einstellung der Mitarbeiter, die Gestaltung der Einsatzplanung, Urlaubsregelungen, Krankheitsvertretungen, Lohnabrechnung, die Gestaltung der Arbeitsverträge etc. Die Mitgliedsbetriebe bezahlen dem AGZ nach Rechnung monatlich die Löhne inklusive Nebenkosten (Arbeitgeber-Sozialabgaben, Pauschale für Urlaub, Feiertage, Krankheit, Ausfallzeiten und Weiterbildung) der abgerufenen Stunden sowie einen Aufschlag für das AGZ-Management. Die Bezahlung der Mitarbeiter richtet sich nach deren Qualifikation und wird dem landwirtschaftlichen Tarif angelehnt.

Der Bedarf der Unternehmen ist ganz unterschiedlich: Er kann in einem bestimmten Wochenrhythmus (zum Beispiel in Sauenbetrieben) oder regelmäßig an einem festgelegten Tag, mehreren Tagen pro Woche oder saisonal anfallen. Spezialkräfte können – zum Beispiel für die Büroarbeit – auch für nur wenige Tage im Jahr eingesetzt werden.

Eine für viele lohnende Investition

Für die Betriebe hat diese Kooperation den Vorteil, dass sie dauerhaft verlässliche Arbeitskräfte haben, die – einmal eingearbeitet – die anfallenden Arbeiten selbstständig und zuverlässig erledigen. Dazu Landwirtin Birgit Backs aus Lünen: „Ich bewirtschafte einen Ackerbau-Betrieb mit 160 Sauen und Schweinemast in Lünen. Mein Ehemann

arbeitet außerbetrieblich. Deshalb beschäftige ich seit fünf Jahren einen Mitarbeiter in Teilzeit. An einzelnen Tagen wird es dennoch schwierig, alle anstehenden Arbeiten zu erledigen. Daher habe ich mich für die Beschäftigung eines AGZ-Mitarbeiters entschieden. Er kommt an einem festgelegten Tag pro Woche. In Absprache mit den anderen Betrieben, in denen er arbeitet, kann dieser Tag auch variieren. Für mich bedeutet das eine gute Arbeitsentlastung. Ich nutze die gewonnene Zeit zur Erledigung der Büroarbeit – und für meine Familie.“ Nicht alle Betriebe sind jedoch überzeugt von dieser Lösung: Arbeitnehmerüberlassung ist immer eine gewerbliche Tätigkeit – so auch beim AGZ – und somit umsatzsteuerpflichtig. Da viele Betriebe die Möglichkeit der Pauschalierung nutzen, entstehen durch die Umsatzsteuer 19 Prozent zusätzliche Kosten. Deshalb empfinden viele Betriebsleiter die Mitarbeiterbeschäftigung über den AGZ als zu teuer.

Ziel des AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG ist es, ab Mai 2012 ohne Fördermittel wirtschaften zu können. Dafür müssen jedoch mindestens 20 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt sein oder zusätzliche Teilzeitarbeitskräfte eingestellt werden. Ideal ist es, mehrere Mitarbeiter in einer Region zu beschäftigen, um im Urlaubs- oder Krankheitsfall flexibel reagieren zu können.

Mehr Informationen:

AGZ Soest-Ruhr-Lippe eG
 Rita Leßmann-Kind
 Geschäftsführerin
 Telefon: 02 9 21 / 36 76 13
 E-mail: info-agz@arbeitgeberzusammenschluss.de
 www.arbeitgeberzusammenschluesse.de

Die Entdeckung kommunaler Energiepotenziale

Von Martina Klärle, Ute Langendörfer und Sandra Lanig

Erneuerbare Energieträger müssen mehr und mehr zur Energieversorgung beitragen. Aber woher weiß eine Gemeinde, welche Potenziale an erneuerbaren Energien bisher noch brach liegen? Ein Forschungsprojekt der Fachhochschule Frankfurt am Main hat eine bisher einmalige und praxisfreundliche Lösung gefunden.

Verlässliche Angaben und belastbare Zahlen zum Energiepotenzial sind eine wichtige Voraussetzung für Standort- und Investitionsentscheidungen. Kommunen verfügen über einen Schatz an Geodaten – sie haben alles, was sie brauchen, um ihre Potenziale zur Produktion erneuerbarer Energien berechnen zu können. Zusätzliche Datenerhebungen sind dafür nicht erforderlich. Dies hat das Forschungsprojekt Erneuerbar Komm! (www.erneuerbarkomm.de) 2009 bis 2011 an der Fachhochschule Frankfurt am Main am Beispiel der Region Frankfurt/Rhein-Main bewiesen. Aktuell wird die Methode in Baden-Württemberg für die Leader-Region Mittlerer Schwarzwald und für den Main-Tauber-Kreis angewendet.

Man nehme: amtliche Geobasisdaten

Erneuerbar Komm! verfolgt einen flächenbezogenen Ansatz: Die von den Wissenschaftlern entwickelten Berechnungsformeln bilden für alle Formen der erneuerbaren Energien den Zusammenhang zwischen erzeugter Strommenge und benötigter Fläche ab. Geobasisdaten und Geoinformationssysteme können alle dafür notwendigen Flächendaten bündeln. Neben klassischen Geobasisdaten der Katasterverwaltung (ALKIS) und Informationen aus dem Digitalen Landschaftsmodell (DLM) werteten die Wissenschaftler weitere raumbezogene Daten aus – beispielsweise zu Windgeschwindigkeiten, solaren Einstrahlungswerten und Schutzgebieten. Die verwendete Methode macht es damit erstmals möglich, eine ganze Region im Hinblick auf ihr Potenzial für erneuerbare Energien detailliert zu analysieren; sie ist bundesweit auf alle Gemeinden übertragbar. Die einzige Herausforderung besteht darin, die Zugriffs- und Nutzungsrechte für die Daten zu klären und amtliche Geobasisdaten sowohl quantitativ als auch qualitativ zu beurteilen.

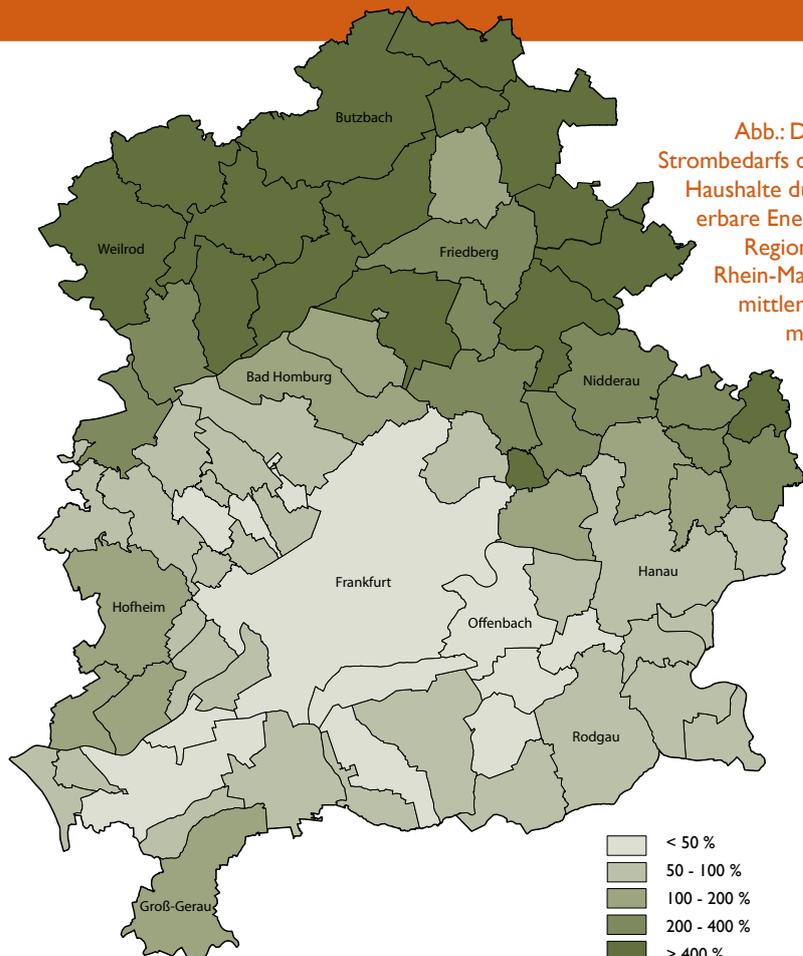


Abb.: Deckung des Strombedarfs der privaten Haushalte durch erneuerbare Energien in der Region Frankfurt/Rhein-Main bei einer mittleren Flächenmobilisierung

Energiepotenziale selbst berechnen

Neben einem umsetzungsorientierten Leitfaden ist das wesentliche Ergebnis von Erneuerbar Komm! ein Online-Rechner, mit dem die Gemeinden der Projektregion die Möglichkeit haben, schnell und exakt ihre Potenziale zu allen erneuerbaren Energieformen zu berechnen. Konkret erhalten die Gemeinden Antworten auf folgende Fragen:

- Wie viel Strom kann auf der Gemeindefläche durch Sonne, Wind, Biomasse und Wasser erzeugt werden?
- Wie viel Prozent des kommunalen Strombedarfs wird dadurch gedeckt?
- Wie viel Fläche wird benötigt?

Nutzerfreundlicher Onlinerechner

Der Aufbau der Plattform ist interaktiv. Wie an einem Mischpult kann der Nutzer verschiedene Schieberegler für jede Energiequelle betätigen. Ein Beispiel: Eine Gemeinde nutzt 30 Prozent der geeigneten Dachflächen und fünf Prozent der geeigneten Freiflächen für Solarenergie, 20 Prozent der möglichen Ackerflächen für Biomasseanbau und installiert fünf Windkraftanlagen. Auf Basis dieser Daten errechnet das System auf Knopfdruck, welcher Anteil des Strombedarfs der privaten Haushalte damit gedeckt werden kann und zeigt das Ergebnis in einem Balkendiagramm an. Zusätzlich können Erträge der

Online-Rechner und Checkliste

Die wesentlichen Ergebnisse des Forschungsprojektes Erneuerbar Komm! sind ein Handlungsleitfaden und ein Online-Rechner für Kommunen. Leitfaden und Rechner für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wurden Ende März 2011 veröffentlicht (www.erneuerbarkomm.de), der Online-Rechner für die Stadt Worms im Mai 2011 (www.erneuerbarkomm.de/worms). Ende September folgen die Gemeinden des Main-Tauber-Kreises und die kommunale Allianz „Von der Aurach bis zur Zenn“. Bis Ende des Jahres werden die Leader-Regionen Mittlerer Schwarzwald und SPESART-regional bearbeitet.

Um das Potenzial an erneuerbaren Energien erfolgreich zu mobilisieren, müssen Kommunen strukturiert vorgehen. Teil des Leitfadens ist daher die Erneuerbare-Energien-Checkliste für kommunale Handlungs- und Entscheidungsträger. Wann und mit welcher Art erneuerbarer Energieträger begonnen werden soll und wer aktiv werden kann, ist in der Checkliste zusammengefasst. Übersichtlich beschreiben die Handlungsempfehlungen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um das Ziel der Kommunen zu erreichen. Der Leitfaden steht unter www.erneuerbarkomm.de zum kostenlosen Download bereit.

Das Forschungsprojekt wurde im Rahmen des Programms „Forschung für die Praxis“ durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert.

einzelnen Energieformen unkompliziert miteinander verglichen werden: Wählt der Nutzer zum Beispiel 40 Prozent der für Solarenergie geeigneten Dachflächen, sieht er, dass damit 50 Prozent des Strombedarfs der privaten Haushalte gedeckt werden kann. Oder dass er die Biomasse aus 200 Hektar Grünland verwenden müsste, um 4.000 Bürger mit Strom zu versorgen. Das Gleiche erreicht er aber auch durch eine einzige Windkraftanlage an einem geeigneten Standort.

Im Rahmen von projektbegleitenden Expertenrunden und bei der Abschlussveranstaltung haben Bürgermeister und Vertreter von Stadtverwaltungen gezeigt, dass sie gut mit dem Online-Rechner arbeiten konnten. Besonders die spielerischen Elemente zur Wissensvermittlung bewerteten sie trotz oder gerade wegen der Komplexität der Inhalte als sehr positiv.

Vollversorgung ist machbar

Die Berechnungen für die Pilotregion Frankfurt/Rhein-Main zeigen: Allein die Erträge aus Solar- und Windkraftanlagen



Chancen der einzelnen Energieformen	Solardachfläche	Solarfrei-fläche	Wind	Biomasse	Wasser
• großes, noch ungenutztes Potenzial	×	×	×		
• kurze Amortisationszeit			×		×
• benötigt wenig Fläche / bringt an geeigneten Standorten hohe Erträge	×	×	×		
• geringe Herstellungskosten (pro kWh)			×		×
• keine oder nur geringfügige Flächenversiegelung	×	×	×	×	×
• Zweitnutzung der Fläche möglich (z.B. als Weideland)		×	×		
• beeinflusst das Landschaftsbild im Allgemeinen nicht	×				×
• hat keine Auswirkungen auf Flora, Fauna und Gewässerökologie	×				
• steht jeder Gemeinde zur Verfügung	×	×		×	
• kaum Nutzungskonkurrenz	×		×		×
• steht immer zur Verfügung / kann als Speichermedium genutzt werden				×	×
• genießt hohe gesellschaftliche Akzeptanz	×				×

Tabelle: Vorteile der einzelnen Energieformen

reichen aus, um den Strombedarf der privaten Haushalte zu decken. Dazu müssten nur zehn Prozent der vorhandenen Dach- und fünf Prozent der Freiflächen mit Solarmodulen bestückt sowie die Hälfte der geeigneten Standorte für Windkraftanlagen genutzt werden. Wie wichtig die Windkraft ist, zeigt auch, dass ungefähr die Hälfte der 75 Gemeinden des Pilotgebietes ihren Strombedarf bei einer mittleren Flächenmobilisierung aus erneuerbaren Energien decken könnte. Darunter ist jedoch nur eine einzige, die das ohne Windkraft schafft.

Ohne Energie-Partnerschaften geht es nicht

Die Ergebnisse zeigen aber auch einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einwohnerdichte und Energiepotenzial: Je weniger dicht besiedelt eine Gemeinde ist, desto größer ist ihr Potenzial für erneuerbare Energien. Die 75 Mitgliedsgemeinden des Planungsverbandes wiesen mit 0,9 bis 26,7 Einwohner pro Hektar ein breites Spektrum in ihrer Einwohnerdichte auf. Fast alle Gemeinden mit einer Einwohnerdichte unter zehn Einwohnern pro Hektar könnten ihren Strombedarf problemlos

durch erneuerbare Energien decken, die auf der eigenen Gemeindefläche erzeugt werden könnten.

Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang an folgenden Beispielen: Während die Stadt Frankfurt am Main den Strombedarf ihrer privaten Haushalte zu 37 Prozent durch erneuerbare Energien decken könnte, kommt die dünn besiedelte Gemeinde Weilrod im Taunus auf einen Deckungsgrad von 1.434 Prozent. Ohne Energie-Partnerschaft zwischen Ballungsräumen und den ländlichen Gemeinden im Umland wird es also in Zukunft nicht gehen! Regionale Energie-Verbünde und -Kooperationen werden an Bedeutung gewinnen.

Mehr Informationen:

Prof. Dr. Martina Klärle
 Ute Langendorfer
 Fachhochschule Frankfurt am Main
 Telefon: 0 69 / 15 33 27 78
 E-Mail: martina.klaerle@fb1.fh-frankfurt.de;
ute.langendorfer@fb1.fh-frankfurt.de

Sandra Lanig
 Ingenieurbüro Prof. Dr. Klärle
 Telefon: 07 9 34 / 99 28 88
 E-Mail: lanig@klaerle.de
www.klaerle.de

Bioenergieprojekte brauchen Bürgerbeteiligung

Von Petra Becker

Projekte zur Gewinnung von Bioenergie stellen hohe Anforderung an Gemeinden und Regionen. Mit ihnen verbundene Risiken lassen sich durch eine genaue Planung und frühzeitige Beteiligung der Bürger minimieren. Die Wahl der richtigen Rechtsform ist dabei ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

Wie Unternehmen müssen auch Bioenergieprojekte von vornherein zukunfts- und wachstumsorientiert ausgerichtet sein. Viele Bioenergievorhaben haben zwar Geschäftsmodelle, häufig jedoch keine weiterführenden Strategien. Die Risiken für solche Vorhaben sind jedoch vielfältig: Ungünstige (förder-)politische Rahmenbedingungen, zeitlich begrenzte Subventionierung, Liquiditätsengpässe durch verspätete Auszahlung von Zuschüssen, variable Rohstoffpreise, falsch kalkulierte Investitionskosten, Fehleinschätzungen bei den Produktionszielen sowie nachteilige Vertragsverhältnisse mit Lieferanten können ihren Erfolg beeinträchtigen. Auch sogenannte Klumpenprojekte, also Vorhaben, die sich sehr stark auf ein einzelnes Geschäftsfeld oder ein Produkt spezialisieren, sind gefährlich. Zudem ist die Wahl der richtigen Rechtsform wichtig, da sie den Weg von den ersten Schritten der Projektumsetzung hin zur „echten“ Unternehmensführung ebnet.

Nicht alle Rechtsformen eignen sich

Die Rechtsformen der GbR und der OHG sind bei Bioenergieprojekten aufgrund der persönlichen Haftung der Teilnehmer selten anzufinden. Die GmbH hingegen ist für einige Modelle attraktiv,

da die Gesellschafter nur mit ihrer Einlage haften und die GmbH selber steuerliche Vorteile bietet. Ein Nachteil: Anlaufverluste kommen jedoch auch nur der Gesellschaft und nicht dem einzelnen Gesellschafter zugute. Der Kapitalstock der GmbH von 25.000 Euro muss immer erhalten bleiben. Die GmbH bietet unter bestimmten Bedingungen Vorteile. Sie ermöglicht die „politische“ Einflussnahme der Gesellschafter, ohne dass dafür „Ratssitzungen“ stattfinden müssen. GmbHs bieten außerdem Raum für Erweiterung und Veränderung, zum Beispiel im Sinne der Umwandlung in eine GmbH & Co. KG, eine Stiftung oder in eine kleine AG.

Die Rechtsform der GmbH & Co. KG verbindet eine Kapitalgesellschaft mit einer Personengesellschaft, wobei Letztere für die Mitglieder mehr Flexibilität bietet. Die Gewerbesteuer wird den Gesellschaftern hier auf die Einkommensteuer angerechnet. Die Verluste in der Anfangsphase sind für die Gesellschafter mit anderen Einkünften bis zur Höhe der Hafteinlage steuerlich anrechenbar.

Immer häufiger sind bei kleineren, mittelständischen Bioenergieprojekten auch sogenannte kleine Aktiengesellschaften (AG) als Alternative zur GmbH anzutreffen. Der Gefahr der „feindlichen Übernahme“ kann

durch die Ausgabe von Namensaktien begegnet werden. Die AG ist selbst körperschaftssteuer- und gewerbesteuerpflichtig. Anfangsverluste sind für die Aktionäre steuerlich nicht absetzbar; Aktionäre erzielen bei Auszahlungen von Dividenden Einkünfte aus Kapitalvermögen (Ausnahme: Aktien sind Betriebsvermögen). Die Gewerbesteuer wird den einzelnen Aktionären nicht angerechnet.

Genossenschaften beteiligen Bürger optimal

Die Rechtsform darf vor allem bei Vorhaben, die ein ganzes Dorf betreffen, nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen und steuerlichen Aspekten ausgesucht werden. Die ideelle Einbindung der Bürger kann eine annähernd genauso große Rolle spielen. Mit Genossenschaften können Bürgerbeteiligungen am besten umgesetzt werden. Bioenergieidörfen, deren Strom-

Bild: Rainer Sturm / Pixelio

und Wärmeversorgung größtenteils auf Basis von Biomasse gedeckt wird, werden häufig von einer Betreibergesellschaft mit der Rechtsform einer Genossenschaft geführt. Die Bewohner sind als Mitglieder finanziell an dem Bau und dem Betrieb des Nahwärmenetzes beteiligt und profitieren zum Beispiel durch günstige Wärmepreise. Aber auch ortsansässige Landwirte oder andere Akteure können daran beteiligt sein. Bereits das erste Bioenergiedorf Jühnde wurde nach diesem Prinzip realisiert, und viele weitere Orte folgen diesem Beispiel. Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) schätzt, dass es in Deutschland inzwischen über 250 bereits realisierte oder im Aufbau befindliche Bioenergiedörfer gibt. Eine Besonderheit ist das Bioenergiedorf Wollbrandhausen-Krebeck: Hier sind die Bewohner zweier gleichberechtigter Dörfer in der Genossenschaft beteiligt, sie betreiben gemeinsam eine Biogasanlage mit jeweils eigenen Heizzentralen und Nahwärmeringleitungen in beiden Orten. Weitere gute Beispiele finden Interessenten auf der Internetseite www.wege-zum-bioenergiedorf.de.

Auch wirtschaftlich ein Erfolgsmodell

Die historische und juristische, aber vor allem regionalwirtschaftliche Bedeutung von Genossenschaften erklärt, warum das Genossenschaftsrecht in einigen Bundesländern Verfassungsrang besitzt. Historisch und gesamtwirtschaftlich sind Genossenschaften mit einem Insolvenzanteil von unter einem Prozent ein echtes Erfolgsmodell. Sie lassen nicht zuletzt Spielräume bei der Gestaltung der Satzung und bei der Kapitalbeschaffung. Die Haftung der

Mitglieder ist auf die Höhe der Einlage beschränkt. Allerdings ist gerade im Falle von Bioenergiegenossenschaften in ländlichen Gebieten darauf zu achten, dass landwirtschaftliche und gewerbliche Einkommen voneinander getrennt werden.

Diese Rechtsform bietet außerdem als Einzige das Gestaltungsinstrument der genossenschaftlichen Rückvergütung. Überschüsse, die im Leistungsaustausch zwischen Mitglied und Genossenschaft entstehen, sind nicht als Gewinne anzusehen, sondern als Berichtigung des zunächst vorsichtig kalkulierten Leistungsentgeltes. Damit vermindert sich das zu versteuernde Ergebnis. Als nachteilig werden die häufig hohen „Leerlaufkosten“, die aufwendigen Prüfungen und die Dividendenausschüttungen betrachtet, die als Einkünfte aus Kapitalvermögen gewertet werden. Anlaufverluste sind für die Gesellschafter nicht steuerlich nutzbar, die Gewerbesteuer wird den einzelnen Mitgliedern ebenfalls nicht angerechnet.

Selbstverwaltete Energie für die ganze Region

Auch auf der regionalen Ebene funktioniert diese Form der Bürgerbeteiligung sehr gut. Vielerorts gründen sich Bürgerenergie-Genossenschaften, ihr Kapital fließt in verschiedene Bioenergieprojekte der Region. Ein Beispiel ist die im April 2011 gegründete Märkische BürgerEnergie-Genossenschaft, die im Rahmen des Projektes „Märkisch-Oderland geht den Holzweg“ in Brandenburg entstand. Maßgeblich beteiligt: das Energiebüro MOL und Mitglieder des Netzwerkes BIOFestbrennstoff MOL. Die Genossenschaft wird von der Bioenergie-Region vor allem in der An-

fangsphase unterstützt. Eine Besonderheit der Energie-Genossenschaft: Sie kann und will auch forst- und landwirtschaftliche Flächen erwerben, um sie der Spekulation zu entziehen und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen. Diese Flächen sollen durch regionale Partner nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet werden, damit die Kulturlandschaft und die Naturausstattung im Einklang mit der Energiegewinnung erhalten bleiben.

Beratungsbedarf wächst stetig

Immer häufiger kommen bei den Bioenergieberatungsstellen Anfragen von Gemeinden, die gern auf dem Weg zum Bioenergiedorf beraten oder begleitet werden möchten. Neben den drängenden Fragen der grundsätzlichen technischen Realisierbarkeit und der Finanzierung spielt auch hier die Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle. Eine grundsätzliche Akzeptanz der Bürger gegenüber dem Bioenergievorhaben zu erreichen und gemeinsam mit ihnen in die Zukunft aller zu investieren, sollte im Fokus der Konzeptionsphase stehen. Neben der Startphase eines Bioenergievorhabens ist es häufig wichtig, zwischen Struktur und Zielen einer Projektentwicklungsgenossenschaft und einer operativ tätigen Genossenschaft zu unterscheiden beziehungsweise deren Übergang zu gestalten. Was die optimale Ausgestaltung und Herangehensweise an ein erfolgreiches Bioenergievorhaben betrifft, erfahren Interessenten bei den kompetenten Beratern der Bioenergieberatungsstellen der Länder (www.bioenergie-portal.info) sowie beim Genossenschaftsverband (www.genossenschaftsverband.de).



Bild: Andreas Hermsdorf / Pixelio

Mehr Informationen:

Petra Becker
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 323 – Bioenergieberatung
E-Mail: petra-annette.becker@ble.de
Telefon: 06 3 45 / 95 33 77
www.bioenergie-portal.info



Bild: Thomas Siepman / Pixelio

Die Chancen regionaler Energielösungen

Von Peter Krabbe

Der Atomausstieg und der Ausbau der regenerativen Energien funktionieren nur dann, wenn weniger Energie verbraucht wird und der energetische Mehrbedarf von Ballungsräumen auf dem Land erzeugt wird. Wie zwei Projekte beispielhaft beweisen, kann der ländliche Raum von dieser Entwicklung profitieren.

Effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien bieten Chancen für Kommunen, Gewerbe und private Haushalte: Für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie können sich neue Einkommensquellen erschließen und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Wo aber genau die Potenziale zur Energieeinsparung und Versorgung mit erneuerbaren Energien liegen, ist für jede Kommune unterschiedlich und muss erst analysiert werden.

Klimaschutzkonzepte eröffnen Potenziale

Welche Maßnahmen für die Region Erfolg versprechen, können Klimaschutzkonzepte analysieren (www.kommunaler-klimaschutz.de). Darin können mögliche Schritte strukturiert und gebündelt und regionale Akteure zum Handeln motiviert werden. Bewohner und Bürgermeister, Landräte, Wirtschaftsförderer, Raumplaner und viele andere lernen, welche Maß-

nahmen für den Klimaschutz in ihrer Gemeinde und Region sinnvoll sind. Teilkonzepte konzentrieren sich auf kommunale Liegenschaften oder auf einzelne Themen wie zum Beispiel klimafreundliche Abfallentsorgung, Verkehr oder integrierte Wärmenutzung in Kommunen. Wie auch immer der Zuschnitt gewählt wird: Im Kern geht es um die Vereinbarkeit verschiedener Nachhaltigkeitsfaktoren und darum, Veränderungen zu initiieren, die von möglichst vielen Akteuren mitgetragen werden (siehe auch www.bmu-klimaschutzinitiative.de). Ob die erarbeiteten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, darüber entscheidet häufig die Qualität des Beteiligungsprozesses.

Klärschlamm: Aus Kosten werden Gewinne

Was durch ein Teilkonzept im Bereich klimafreundliche Abfallbehandlung entstehen könnte, zeigt folgendes Beispiel: Seit

2005 liefern in Albstadt (www.albstadt.de) im Süden Baden-Württembergs Überlegungen, die Klärschlamm Entsorgung der städtischen Kläranlage und der Kläranlagen im Umland dauerhaft, umweltgerecht und kostengünstig zu sichern. Hierzu wurden im Vorfeld mehrere Ansätze untersucht. Die Idee war, die Stoff- und Erlösströme so zu verändern, dass damit ein signifikanter Umweltnutzen entsteht und aus Entsorgungskosten so weit wie möglich Entsorgungserlöse werden. Allen Beteiligten war von Anfang an klar: Dieses Ziel kann nicht mit solitären Kleinprojekten erreicht werden, sondern bedarf einer gemeinsamen und abgestimmten Vorgehensweise unter Einsatz moderner Technik.

Man entschied sich für die technische Trocknung des Klärschlammes, der im Ergebnis zu über 90 Prozent aus Trockensubstanz besteht. Als sowohl wirtschaftliche und auch ökologisch sinnvolle Lösung zur Trocknung stellte sich die Kombination aus Biomassefeuerung und ORC-Anlage (Or-





Bild: Katrin Jutzki

Biogasanlage Gönnebeck – Hackschnitzelbunker mit Kessel für Heizung

Die regionale Wertschöpfung wird durch die Nutzung von Waldhackgut und Landschaftspflegematerial als Brennstoff aus den Gemeinden gefördert. Die regenerative Stromerzeugung und Wärmenutzung durch Biomassefeuerung und ORC-Anlage führt in Albstadt zu einer CO₂-Reduktion von jährlich 1.436 Tonnen. Durch die Klärschlamm-trocknung werden zusätzlich 3.679 Tonnen CO₂ eingespart. Diese Zahl errechnet sich zum einen aus der Brennstoffsubstitution (der Heizwert des auf 90 Prozent Trockensubstanz getrockneten Klärschlamm beträgt in etwa 3,16 Kilowattstunden pro Kilo), zum anderen werden CO₂-Transportemissionen gespart. Bezogen auf die Gesamtinvestition von 7,9 Millionen Euro netto betragen die spezifischen CO₂-Reduktionskosten 1.544 Euro pro Tonne CO₂.

Ein Hotel wird energieeffizient

Ein Hotel in einem kleinen Ort bei Hamburg verfügte über eine austauschbedürftige Heizungs- und Kältetechnik. Gleichmäßig gewärmte Räume und eine zuverlässige Kühlung im Tresenbetrieb und für das Warenlager sind für ein Hotel mit Gastronomiebetrieb natürlich zentral. Es stellte sich die Frage, ob man nicht Kosten im zukünftig laufenden Betrieb sparen und gleichzeitig die Umwelt schonen könne.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Hotel nun Kälte- und Wärmetechnik miteinander gekoppelt. Eine hocheffiziente Wärmeverteilung verringert die Wärmeverluste im Speicher- und Leitungssystem, was sich in deutlich verringerten Heizkosten ausdrückt (Verringerung um 85 Megawattstunden pro Jahr). Durch eine direkte Erwärmung des Frischwassers am Wärmespeicher kann

auf einen Frischwasserspeicher verzichtet werden. Der Küche und den Gästen steht hygienischeres Wasser zur Verfügung, denn die sonst häufige Bildung von Mikroorganismen im Frischwasserspeicher fällt damit weg. Mit der Kältetechnik wird nicht nur 30 Prozent Strom gespart, sondern zusätzlich das Heizungssystem unterstützt: Die Restwärme aus der Kälteanlage wird umgeleitet, damit steht den Zimmern ohne zusätzliche Erwärmung Warmwasser dann zur Verfügung, wenn es benötigt wird (Speicherladesystem).

Das spezielle Wärmeverteilungssystem wurde während der Installation zu einer echten Herausforderung. Besonderer Aufmerksamkeit bedurfte während des Umbaus die Koordination von Heizungs- und Kältetechnik. Diese müssen genau aufeinander abgestimmt sein, damit die Anlagen nach ihrer Inbetriebnahme „rund“ laufen und Reibungsverluste vermieden werden. Mit einer Investitionssumme von 52.000 Euro, von denen 16.700 Euro auf die Effizienzmaßnahmen fallen, konnten eindrucksvolle Effekte erreicht werden: Mehr als 50 Prozent des Einsatzes an Primärenergie werden nun gespart.

Energieeffizienz als Chance sehen!

Energieeffizienz ist sowohl für Kommunen und ihre Betriebe als auch für die Wirtschaft im ländlichen Raum als Chance zu verstehen. Tragfähige Lösungen brauchen individuelle und kreative Ansätze. Über Gesetze und ökonomische Anreize wird die Politik die Rahmenbedingungen für Effizienzmaßnahmen und regenerative Energien immer weiter verbessern.

ganic-Rankine-Cycle) mit Auskopplung von Niedertemperatur-Wärme und Erzeugung von regenerativem Strom heraus. Der innovative Projektansatz liegt in der Nutzung marktgängiger Techniken verknüpft mit Effizienz- und Synergieeffekten.

Die Umweltentlastungen durch die Niedertemperatur-Klärschlamm-trocknung in Kombination mit einer Biomassefeuerung und ORC-Anlage sind vielfältig. Die Pilotanlage macht aus dem Abfallklärschlamm einen wertvollen und CO₂-neutralen Brennstoff, der einen ähnlichen Heizwert wie Braunkohle hat und damit konventionelle Brennstoffe, zum Beispiel in Kraftwerken, ersetzen kann. Aufgrund seines hohen mineralischen Anteils ist der Klärschlamm zudem ein wertvoller Sekundärrohstoff für Zementwerke. Damit wird der Trockenklärschlamm sowohl stofflich als auch energetisch rückstandsfrei verwertet. Eine Anreicherung problematischer Stoffe im Boden über eine landwirtschaftliche Klärschlamm-trocknung unterbleibt. Die Trocknung führt zudem zu einer Volumen- und Massenreduzierung im Vergleich zum mechanisch entwässerten Klärschlamm. Somit werden Straßentransporte per Lkw auf ein Drittel minimiert.



Klärschlamm-trocknung mit Waldrestholznutzung in Albstadt

Bild: 2inmotion

Förderung

Für kleine und mittlere Unternehmen steht im Rahmen des Sonderfonds Energieeffizienz der KfW Bankengruppe ein komfortables Förderprogramm zur Verfügung, um entsprechende Projekte finanziell zu unterstützen (www.energieeffizienz-beratung.de).

Außerdem fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seit Sommer 2008 auf Basis der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative“ Projekte in Kommunen. Hierzu und zu weiteren Fördermöglichkeiten gibt es nähere Informationen auf www.kommunaler-klimaschutz.de → Förderprogramme.

Mehr Informationen:

Peter Krabbe
B.A.U.M. Consult AG
Telefon: 040 / 76 99 78 78
E-Mail: p.krabbe@baumgroup.de
www.baumgroup.de

Regionen mit Bildern bewegen

Von Uschi Feldges, Sonja Heitmann und Florian Langguth

Bewegte Bilder vermitteln nicht nur Informationen, sondern schaffen einen Zugang zum Thema über das Gefühl. Ob als Imagefilm, dokumentarischer Beitrag, Livestream oder Eventdokumentation: Audiovisuelle Inhalte sind ein noch junges, aber vielversprechendes Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen ländlicher Entwicklungsprozesse.



Bild: Rita Thielen / Pixelio

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Baustein integrierter ländlicher Entwicklungsprozesse und gehört zu den Daueraufgaben eines Regionalmanagements. Sie soll weniger Leistungen „vermarkten“ als vielmehr über Ziele, Handlungsfelder und einzelne Projekte informieren. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit erhöht die Bekanntheit in der Region, sichert Transparenz und schafft Legitimation gegenüber den regionalen Ak-

teuren. Die Vermittlung von Erfolgen nimmt dabei einen zentralen Stellenwert ein. Dies steigert nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung, sondern motiviert auch weitere Akteure, sich zu beteiligen.

Neben klassischen Instrumenten und Medien, wie Infobriefe, Internetpräsenzen, Events und Ausstellungen, gewinnt das noch junge Instrument der filmischen Präsentation immer mehr an Bedeutung.

Vielfältige Bewegtbildformate

Bewegtbilder bieten die Möglichkeit, umfassende Inhalte in kurzer und prägnanter Form zu vermitteln und sich dabei die Aufmerksamkeit der Zielgruppen zu sichern. Unter dem Begriff lassen sich viele Formen der audiovisuellen Darstellung zusammenfassen. Folgende sind für die Öffent-

lichkeitsarbeit besonders interessant: der klassische Imagefilm, kurze dokumentarische Beiträge für Web und TV, sogenannte Livestreams und Eventdokumentationen.

Imagefilme: Ein Gefühl zur Region

Anders als im klassischen Werbespot wird in einem *Imagefilm* nicht nur ein bestimmtes „Produkt“ beworben, sondern in diesem Fall ein Gefühl für die Region vermittelt. Das Image der Region als Marke wird gestärkt. Im Unterschied zum Werbespot werden im Imagefilm mehr Informationen transportiert und seine Spieldauer ist wesentlich länger als die des Werbespots, in der Regel zwischen drei und fünf Minuten. Im Vordergrund eines Imagefilms steht die authentische Darstellung der Stärken und Potenziale der Region, sei es in wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Hinsicht. Dokumentarische Gestaltungsmittel bilden die Grundlage eines Imagefilms, werden allerdings oft durch den Einbau grafischer Elemente und Animationen unterstützt. Nicht die stringente, sondern die assoziative Erzählform steht in einem Imagefilm im Vordergrund und dient (neben der Information) auch der Vermittlung eines Gefühls. Ist der Film produziert, kann er im Netz bereitgestellt, als DVD oder Blu-ray-Disc an Interessierte verschickt oder auf Messen und Ausstellungen präsentiert werden.

Dokumentarische Beiträge für Web oder TV

Dokumentarische Beiträge für das Internet oder Fernsehen beschäftigen sich in Abgrenzung zum Imagefilm mit einem bestimmten Aspekt eines für den ländlichen Entwicklungsprozess relevanten Themas. Die Beiträge werden reportageartig umgesetzt: Ein kommentierender oder erklärender Sprecher und der maßvolle Einsatz von Interviewausschnitten mit beteiligten Akteuren sowie Experten sind die wichtigsten Gestaltungsmittel. In der Verwertung eignen sich die produzierten Beiträge für das Internet, aber auch zur Platzierung in Nachrichtenformaten regionaler Sender. Erfahrungen zeigen, dass die Aufmerksamkeit der Zuschauer im Internet nach fünf Minuten rapide sinkt. Daher ist zu beachten, dass bei einer Spieldauer von mehr als fünf Minuten der Beitrag sinnvoll in Kapitel gegliedert und separat abspielbar zur Verfügung gestellt wird.

Livestream und Eventdokumentation

Für die sogenannten *Livestreams* werden Veranstaltungen jeglicher Art mit einer oder mehreren Kameras aufgezeichnet und live über das Internet übertragen. So ist es möglich, ein besonderes Ereignis in der Region vielen Interessierten gleichzei-

tig zugänglich zu machen. Dies setzt voraus, dass die entsprechenden Interessensgruppen vorab auf die Übertragung hingewiesen wurden. Im Anschluss an die Veranstaltung kann aus dem gedrehten Material zudem eine kurze *Eventdokumentation* geschnitten werden, die die Highlights und die Stimmung der Veranstaltung vermittelt. Besonders um Sponsoren zu akquirieren, sind solche kurzen Highlight-Filme nützlich.

Die Bausteine einer Filmproduktion

Die oben erklärten Bewegtbildformen folgen immer auch dramaturgischen Gesichtspunkten, die im Vorfeld einer Produktion geklärt werden sollten. Selbst bei Livestreams ist der Standpunkt einer Kamera, die Einstellungsgröße – also der Bildausschnitt – oder der Live-Schnitt zwischen zwei oder mehreren Kamerabildern eine dramaturgische Entscheidung mit maßgeblichen Wirkungsfolgen. Regionale Auftraggeber müssen zwar filmische Mittel nicht kennen, sollten aber den beauftragten Filmemachern deutlich ihre Vorstellungen und Ziele formulieren. Die folgenden fünf wichtigsten Bausteine einer Filmproduktion spiegeln die Arbeit zwischen Filmemachern und regionalen Auftraggebern gut wider:

Projektvorbereitung: Die regionalen Akteure definieren mithilfe der Kreativpartner die zu transportierende Botschaft, die Zielgruppen, die zugehörigen Distributionskanäle sowie einen wiedererkennbaren Look (darunter zum Beispiel einheitliche grafische Elemente, eine spezielle Farbgebung). Dieser Look sollte sich auch in anderen Werbeformen wiederfinden. Projektplanung: Redakteur, Produzent und Regisseur wählen und kalkulieren auf dieser Grundlage die passenden Bewegtbildformate.

Projektkonzipierung: Die Ausarbeitung der Ideen und Inhalte geschieht erst in einem Grobentwurf und führt anschließend zu einem umsetzungsfähigen Drehbuch.

Filmproduktion: Das Drehbuch wird Szene für Szene oder Schauplatz für Schauplatz filmisch umgesetzt.

Filmpostproduktion: Die gedrehten Interviews, Landschafts- oder Architekturbilder oder beispielsweise auch Sequenzen von Produktionsabläufen werden in der Postproduktion durch Schnitt, Vertonung und Einfügung grafischer Elemente zu einem Film verarbeitet.

Verwertung des Materials: Die Auspielung auf Datenträger oder die Bereitstellung von webfähigem Material läutet die Premiere und Veröffentlichung ein. Ein sogenanntes „Stock Depot“, ein Archiv an audiovisuellem Material, sollte zudem für einen leichten, späteren Zugriff angelegt

werden. Damit lassen sich später kostengünstige Aktualisierungen des Imagefilms realisieren. Die Weitergabe des Materials an Dritte bringt einen weiteren maßgeblichen Vorteil: Der Auftraggeber kann das Image der Region durch die verwendeten Bilder mitbestimmen.

Bewegtbilder machen Presseausendungen um ein Vielfaches attraktiver und die eigene Homepage nachhaltig eindrucksvoller. Die Schaffung eines temporären transdisziplinären Teams aus Regionalmanagement und Produzenten bietet beste Voraussetzung für die zielgenaue Umsetzung einer Region ins bewegte Bild.

Erfolgsfaktoren der Produktion

Bei der Planung und Umsetzung aller beschriebenen Bewegtbildformate sind folgende Punkte zu beachten:

- Ist die Zielgruppe klar definiert? Dazu gehört auch die Auswahl der richtigen Verteilungskanäle, auf die die gewählte Zielgruppe zugreift.
- Welche Botschaft soll vermittelt werden? Dies kann erzählend (narrativ) oder inhaltsorientiert (assoziativ) geschehen. Damit unterhält oder informiert der Film am besten.
- Immer die Realität im Blick behalten. Ein spezieller audiovisueller Look als Wiedererkennungsmerkmal (z.B. durch eine bestimmte regionalverortete Musik) kann zum Beispiel die Einzigartigkeit einer Region transportieren, ohne die Realität zu vernachlässigen. Stereotype Bilder und Klischees hingegen langweilen den Rezipienten.

Bild: tony4urban / Fotolia



Mehr Informationen:

Uschi Feldges und Sonja Heitmann
bagageFILM
Telefon: 030 / 81 01 06 80
E-Mail: feldges@bagagefilm.de

Florian Langguth
SPRINTconsult
Telefon: 02 1 51 / 56 52 4 55
E-Mail: langguth@sprintconsult.de
www.sprintconsult.de



„Gemeinsam ist man in einer stärkeren Verhandlungsposition“

Tanja Steinecke arbeitet für den Landkreis Rotenburg (Wümme), den flächenmäßig viertgrößten Landkreis in Niedersachsen (www.lk-row.de). Dort befasst sie sich in der Stabsstelle Kreisentwicklung mit der Breitband-Internetversorgung. Kommunen und Landkreis bringen in Rotenburg (Wümme) hochleistungsfähiges Internet für ihre Ortschaften gemeinsam auf den Weg.

Bild: privat

Frau Steinecke, wie sieht es mit der Breitband-Internetversorgung in Ihrem Landkreis aus und warum gehen Sie das Thema jetzt auf Kreisebene an?

Die derzeitige Versorgungssituation von Bürgern und Unternehmen mit schnellem Internet im Landkreis Rotenburg kann man getrost als desolat bezeichnen. Im Rahmen einer landkreisweiten Befragung aller Haushalte und Unternehmen haben wir 2008 versucht, einen Überblick über die tatsächliche Versorgungssituation zu bekommen. Das Ergebnis war

erschütternd: Lediglich in den Kernorten unserer Städte und Gemeinden gibt es überhaupt DSL-Geschwindigkeit. Nur rund 40 Prozent der Anschlüsse haben dabei eine Geschwindigkeit von 6 MBit/s oder mehr. Demgegenüber ist in weiten Teilen des Landkreises ein Internetzugang nur über ISDN möglich. Da die mangelnde Breitbandanbindung in allen Ge-

meinden ein Thema war, lag es nahe, das Problem auf Kreisebene anzugehen. Dies bietet den großen Vorteil, dass Ressourcen gemeinsam genutzt werden können. Darüber hinaus hat man als geschlossener Verbund natürlich auch eine andere Verhandlungsposition gegenüber den Telekommunikationsunternehmen.

Sie haben dann im Jahr 2009 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, welche Optionen für eine kreisweite Lösung infrage kommen. Was waren die zentralen Ergebnisse?

Ein erstes Ergebnis war die Empfehlung, ein eigenes durchgängiges Glasfasernetz zu bauen. Grob gesagt hätten dabei Landkreis und Gemeinden im Rahmen einer Netzbesitzgesellschaft Glasfaser bis in jedes Haus legen lassen und dieses Netz dann im nächsten Schritt an eine Netzbetriebsgesellschaft verpachten müssen. Dies hätte jedoch Investitionskosten von rund 150 Millionen Euro und ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für Landkreis und Gemeinden bedeutet. Angesichts der zu dem Zeitpunkt einbrechenden Steuereinnahmen und der ohnehin unterdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft des Landkreises

war dieses Risiko aber zu hoch. Deshalb suchten wir nach Alternativen. Für Landkreis und Kommunen war es von Anfang an wichtig, dass nicht nur die Grundversorgung sichergestellt, sondern eine zukunftsfähige Lösung geschaffen wird, damit man sich nicht in vier oder fünf Jahren wieder mit demselben Problem beschäftigen muss. Die Orientierung ging also klar in Richtung eines sogenannten Next-Generation-Access-Netzwerkes, also eines hochleistungsfähigen Breitbandnetzes mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 30 oder mehr Megabits pro Sekunde.

Bild: Shutterstock



In Ihrem konkreten Fall haben Sie sich für einen kreisweiten Ausbau durch ein Privatunternehmen entschieden. Dafür wurde ein Beihilfeverfahren bei der EU eingeleitet. Was hat es damit auf sich und weshalb hielten Sie diesen Schritt für erforderlich?

Da der eigene Netzbau nicht infrage kam, stand fest, dass wir den Breitbandausbau nur in Zusammenarbeit mit einem Telekommunikationsunternehmen vorantreiben können. Die vorhandene Wirtschaftlichkeitslücke sollte – zumindest teilweise – durch öffentliche Gelder geschlossen werden. Dadurch verschafft man aber dem ausgewählten Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil, was nach europäischem Recht automatisch eine Beihilfe darstellt. Beihilfen sind aber zunächst grundsätzlich

untersagt und dürfen nur in genau festgelegten Grenzen gewährt werden. Die EU hat dem Bund und einigen Bundesländern Rahmenregelungen genehmigt, die diese Grenzen definieren. Da die vorhandenen beihilferechtlichen Rahmenregelungen sich jedoch alle an der Grundversorgung ausrichten, konnte sich unser Landkreis für seine eigene Förderung nicht auf diese berufen. Um rechtlich nicht angreifbar zu sein, mussten wir einen eigenen Antrag auf die Genehmigung der Beihilfe bei der

Europäischen Kommission einreichen. Die wichtigste Orientierungshilfe hierfür waren die „Leitlinien der Gemeinschaft für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau“. Uns kam zugute, dass wir viele der für den Antrag benötigten Unterlagen bereits durch die Machbarkeitsstudie hatten. Letztendlich bekamen wir Ende Januar 2011 die notwendige Genehmigung und konnten mit der Ausschreibung zur Vergabe beginnen.

Der Landkreis Rotenburg leistet einen beträchtlichen finanziellen Beitrag. Das komplette Netz gehört später aber dem Netzbetreiber. Wie gehen Sie mit diesem Punkt um, der sicherlich des Öfteren Kritik auslöst?

Die finanzielle Förderung des Breitbandausbaus in unserem Landkreis wird gemeinschaftlich zu einem Drittel vom Landkreis und zu zwei Dritteln von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden getragen. Dass das Geld komplett einem Unternehmen zugutekommt und dieses damit langfristig Einnahmen durch die Kunden- und Netzentgelte erzielen kann, ist verständ-

licherweise ein großer Kritikpunkt. Allerdings kann man sich auch fragen, was eine Kreis- oder Gemeindeverwaltung leisten kann oder will. Eigenausbau hätte bedeutet, hohe Investitionen zu tätigen und notwendiges Fachpersonal einzustellen. Die Chance, die Investition durch Einnahmen im Laufe der Zeit amortisieren zu können, ist auch mit dem Risiko der Kommunen

verbunden, sich im Wettbewerb mit den bestehenden Unternehmen behaupten zu müssen. Das ist sicherlich nicht unmöglich, aber dennoch nicht originäre Verwaltungsaufgabe. In anderen Regionen gibt es zum Teil vorhandene Strukturen, beispielsweise Stadtwerke, auf die man aufsatteln kann. Das war im Landkreis Rotenburg jedoch nicht der Fall.

Dank der Genehmigung aus Brüssel kann Ihr Landkreis nun einiges an Geld in die Hand nehmen, um den privatwirtschaftlichen Ausbau zu unterstützen. Was ist konkret geplant und wie sieht der Zeitplan aus?

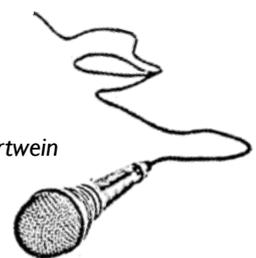
In der ersten Jahreshälfte 2011 haben wir in einem offenen Verfahren einen Teilnahmewettbewerb auslobt und im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens die eingegangenen Angebote geprüft und diskutiert. Das Ergebnis aus technischer Sicht ist, dass im Landkreis alle Kabelverzweiger mit Glasfaser angeschlossen und mit VDSL-Technik überbaut werden. Die neue Infrastruktur kann im Rahmen der Vorgaben der EU für einen diskriminierungsfreien Zugang auch von anderen Anbietern gegen ein entsprechendes

Entgelt genutzt werden. Der Ausbau der insgesamt rund 500 Schaltschränke wird etwa drei Jahre in Anspruch nehmen. Ende 2014 wird der größte Teil der Bevölkerung schnelles Internet zur Verfügung haben. Leider gibt es noch einige wenige Bereiche, die aufgrund der Entfernung zum Kabelverzweiger nicht vom Ausbau profitieren. Für diese noch unterversorgten Gebiete suchen wir parallel nach Lösungsmöglichkeiten, damit das Ziel der Flächendeckung schnellstmöglich erreicht werden kann.



Bild: Stihl024 / Fotolia

Das Gespräch führte Steffen Ortwein



Weitere Interviews mit Breitbandexperten und Informationen zum Thema finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Themen → Breitband

Landschaft ist wandelbar

In einer szenischen Aufführung im Zollbrücker Theater am Rand arbeiten die Teilnehmer der Sommerschule 2010 – Studierende aus Eberswalde und Osnabrück – ihre Rechercheergebnisse auf und präsentieren sie den Oderbrüchern.



Von Kenneth Anders

Bild: Oderbruchpavillon

Vielen geförderten Projekten fehlt die Nachhaltigkeit, weil sich die Menschen im Vorfeld nicht mit ihrer Region auseinandergesetzt haben. Im Nordosten Brandenburgs beugt man mit dem Oderbruchpavillon diesem Fehler vor. In der Landschaftswerkstatt können sich die Menschen ihrer eigenen Handlungsspielräume bewusst werden.

Um eine Region zu gestalten, muss man sie, ihre Besonderheiten und Spielräume, ganz genau kennen. Viele Lücken gilt es zunächst im Gespräch zu überwinden: etwa die Spannung zwischen Wasser und Land, die Entfremdung von Stadt und ländlichem Raum, die Zerreißprobe von Tradition und Veränderung. Landschaftskommunikation ist nur jenseits der Routine möglich, deshalb müssen sich die Formen, in denen kommuniziert wird, wandeln. Im landschaftspolitischen Diskurs wird der Mut gefördert, Position zu beziehen – und die Bereitschaft, seine Position zu ändern. Das Wissen über die Landschaft soll in Umlauf gebracht werden – je mehr Menschen es nutzen, umso besser.

Das Material der Landschaftswerkstatt

Genau dies möchte der Oderbruchpavillon tun. Er versteht sich als eine Landschaftswerkstatt, in der am Diskurs über die Landschaft Oderbruch (siehe Kasten) gearbeitet wird. Hier werden Bausteine

erzeugt, gesammelt und bearbeitet, die der Regionalentwicklung dienen sollen. Sie bestehen aus Wissen über das Oderbruch, aus Positionen zu seiner Gestaltung und aus Erwartungen an seine Zukunft. Diese Bausteine sind bunt, denn die Sichtweisen auf die Landschaft sind verschieden. Landwirte verstehen sie anders als Naturschützer, Künstler verarbeiten sie anders als Kommunalpolitiker, Einheimische reflektieren sie anders als Besucher.

Beheimatet ist der Oderbruchpavillon zunächst dauerhaft im Internet: als Archiv der Bausteine und als ständige Dokumentation der Arbeit. Temporär ist der Pavillon jedoch immer wieder in der Landschaft zu finden, etwa in Form eines Liederfestes über die eigene Heimat, als Theaterstück über das Verhältnis der Landschaft zum Staat, als Ausstellung zur Regionalentwicklung, in Gestalt einer Fahrradrouten zur besonderen Bedeutung des Wassers in der Landschaft und bei den regelmäßigen Sommerschulen mit Studenten über Themen wie Selbstversorgung, Direktvermarktung oder landschaftspolitische Bildung.

Was macht das Wasser mit Landschaft und Leuten

So hat beispielsweise 2010 eine Gruppe von Studierenden der Hochschulen Eberswalde und Osnabrück in der Sommerschule des Oderbruchpavillons nach einwöchiger Vor-Ort-Recherche eine „Wasserzeitung“ produziert. Die Teilnehmer befragten Landwirte und Mitarbeiter des Gewässer- und Deichverbands, Bewohner, Politiker und Wissenschaftler nach ihren Sichtweisen, Erfahrungen und Forderungen, recherchierten historische Informationen zum Verhältnis von Wasser und Landschaft im Oderbruch, ließen sich Anekdoten erzählen, schrieben Porträts und Berichte, fotografierten und zeichneten. Zudem befragten sie 150 Bewohner des Oderbruchs zu ihrer Sicht auf das Wasser in der Landschaft. Aus diesem Material erstellten sie eine Zeitung, die am letzten Abend der Sommerschule öffentlich präsentiert wurde. Die Zeitung verdeutlicht die Vielfalt der Perspektiven und die gegenwärtige Brisanz des Themas und fördert die fachliche sowie politische Auseinandersetzung.

Theater legt Konflikte offen

Gleichzeitig arbeiteten die Teilnehmer die Rechercheergebnisse zu einer szenischen Präsentation um und zeigten sie den Oderbrüchern im „Theater am Rand“ in Zollbrücke. Daraus einige Szenen:

- Ein Sprechchor aus Kolonisten im Stil der griechischen Tragödien bildet den Rahmen für die Vorstellung. Er ruft die Odernixe um Beistand in den großen Wassernöten des Oderbruchs an.
- In einer Szene beschreibt ein Fischer die dramatisch gesunkene Bedeutung der Fischerei in der Landschaft – nicht nur wegen der Trockenlegung der Gewässer, sondern auch wegen veränderter Konsumgewohnheiten. Er bietet gefangene Quappen, Welse, Hechte und Barsche an. Der Chor aber fordert unentwegt: Wir wollen Pangasius! Am Ende verteilt der Fischer Angelkarten und verlässt sein Boot ...
- In einer anderen Szene sieht man die Oderbrücker beim Tauziehen mit dem Landesumweltamt. Das Seil ist aufgespleißt: An vier Enden zeren die Oderbrücker, der Amtmann auf der anderen. Doch die Oderbrücker streiten und ziehen in unterschiedliche Richtungen ...

Fazit der einstündigen Präsentation: Die Menschen können dem Wasser der Oder nur Paroli bieten, wenn sie über ihre Einzelinteressen hinweg Perspektiven entwickeln und einig handeln. Diese Kombination aus textlicher Ausarbeitung in einer Zeitung und künstlerischer Aufbereitung an einem Bühnenabend fand guten Anklang bei den Oderbrüchern.

Vorurteile zu den Nachbarn abbauen

Die Landschaft des Oderbruchs erstreckt sich beiderseits der deutsch-polnischen

Grenze. Auch daraus resultiert die Notwendigkeit, seinen Nachbarn näherzukommen und Vorurteile abzubauen. So hat der Oderbruchpavillon im Rahmen einer Projektwoche am Gymnasium Bad Freienwalde mit elf deutschen und zehn polnischen Jugendlichen einer achten Klasse eine kleine Geschichtswerkstatt durchgeführt. Die Schüler befragten Menschen, die in besonderer Weise Beziehungen zum jeweiligen Nachbarland haben: Raumpioniere, die die Grenze zwischen Polen und Deutschland überwunden haben und sich in beiden Kulturen auskennen. Das Spektrum war groß und reichte von Berufspendlern bis hin zu Künstlern. Die Berichte zeigten Personen, die durch eine Heirat in das Nachbarland geraten waren, und Menschen, die infolge des Krieges ihren Lebensort wechseln mussten. Die Schüler besuchten ihre Gesprächspartner meist an ihrem Wohnort, hörten zu, fotografierten und verfassten kleine Porträts. Sie versuchten auch zu erkunden, ob sich die Ansichten oder Gefühle zu den Nachbarn jenseits der Grenze mit der Zeit wandelten. So entstanden bewegende Momente, auf die sich die Jugendlichen in großer Offenheit einließen. Nicht zuletzt führte das Projekt auch dazu, dass sie sich gegenseitig näher kennenlernten. Die Sprachbarriere war zwar hoch, die gegenseitige Neugier und das Bemühen um Verständigung aber groß.

Auf Langfristigkeit ausgelegt

Diskurse brauchen Zeit und wandeln sich – man muss sie kontinuierlich führen und sich neuen Entwicklungen stellen. Um mit ihrer Arbeit mehr erreichen zu können, haben die Initiatoren einen Verein gegründet: die Akademie für Landschaftskommunikation. Private Förderer unterstützen die

Wasserlandschaft Oderbruch

Das Oderbruch im Osten Brandenburgs an der Grenze zu Polen ist eine Wasserlandschaft. Als größter eingedeichter Flusspolder Deutschlands unterliegt es einer regelmäßigen Hochwassergefahr. Seine Nutzung und Besiedlung basiert auf der ständigen Abführung von Drängewasser über ein komplexes Graben- und Schöpfwerkssystem. Der Umgang mit dem Wasser im Oderbruch hat technische, ökologische, kulturelle und politische Dimensionen, viele individuelle Ängste und Erwartungen knüpfen sich daran. Die Menschen haben die Landschaft seit der preußischen Kolonisierung vor 250 Jahren maßgeblich geprägt und das aufwendige Management des Landschaftswasserhaushaltes – heute im Kontext der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie – ist immer Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen.

Arbeit finanziell und beraten sie inhaltlich, suchen Verknüpfungen mit Politik, Planung und Wissenschaft und agieren als Multiplikatoren der Inhalte. Mit zweimal wöchentlich erscheinenden Kolumnen wird zukünftig auch die direkte politische Auseinandersetzung über die Zukunft ländlicher Räume gesucht. Außerdem ist für die Publikation des ersten Kinderbuches über das Oderbruch ein kleiner Verlag gegründet worden: der Aufland Verlag. Hier werden künftig Bücher zum Thema Landschaftsentwicklung publiziert.

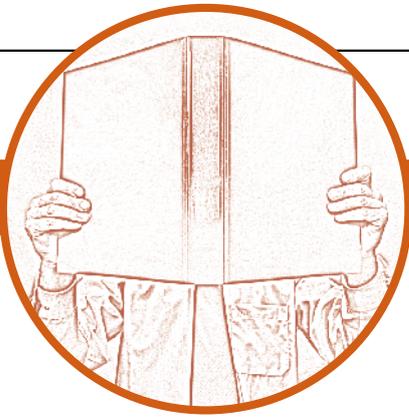
Die Weide als Brotbaum des Oderbruchs. Im „Theater am Rand“ in Zollbrücke trug der Oderbruchpavillon für einen Tag das Wissen über die Weide zusammen. Dieser Baum hatte einst eine große Bedeutung in der Landschaft. Soll er sie wieder erlangen, ist ein weiter Weg zu gehen. Handwerker, Wissenschaftler, Naturschützer, Künstler – alle lieferten einen Beitrag, indem sie einen Streckenabschnitt dieses Weges genauer beleuchteten.



Bild: Oderbruchpavillon

**Mehr Informationen:**

Dr. Kenneth Anders
Akademie für Landschaftskommunikation
Telefon: 0 33 44 / 30 07 48
E-Mail: k.anders@oderbruchpavillon.de
www.oderbruchpavillon.de



Von der Redaktion für Sie angelesen

Unternehmen in der Regionalentwicklung

Von Jan Swoboda

Wirtschaftsunternehmen tragen durch Arbeitsplätze und Investitionen zur Entwicklung ihrer Region bei. Sie sind jedoch selten in Regionalentwicklungsprozesse eingebunden. Dies zu ändern, ist der Anspruch dieses Leitfadens. Er basiert auf einer Online-Befragung von Leader- und ILE-Regionen in Deutschland sowie auf Fallstudien und Befragungen von Unternehmen.

Zu Beginn werden die Sichtweisen und Erwartungen des Regionalmanagements und der Unternehmen hinsichtlich einer Zusammenarbeit vorgestellt. Kleinere Unternehmen erwarten sich zum Beispiel vor allem den Aufbau neuer Kontakte, größere Unternehmen mehr politische Einflussnahme. Es folgt ein kritischer Blick auf die

Förderbedingungen insbesondere des ELER und der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz.

Der Leitfaden erläutert, wie zu Beginn der Zusammenarbeit in einer Bedarfsanalyse im Dialog mit den Unternehmen gemeinsame Handlungsfelder gefunden werden können. Im Anschluss folgen anhand von Fallbeispielen erläuterte Herangehensweisen für die vier Handlungsfelder Förderung und Beratung, Unternehmenskooperation und -netze, unternehmerisches Engagement sowie Dialog und Austausch. Diese werden jedoch methodisch nicht vertieft und sind recht knapp gehalten. Der Leitfaden ist deshalb als eine erste Heranführung an das Thema zu verstehen.



SPRINTconsult, nova-Institut (Hrsg), 2011: Unternehmen in der integrierten ländlichen Entwicklung. Ein Leitfaden zur aktiven Gestaltung der Beteiligung, 27 Seiten. Kostenloser Download unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Service → Links & Literatur

Landschaftsbunde für Kinder

Von Jan Freese



Paul wohnt im Oderbruch. Zum Geburtstag bekommt er ein Zauberpuzzle geschenkt, das seine Heimat darstellt. Je weiter er die Teile des Puzzles erkundet, desto mehr ist auch draußen für ihn zu erkennen. So

führt das Zauberpuzzle immer tiefer in die Landschaft des Oderbruchs hinein: Hügel,

Himmel, Wiesen, Felder, Deich, Gräben und die alte Oder. Als Paul beginnt, Tiere, Pflanzen, Traktoren und Kirchen in das Puzzle hineinzumalen, passieren merkwürdige Dinge. Paul und der Leser treffen den Biber, die Nixe und das gefährliche Hochwasser. Sie stoßen auf die Geschichte und Nutzung der Landschaft. Dieses Buch von Anne Kulozik und Kenneth Anders eröffnet auf wunderbare Weise – schön aufgemacht und ansprechend illustriert – den Zugang zur Wahrnehmung von Landschaft, ihren Elementen, Bewohnern und deren Zusammenwirken.

Das Buch ist für Kinder, ihre Eltern und Lehrer gedacht und regt dazu an, Landschaften in ihrer Ganzheit und Komplexität wahrzunehmen.

Anne Kulozik, Kenneth Anders, 2011: Wie ich die Nixe entdeckte und mit dem Deich nach oben rannte: eine kleine Landschaftsbunde für das Oderbruch. Aufland-Verlag, Bad Freienwalde, 36 Seiten. ISBN: 978-3-9814390-0-7

Weitere Informationen und Buchbestellung unter: www.oderbruchpavillion.de

... angekündigt

Von Stefan Kämper

Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum

Die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) veranstaltete **Regionalkonferenz am 10. Oktober 2011 in Kempten/Allgäu** stellt das Thema

bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt. Neben der Präsentation von Best-Practice-Beispielen wird unter anderem diskutiert, welche Projekte sich mit Hilfe der Bevölkerung realisieren lassen und wo Bürger sich engagieren können, damit die Stärken ländlicher Räume in Zeiten

demografischer Veränderungen optimal genutzt werden können.

Informationen zur Veranstaltung unter www.bmelv.de

Agrobiodiversität in Deutschland – Rückblick, aktueller Stand und Ausblick

Genetische Ressourcen haben weltweit eine grundlegende Bedeutung für Landwirtschaft und Ernährung. Spätestens mit dem Übereinkommen über die Biologische Vielfalt (CBD, Rio 1992) verstärkte sich die weltweite Aufmerksamkeit für das Thema. Das Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt (IBV) bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) und das BMELV nehmen das 20-jährige Bestehen des IBV zum Anlass, mit einem **Symposium am 10. und 11. Oktober 2011 in Bonn** auf

die vergangenen 20 Jahre Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität zurückzublicken. Neben einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in Deutschland wird auch diskutiert, was die zukünftigen Herausforderungen in Sachen Agrobiodiversität sind – auch im Kontext anderer globaler Herausforderungen wie Klimawandel und Welternährung.

Die Veranstaltung richtet sich an alle aktiven und interessierten Personen und Einrichtungen, die sich der Erhaltung und



nachhaltigen Nutzung der Agrobiodiversität widmen. Dazu gehören Vertreter aus Politik, Verwaltung, Forschung, Praxis, von Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Programm und Anmeldung unter www.genres.de/service/ibv-symposien

Treibhausgase, Umweltbewertung, Stand der Technik ...

... heißt die diesjährige Folge der Veranstaltungsreihe „**Emissionen der Tierhaltung**“, die das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e. V. (KTBL) veranstaltet. Die Veranstaltung **2011** findet vom **6. bis 8. Dezember in Bad Staffelstein** statt.

Auf der Tagung wird der aktuelle Stand des Wissens zu drei Themenblöcken praxisnah präsentiert. Zum einen werden die Emissionen der Tierhaltung, vor allem die Klimagase Methan und Lachgas, betrachtet; zum anderen die Umweltbewertung tierischer Erzeugung diskutiert und der Stand der Technik in der Tierhaltung dargestellt. Wert gelegt wird auf eine europäische Perspektive, englischsprachige Vorträge werden simultan übersetzt.

Im ersten Teil der Veranstaltung „Treibhausgasemissionen der Tierhaltung“ wer-

den die Emissionsquellen der Tierhaltung und mögliche Reduktionspotenziale erläutert. Dabei geht es um (internationale) Ergebnisse und Lösungsansätze zur Methanbildung bei Wiederkäuern, zum Einfluss von Fütterung und Haltung sowie der Lagerung und Nutzung von Wirtschaftsdünger. Die Bewertung der Umweltwirkungen der tierischen Erzeugung stehen im zweiten Themenblock im Mittelpunkt der Diskussion, besonders die Ökobilanzen der Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern. Der abschließende Block hat den aktuellen Stand der Technik in der Tierhaltung zum Thema. Dabei werden die Ergebnisse der überarbeiteten Referenzdokumente zur Besten Verfügbaren Technik (BVT-BREF) bei der Intensivtierhaltung von Schweinen und Geflügel auf europäischer Ebene aufgezeigt.

Die Tagung richtet sich an Vertreter von wissenschaftlichen Einrichtungen, Verwal-

tungs- und Genehmigungsbehörden, Ministerien sowie Planungs- und Beratungsbüros.

Alle Informationen und Anmeldung zur Veranstaltung auf der Website www.ktbl.de



Land**In**Form

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren.

Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Termine

Von Stefan Kämper

10. und 11. Oktober	Agrobiodiversität in Deutschland – Rückblick auf die letzten 20 Jahre, aktueller Stand und Ausblick in die Zukunft Symposium in Bonn <small>Info auf Seite 51</small>	Informations- und Koordinationszentrum für Biologische Vielfalt bei der BLE, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz www.genres.de
10. Oktober	Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum Tagung in Kempten/Allgäu <small>Info auf Seite 51</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen www.bmelv.de
12. Oktober	Natur- und Aktivtourismus: Chancen für den ländlichen Raum 3. Leader-Konferenz des Landes Sachsen-Anhalt in Freyburg an der Unstrut	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Investitionsbank Sachsen-Anhalt und Leader-Netzwerk Sachsen-Anhalt www.leadernetzwerk-sachsen-anhalt.de
8. und 9. November	Wer aufhört, besser zu werden ... Kommunizieren und Kooperieren – unverzichtbar für Qualität und Erfolg der Regionalentwicklung Tagung/Workshop in Bad König im Odenwald	Interessengemeinschaft Odenwald e.V. in Kooperation mit der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume und der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Lokalen Aktionsgruppen www.region-odenwald.de
14. und 15. November	Waldumweltmaßnahmen: Umsetzung in Österreich und Deutschland Tagung in Passau <small>Info auf Seite 7</small>	Netzwerk Land (Österreich) und Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/waldumwelt
29. und 30. November	Dezentrale Energielösungen mit den Bürgern entwickeln – die Rolle des Regionalmanagements Workshop in Göttingen <small>Info auf Seite 7</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/buergerenergie
30. November und 1. Dezember	Neue Wege für den landwirtschaftlichen Betrieb: Von der Geschäftsidee zum Markteintritt Workshop in Ulm <small>Info auf Seite 7</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/diversifizierung
6. bis 8. Dezember	Emissionen der Tierhaltung: Treibhausgase, Umweltbewertung, Stand der Technik Fachtagung in Bad Staffelstein <small>Info auf Seite 51</small>	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) www.ktbl.de

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

